Donnerstag, 9. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 132 - 23.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Der Papst will Walesa am 19. Juni treffen

AP, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. will während seines Besuches in Polen mit dem Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, zusammentreffen. Wie gestern aus Kreisen des Vatikans verlautete, sind für die Begegnung der Wallfahrtsort Tschenstochau und als Termin Sonntag der 19. Juni vorgesehen. Die Begegnung soll „in privater Form" stattfinden. Offensichtlich bemüht sich die Kirche, das Treffen nicht allzusehr in den Vordergrund zu stellen. Im offiziellen Reiseprogramm ist zwar ein Zusammentreffen des Papstes mit Walesa, der für die Dauer des Besuches eigens um Urlaub von seiner Arbeitsstelle in der Danziger Leninwerft nachgesucht hat, nicht aufgeführt. Dennoch geht auch der Erzbischof von Krakau, Kardinal Franciszek Macharski, von einem Zustandekommen der Begegnung aus, zumal Johannes Paul II. bereits am zweiten Tag seines Aufenthalts in Warschau auch mit Partei- und Regierungschef General Jaruzelski und dem Staatsratsvorsitzenden Jablonski sprechen will. Der Papst wird am Donnerstag nächster Woche zu seiner Polen-Reise aufbrechen. Seite 6



ZITAT DES TAGES



„Den Gedanken, einen Generalstreik zu organisieren, halten DGB und Mitgliedsgewerkschaften für völlig abwegig."

Ernst Breit, Vorsitzender des DGB, zu Forderungen nach einem Generalstreik als Mittel zum Kampf gegen die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Bundesvorstand und Bundeshauptausschuß des DGB erzielten in Essen Einigung darüber, daß eine Raketenstationierung nicht der Anlaß sein könne, sich auf das Widerstandsrecht zu berufen. FOTO: SVEN SIMON

Japans Sorge vor SS 20

dpa, Tokio

Die über die Stationierung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen in Fernost zunehmend beunruhigte japanische Regierung will in Moskau eine Klärung des Problems erreichen. Zu Gesprächen über eine mögliche atomare Abrüstung im asiatischen Teil der Sowjetunion will Mitte Juli ein japanischer Sonderbeauftragter in die UdSSR reisen. Nach amerikanischen Angaben sollen östlich des Ural 108 SS-20-Raketen mit insgesamt 324 Atomsprengköpfen stationiert sein. Moskau hat nicht ausgeschlossen, daß möglicherweise weitere SS 20 aus Europa nach Asien verlegt werden.

Ostsee-Fährverbindung

dpa/VWD, Moskau

Die Einrichtung einer deutsch-sowjetischen Eisenbahn-Fährverbindung auf der Ostsee nimmt Gestalt an. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) sagte nach Gesprächen in Moskau, es sei die Unterzeichnung eines Memorandums vorgesehen, das Bonn empfehle, die gemeinsame Wirtschaftskommission mit der Ausarbeitung von Einzelheiten zu beauftragen. Vorgesehen seien vier Fährschiffe, die zwischen dem sowjetischen Hafen Kleipeda und den Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Neustadt verkehren sollen. Die Initiative für die Fährverbindung geht von Moskau aus, das damit nach Meinung von Beobachtern unabhängig von dem „Unsicherheitsfaktor" Polen werden will. Derzeit führt der Transitweg über Polen und die „DDR".

Energiesparen mit Auswüchsen in der „DDR"

rtr/DW. Berlin

Der Mangel an Devisen und die Kürzung der Öllieferungen aus der Sowjetunion um zehn Prozent haben die „DDR" zu einem intensiven Energiespar-Programm gezwungen. Zu dem Programm gehören die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken und die Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf Schienen- und Wasserwege. Von Beginn des Jahres an sind die Betriebe in der „DDR" gezwungen, ihre Transport- und Energieaufwendungen zu begrenzen. So wird zum Beispiel in Städten, in denen ein Straßenbahnnetz zur Verfügung steht, dieses während der Nachtzeit für den innerstädtischen Gütertransport verwendet. Eine Maßnahme hat jedoch Gelächter hervorgerufen: Der Umbau aller 850 Taxis in Ost-Berlin auf Flüssiggasantrieb. Die Autos dürfen wegen des Gewichts der Gasanlage nur noch drei Fahrgäste transportieren. Von einem anderen Auswuchs berichtet die „Berliner Zeitung": Ein Warenhaus habe die Rücknahme eines falsch gelieferten Möbelstückes mit der Begründung verweigert, es sei für das Abholen kein Kraftstoff eingeplant.

15 000 Mann Verluste

AP, Washington

Auf 15 000 Mann schätzt der amerikanische Geheimdienst die Zahl der bislang Gefallenen und Verwundeten der sowjetischen Truppen in Afghanistan. Wie der Staatssekretär im Außenministerium, Lawrence Eagleburger, in Washington erklärte, steigen die Verlustzahlen weiter an. Nach amerikanischen Schätzungen umfassen die sowjetischen Kampftruppen in Afghanistan zur Zeit 150 000 Mann.

WIRTSCHAFT

Landwirte investieren

AP, Bonn

Mit einer weiteren Zunahme der Investitionen durch die Landwirtschaft ist für 1983 zu rechnen. Wie das Bundesernährungsministerium gestern in Bonn mitteilte, berechtigen die befriedigende Ertragslage, gesunkene Zinsen und ein erheblicher Nachholbedarf zu dieser Annahme. Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hatte im vergangenen Jahr bereits 9,1 Prozent oder 767 Millionen Mark mehr investiert als 1981.

Erdgasleitung fertig

fhn. Moskau

Der 4450 Kilometer lange sowjetische Teil der Erdgasleitung, die Westeuropa vom nächsten Jahr an mit Naturgas aus dem westsibirischen Gebiet von Urengoj beliefern soll, ist nahezu fertiggestellt. Wie die Zeitschrift „Ekonomitscheskaja Gaseta" meldete, seien nur noch 50 Kilometer zu verschweißen. „Besondere Aufmerksamkeit" sei nun auf den Bau der Kompressorstationen zu richten.

Handel zuversichtlich

rtr, Köln

Der Einzelhandel in der Bundesrepublik zeigt sich zuversichtlich über die Umsatzentwicklung in diesem Jahr. Bei der Vorlage des Jahresberichts sagte der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), Heinrich Heyer, daß im Jahresverlauf ein Umsatzzuwachs von 0,5 bis 1,5 Prozent erwartet werde. Preisbereinigt müsse aber immer noch mit Umsatzeinbußen von 1,5 bis 2,5 Prozent gerechnet werden. Seite 9

Aktien leichter

DW. Frankfurt

Unter dem Einfluß sinkender Kurse in New York ergab sich auch an den deutschen Aktienmärkten ein Abwärtstrend. Der Rentenmarkt war lustlos. WELT-Aktienindex 134,9 (135,0). Dollarmittelkurs 2,5736 (2,5635) Mark. Goldpreis pro Feinunze 403,00 (400,25) Dollar.

WETTER

Einzelne Schauer

DW. Essen

In ganz Deutschland wechselnd wolkig mit einzelnen Schauern, örtlich auch Gewitter. Tagestemperaturen im Norden um 20, im Westen um 23, im Süden um 26 Grad.

Heute in der WELT

Reagans START-Strategie für Genf in sieben Punkten

Unterhändler Rowny erhält mehr Spielraum für Verhandlungen mit Sowjets

TH. KIELINGER, Washington

Mit neuen Vorschlägen hat Präsident Ronald Reagan nach einer Sitzung seiner Sicherheitsberater START-Unterhändler Edward Rowny nach Genf entsandt, wo gestern die nächste Runde der Abrüstungsverhandlungen über die strategischen Waffen begann. Die Amerikaner beabsichtigen wesentlich flexibler vorzugehen. Die neuen Daten ihres aktuellen Abrüstungskonzepts sind von vornherein variabel ausgelegt, so daß dem Chefunterhändler Rowny mehr Raum zum Ausloten eines Kompromisses mit seinem sowjetischen Gegenüber bleibt.

Obwohl offiziell nichts über die Details der neuen US-Position bei den START-Verhandlungen bekannt wurde, bestätigen Regierungskreise doch die folgenden Punkte (vgl. WELT vom 7. 6.):

1. Hauptgewicht soll jetzt auf der Zählung der Sprengköpfe liegen, nicht mehr der Trägersysteme. Die Amerikaner bleiben bei ihrem Vorschlag von vor einem Jahr: Reduktion der beiden Arsenale von jetzt rund 7500 strategischen Sprengköpfen auf 5000 im „ersten Anlauf".

2. Dagegen wird die Zahl der zuzulassenden Raketensysteme (Bomber werden hier nicht gerechnet) erhöht: von bisher 850 auf 1200. Das wäre eine Verringerung des gegenwärtigen sowjetischen Potentials (2348) um fast 50 Prozent. Die Amerikaner besitzen an land- und seegestützten Systemen zur Zeit etwa 1600 Stück. Auf eine Obergrenze von 1800 wollen die Sowjets mit ihrem eigenen Vorschlag zusteuern, wobei sie bisher noch nicht die Zählung nach Sprengköpfen akzeptiert haben.

3. Der Zählmodus nach Sprengköpfen soll für die Zukunft den Weg mit nur noch landgestützten Einsprengkopfraketen vorbereiten helfen. Trägerwaffe und Sprengkopf wären dann eins, und die destabilisierende Wirkung von Waffen mit zehn Sprengköpfen und mehr wäre ausgeschaltet.

4. Erst einer zweiten Abrüstungsrunde – und nicht schon der ersten, wie das Pentagon es wünschte – soll das Thema „throw-weight" überlassen bleiben. Damit ist das gesamte Hebepotential für Raketengewicht, Brennstoff und Sprengköpfe (plus Leitsystemen) gemeint, das beide Seiten ins Feld führen. Die Sowjets besitzen hier einen Vorteil von 3:1, weil sie sich in der Hauptsache auf den Bau schwerer, hochlastiger, landgestützter Fernraketen konzentriert haben. Sie können gegenwärtig rund 5,6 Millionen Kilogramm Gewicht in die Wurfbahn katapultieren, die Amerikaner nur etwa 1,8 Millionen.

5. Während man auf eine Begrenzung des „throw-weight" in der ersten Runde verzichtet, wünschen die USA eine Reduktion der schwersten sowjetischen Mehrfach-Sprengkopf-Rakete, der SS 18, von bisher 308 auf 150 Einheiten. Das ist genau die Zahl, auf die bereits die Carter-Regierung im März 1977 das sowjetische SS-18-Potential vermindert sehen wollte. Moskau lehnte dies damals ab.

6. Die Sowjets stehen kurz vor der Einführung einer neuen strategischen Rakete mit zehn Mehrfachsprengköpfen, der SSX 24. Die Amerikaner möchten dieses System auf die Zahl 100 begrenzen, ähnlich wie ihre MX, einen an Größe und Sprengkopfzahl vergleichbaren „mittleren" Träger.

7. Die Idee eines atomaren „build down", favorisiert von Senator William Cohen und anderen, soll noch nicht in die neue Verhandlungsrunde eingeführt werden. Gemeint ist ein Konzept, wonach für jede neue zwei alte aus dem Bestand entfernt werden sollen.

Nicht bekannt ist bisher, welche Begrenzungen bei strategischen Bombern und den „Marschflugkörpern" (Cruise Missiles) vorgesehen sind. Ob Präsident Reagan, wenn er demnächst die Grundzüge seiner neuen START-Position öffentlich erläutert, Einzelheiten preisgeben wird, bleibt fraglich.

USA weisen Diplomaten Nicaraguas aus

Antwort auf Beschuldigungen der Sandinisten / Verhaftungswelle in Managua

TH. KIELINGER, Washington

Der diplomatische Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua vertieft sich. Das US-Außenministerium ließ alle sechs Generalkonsulate Nicaraguas in den Vereinigten Staaten schließen und forderte das diplomatische Personal, insgesamt 21 Personen, auf, das Land zu verlassen. Obgleich Washington kurz vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem mittelamerikanischen Staat haltmachte, ist zu erkennen, daß das Weiße Haus die Herausforderung anzunehmen bereit ist, die in der Politik des sandinistischen Regimes liegt.

Mit diesem drastischen Schritt beantwortete die US-Regierung die Ausweisung von drei ihrer Diplomaten aus Nicaragua. Den Amerikanern war auf einer spektakulären Pressekonferenz in Managua am Montag vorgeworfen worden, sie hätten im Namen des CIA geplant, Nicaraguas Außenminister Miguel De Escoto mit Hilfe eines vergifteten Likörs, Marke „Dom Benedictine", zu ermorden.

Die Anschuldigung wurde durch einen sensationell aufgemachten Filmbericht untermauert, in dem angebliche Mittelspersonen der US-Diplomaten auf geheimen Treffen belastendes Material austauschten. Das State Department hat die Vorwürfe konstant als „absurd" zurückgewiesen.

In Nicaragua selber wird offenbar eine Anti-CIA-Hysterie angefacht mit dem Ziel, die demokratische Opposition endgültig kaltzustellen. So wurden mehrere Bürger sowie zwei prominente Mitglieder der wichtigsten Oppositionspartei, der „Konservativen Demokratischen Partei" (PCD), in Massenrazzien festgenommen. Bei den verhafteten Politikern handelt es sich um Enrique Sotelo Borgen, einen Rechtsanwalt, und Mario Castillo, der die Jugendorganisation der PCD leitete. Ein anderes Parteimitglied, Carlos Icaza, erbat in der venezolanischen Botschaft in Managua politisches Asyl. Ein vierter hoher Funktionär der Oppositionspartei ist in den Untergrund gegangen.

Der Sprecher der Behörde für Staatssicherheit in Managua, Lenin Cerna, gab bekannt, es würden noch viel mehr Nicaraguaner festgenommen werden, die mit dem CIA zusammengearbeitet hätten. Eine erste Gruppe von 28 Bürgern ist bereits vor einem aus zwei Richtern bestehenden „Volkstribunal" „konterrevolutionärer Aktivitäten" beschuldigt worden. Sie müssen, wie ein Regierungssprecher mitteilte, mit einer Höchststrafe von 30 Jahren Haft rechnen.

In Washington verhehlen Regierungsbeamte nur schwer die „tiefe Indignation", die man angesichts der Ausweisung der drei amerikanischen Diplomaten aus Nicaragua Anfang der Woche empfindet. Anstößig erachtet das State Department vor allem die Umstände des Vorfalls: den „Spionage-Film", den Ausschluß der amerikanischen Presse von der öffentlichen Bekanntmachung in Managua, die begleitende Repression in Nicaragua selber.

Die Eskalation in den amerikanisch-nicaraguanischen Beziehungen betrifft freilich auch das Kampffeld der Anti-Sandinisten-

● Fortsetzung Seite 8

Paris: Defferre entließ zehn Polizeioffiziere

SAD, Paris

Die innenpolitische Krise in Frankreich hat einen neuen Höhepunkt erreicht: Nach Beratungen mit Präsident François Mitterrand entläßt Innenminister Gaston Defferre zehn hohe Polizeioffiziere. Der Minister warf ihnen vor, für die Ausschreitungen demonstrierender Polizeibeamter am vergangenen Freitag in Paris verantwortlich zu sein.

Die Polizisten wiederum werfen der Regierung, vor allem Justizminister Robert Badinter, vor, sich mehr um die Rechte von Verbrechern als um korrekte Arbeitsbedingungen für die Polizei zu kümmern.

Während der Trauerfeier für zwei ermordete Polizisten wurde der für die Polizei zuständige Innenminister Defferre von den Kollegen der Ermordeten ausgepfiffen. Tausende von Polizisten bildeten spontan einen Demonstrationszug und marschierten bis zum Justizministerium. Staatspräsident Mitterrand wollte gestern abend in seiner angekündigten Fernsehrede auch zur Situation der Polizei Stellung nehmen.

Peking will Mißmanagement nicht dulden

AP, Peking

Die chinesische Regierung will im Kampf gegen schlechtes Management in der Wirtschaft härter vorgehen. Sie hat damit gedroht, unproduktiv arbeitende Betriebe zu schließen. Wie Ministerpräsident Zhao Ziyang vor dem Pekinger Volkskongreß dazu erklärte, sollen defizitäre Unternehmen, die innerhalb einer festgesetzten Frist ihre Bilanzen nicht ausgleichen können, geschlossen werden. Außerdem dürfen Betriebe, die unter ihrem Soll blieben, keine Lohnerhöhungen mehr festlegen.

Für die landwirtschaftliche Produktion gelte, sagte Zhao, daß die Einnahmenerhöhung eines Agrarbetriebes aus der Erhöhung seiner Produktion und der Senkung der Kosten erwirtschaftet werden müsse. Positiv bewertete Zhao, daß sich das Pro-Kopf-Einkommen eines in der Landwirtschaft Beschäftigten 1982 auf 270 Yüan (rund 340 Mark) erhöht und damit seit 1978 verdoppelt habe. Der durchschnittliche Stadtbewohner verdiente dagegen 500 Yüan (625 Mark), 38,3 Prozent mehr als 1978.

Seite 6: Deng verjüngt Führung

Oslo: Willoch stellt neue Regierung vor

gtm. Oslo

Zum ersten Mal seit zwölf Jahren hat Norwegen wieder eine Regierung, die sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann. Ministerpräsident Kare Willoch präsentierte jetzt sein Mitte-Rechts-Kabinett. Zu den Konservativen, die vor eineinhalb Jahren die Regierung übernahmen, gesellten sich nun das bäuerliche Zentrum und die Christliche Volkspartei. Die Koalition verfügt im Storting (Parlament) über 79 der 155 Sitze. 53 entfallen auf die gemäßigte konservative Höyre Partei, 15 auf die Christliche Volkspartei und 11 auf das Zentrum.

Bei der Verteilung der Ministerposten konnte Willoch seine Vorstellungen weitgehend durchsetzen. Dem Wunsch der neuen Partner, ihnen das Außenressort zu überlassen, lehnte er ab.

Die Christliche Volkspartei übernahm die Ressorts Erdöl und Energie, Kirchen und Unterricht sowie Handel und Entwicklungshilfe. Der Zentrumspartei wurden die Ministerien Verkehr, Umweltschutz und Landwirtschaft abgetreten.

Pöhl: Keine Zweifel an stabiler Mark

DW. Frankfurt/Bonn

Der hohe Dollar-Kurs und die derzeitige Schwäche der Deutschen Mark lassen nach Einschätzung von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl nicht den Schluß zu, daß die deutsche Währung sich wie vor zweieinhalb Jahren in einer Vertrauenskrise befindet. Aber auch Pöhl äußerte wie zuvor Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff die Sorge, daß der jüngste Zinsanstieg die Konjunkturbelebung gefährden könne.

Der US-Dollar legte gestern wiederum einen Pfennig gegenüber der D-Mark zu. In Frankfurt wurde er mit 2,5736 Mark notiert (Dienstag: 2,5635). Am deutschen Rentenmarkt überwogen nach der Erholung vom Vortag wieder leichte Kursabschläge. Der Zinstrend zeigt also wieder – wenn auch nur leicht – nach oben. Allerdings werden die Konditionen der jüngsten Bundesanleihe (nominal 8,25 Prozent Zinsen, 8,33 Rendite) nach wie vor als realistisch bezeichnet.

Gleichwohl finden, so Pöhl, deutsche Anleger zunehmend Gefallen an Kapitalanlagen im Ausland, vor allem im Dollar. Von Februar bis April flossen per saldo rund 14 Milliarden an langfristigem Kapital ab. Dieser Sog läßt den Dollar steigen und wertet die D-Mark ab. Die jüngste Entwicklung zeige, meint Pöhl, daß die deutschen Zinsen eng an das Zinsniveau der USA gekoppelt seien.

Daß dennoch die deutschen Zinsen niedriger als die amerikanischen seien, basiere heute nicht mehr auf den unterschiedlichen Inflationsraten, sondern auf den Wechselkurserwartungen. Es sei aber durchaus gerechtfertigt, an die aktive Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland und die Defizite in den USA sowie die niedrige deutsche Inflationsrate zu erinnern. „Niemand hat Zweifel an der Stabilität der D-Mark", sagte der Bundesbankpräsident.

Er kritisierte, daß die öffentlichen Haushalte noch immer zu viel Schulden machten, lobte aber die Bundesregierung für ihre Sparversuche. Die Steuererleichterungen für Investoren nannte er „erfreulich". Pöhl ließ erkennen, daß mit einer Heraufsetzung der Leitzinsen kaum zu rechnen sei, zumal da sich die Geldmenge jetzt wieder moderater entwickle, nachdem sie in den vergangenen Monaten stärker als erwünscht gewachsen war.

Bundeskanzler Kohl mahnte die USA, ihre Haushaltsdefizite einzudämmen. Nach Ansicht der Finanzmärkte stellen sie eine Hauptursache für die hohen Zinsen und den starken Dollar dar. Vor dem Handwerkstag in Frankfurt sagte er gestern, die Europäer gerieten in Schwierigkeiten, wenn die USA diese Defizite nicht verringerten.

DER KOMMENTAR

Dollar und Mark

PETER GILLIES

Der ungebrochene Höhenflug des amerikanischen Dollars und die wieder steigenden Zinsen verbreiten Nervosität. Bundesbank, Bundesregierung und Wirtschaft fürchten, damit werde der noch immer zarte Aufschwung abgewürgt.

Richtig ist, daß die attraktiven Hochzinsen in den USA Anleger verlocken, auf den Dollar umzusteigen. Im Kielwasser dieser Bewegung wird die Deutsche Mark schwächer. Um weitere Kapitalabflüsse zu vermeiden, klettern die heimischen Zinsen wieder, nachdem sie seit Herbst 1981 *kräftig gesunken waren.*

Es besteht aber kein Grund, die flatternden Tagesstimmungen an den Finanzmärkten unkritisch zu perpetuieren oder in Panik zu fallen. Um die „Aufschwungbremse Zins" zu lockern, bedarf es einer kühlen Bewertung der fundamentalen Daten der Entwicklung. Und dieses Bild fällt so düster nicht aus. Die D-Mark verdient durchaus Vertrauen: Ihre Inflationsrate sinkt, die deutsche Wirtschaft erholt sich langsam, das Land lebt ausweislich seiner Leistungsbilanz nicht mehr über seine Verhältnisse.

Gewiß ist das Riesendefizit im US-Haushalt eine Belastung. Aber es wäre eindimensional, daraufhin die eigenen Anstrengungen auf Sanierung der Staatsfinanzen einzustellen. Hier ist noch viel zu tun; denn die jüngsten Zinssteigerungen sind auch darauf zurückzuführen, daß der Staat zuviel Sparkapital absaugt und damit in Konkurrenz zur privaten Investitionsfinanzierung gerät.

Wenn sich herumspricht, daß man auch in D-Mark rund 8,5 Prozent Zinsen – bei einer Inflationsrate von nur drei Prozent – und ohne Währungsrisiko einstreichen kann, geriete die Mark wieder unter Aufwertungsverdacht. Damit könnte sie sich vom internationalen Hochzins etwas abkoppeln, was die Bundesbank durch stetige Geldversorgung unterstützen kann. Im übrigen müssen auch die USA jedes Interesse an sinkenden Zinsen und einem billigeren Dollar haben.

Die sommerliche Nervosität an den Finanzmärkten mag die Verwalter der hohen Staatsverschuldung daran erinnern: Nur solide Finanzen drücken die Zinsen und laden wieder mehr Investoren ein.

„DDR" will noch mehr Pazifisten abschieben

Ausgewiesener berichtet: In Knebelketten zum Bahnhof

GREGOR KONDEK/AP, Bonn

Ost-Berlin will bis zum Herbst, dem möglichen Zeitpunkt des Beginns der Nachrüstung im Westen, die gesamte Friedensbewegung in der „DDR" „austrocknen". Jüngstes Opfer dieser Bestrebungen ist der Jenaer Roland Jahn, der jetzt mit Zwang abgeschoben wurde.

Das Verhalten der SED zielt darauf ab, daß alle Angehörigen der dem Regime unangenehm gewordenen Friedensgruppen durch Druck zur „Ruhe" gebracht oder ausgebürgert werden. Von informierter Seite wurde bekannt, es existierten hierfür interne Richtlinien des Staatssicherheitsdienstes und der Parteiinstanzen der SED.

In einem Bericht der SED-Bezirksleitung Erfurt heißt es dazu: „Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Protest der Friedenskräfte in der BRD gegen die Nachrüstung nicht durch gesellschaftsschädliche Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Aktionen das Ansehen und die Wirksamkeit der westlichen Friedenskräfte untergräbt."

Nachdem seit Mitte Mai bereits ohne jegliche rechtliche Begründung nach den geltenden Gesetzen in der „DDR" 20 Pazifisten aus Mitteldeutschland mehr oder weniger unter Druck in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, traf gestern morgen der 29jährige Roland Jahn am bayerischen Grenzübergang Ludwigstadt ein. Jahn bestätigte, er habe sich geweigert, die „DDR" freiwillig zu verlassen. Daraufhin sei er gewaltsam in ein Abteil eines Transitzuges gesperrt worden. Die staatsbürgerlichen Rechte der „DDR" seien ihm aberkannt worden.

Jahn war nach eigenen Angaben am vergangenen Dienstag zum Wohnungsamt in Jena bestellt worden. Dort sei ihm von Mitarbeitern verschiedener Behörden erklärt worden, er habe die Chance, die „DDR" zu verlassen. Obwohl er sich weigerte, sei er in seine Wohnung gebracht worden, um „Reisegepäck" zu holen. Er habe zunächst flüchten können, sei aber festgenommen und abgeführt worden. Nach seiner zweiten Weigerung, Gepäck zu holen, sei er nach Probstzella gebracht und dort in der Nacht gegen 2.30 Uhr gewaltsam in den Transitzug gesetzt worden.

Jahn: „Man hat mir Knebelketten angelegt und die Hände gefesselt. Ich bin mit grober Gewalt behandelt worden, und man hat mir die Arme nach hinten umgedreht. Mit Würgegriffen hat man mich später in den Zug geschmissen."

Der Jenaer war 1976 wegen „gesellschaftsfeindlicher Aktivitäten" im Zusammenhang mit der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann exmatrikuliert worden. Im September 1982 wurde er dann verhaftet und im Januar dieses Jahres wegen „Staatsverleumdung" zu 22 Monaten Haft verurteilt.

Die gewaltsame Abschiebung von Jahn ist kein Einzelfall. In ähnlicher Weise wurde mit der Erfurter Krankenschwester Heike Brauner verfahren. Sie war Ende Mai um 5 Uhr morgens von drei Beamten des Staatssicherheitsdienstes aus ihrer Wohnung abgeholt und noch am selben Tag in Handschellen auf den Erfurter Hauptbahnhof gebracht und dann in einen Zug nach Köln gesetzt worden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Theorie und Kosten

Von Heinz Heck

Die SPD hält Wort", erklärt, ohne jeden Anflug von Selbstironie, ihr Obmann im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Egon Lutz. Gemeint ist, daß die Fraktion drei sozialpolitische Gesetzentwürfe auf den Weg gebracht hat, die allesamt die Wirtschaft und die ohnehin strapazierten öffentlichen Kassen belasten würden.

Es macht den Einfallsreichtum der SPD hier wie schon in der Vergangenheit deutlich, daß immer dann, wenn es ein Problem gleich welcher Tragweite zu lösen gilt, zunächst der Ruf nach dem Staat und seinen – offenbar – unerschöpflichen Finanz- oder Verschuldungsreserven ertönt. Beinahe im gleichen Atemzug wird dann auch „die Wirtschaft" zur Finanzierung der von der SPD angekündigten Wohltaten in die Pflicht genommen.

Dabei warnt jeder Fachmann, daß Arbeit vor allem deshalb nicht genügend nachgefragt wird (also Millionenarbeitslosigkeit herrscht), weil sie zu teuer angeboten wird. Anstatt alles zu tun, was zu einer Kostensenkung beitragen könnte, weist die SPD genau in die entgegengesetzte Richtung. Dies gilt für ihre drei Gesetzentwürfe zum tariflichen Vorruhestandsgeld, zur Arbeitszeit und zur Aufhebung der unmittelbaren Kostenbeteiligung der Versicherten an der Krankenhaus- und Kurbehandlung, auf die Lutz sich gestern mit seinem eingangs zitierten Hinweis bezog.

Gegenüber Kritikern pflegt die SPD seit jeher einzuwenden, daß höhere Kosten nicht etwa Arbeitslosigkeit vorursachen, sondern eher zur Belebung des Arbeitsmarktes führen. Auch in den Gewerkschaften ging diese Sage lange Zeit um. Nun fügt es sich, daß die ÖTV ihre Mitglieder gerade vom Sinn der Mäßigung zu überzeugen sucht, nach dem Wort ihres stellvertretenden Vorsitzenden Merten: „Da haben Delegierte gegen das Schlichtungsergebnis gestimmt, in deren Gebiet die Arbeitslosigkeit fast zehn Prozent beträgt." Diese Arbeitervertreter von der Front sollten ihre Aufklärungstätigkeit auf die Arbeitstheoretiker an den Schreibtischen ausdehnen.

Gipfel auf tönernen Füßen

Von Carl Gustaf Ströhm

Der sowjetische Parteichef Jurij Andropow zeigt immer deutlicher sein Interesse an einem baldigen Gipfeltreffen mit US-Präsident Reagan. Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sollten wieder so werden wie zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, sagte er zu dem greisen amerikanischen Ex-Diplomaten Averell Harriman.

Eine seltsame Aussage. Denn Sowjets und Amerikaner befinden sich heute weder gemeinsam im Krieg gegen eine dritte Macht, noch können sie potentielle Verbündete sein. Der Versuch, Amerika mit der Fortsetzung des Kriegsbündnisses zu ködern, muß überdies tiefes Mißtrauen bei Europäern, Japanern und all jenen Nationen hervorrufen, die zu den Leidtragenden von Jalta gehören.

Überdies: Was könnte eine persönliche Begegnung Reagans mit Andropow bringen, solange die Wege und Ziele des neuen sowjetischen Parteichefs derart unklar bleiben? Was will Andropow – und was kann er überhaupt? Unter der Decke des sowjetischen Imperiums scheint es zu rumoren, von Polen bis Afghanistan und von den rumänisch-sowjetischen Konflikten bis zu der wachsenden Unruhe in den baltischen Sowjetrepubliken. Überdies fragt man, – nachdem jahrelang Breschnews schwacher Gesundheitszustand im Mittelpunkt der Überlegungen stand, wie stabil der Gesundheitszustand des Jurij Andropow ist – politisch wie auch physisch.

Reden um des Redens willen kann nicht viel bringen, außer neuen Enttäuschungen. Danach wird dann alles nur noch schlimmer als es ohnedies schon ist. Folglich muß ein amerikanisch-sowjetischer Gipfel gut vorbereitet werden; man braucht also kein Propagandagetöse, sondern klare Auskunft darüber, was die Sowjets eigentlich wollen: Wirkliche Abrüstung und Entspannung, oder aber eine Politik der Drohung mit Atom-U-Booten in neutralen Gewässern und SS-20-Raketen über den Köpfen der Bewohner Westeuropas.

Unfall am Wochenende

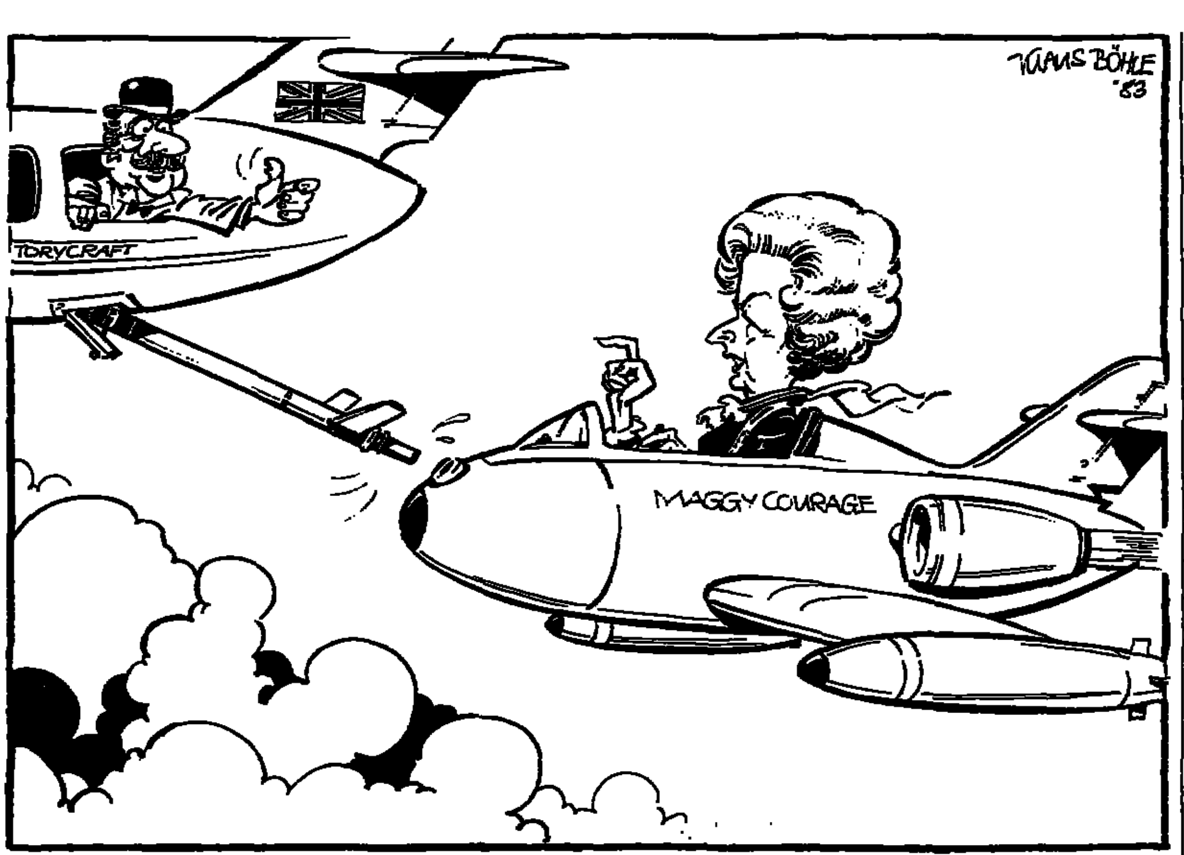
Von Enno v. Loewenstern

Es war nach Meinung des Roten Kreuzes „ein absoluter Einzelfall unglücklicher Verquickungen". Einem jungen Mann werden bei einem Motorradunfall ein Arm und ein Bein abgerissen. Ein Rettungshubschrauber bringt einen Notarzt, der eine Möglichkeit sieht, ihm beides wieder anzunähen – aber natürlich muß dies sofort geschehen. Doch das Reutlinger Rote Kreuz (man spricht dort von „Hausierengehen") hat in Freiburg, Heidelberg, Tübingen, Ludwigshafen, Ulm, Stuttgart und München niemanden gefunden, der helfen konnte.

Es ist nicht so, daß nirgendwo Teams für Mikrochirurgie bereitgestanden hätten. In Freiburg beispielsweise war das Team da, aber, wie das Krankenhaus mitteilt, gerade mit einer anderen Operation beschäftigt. In München hatte man schließlich ein Team beisammen, aber da ging es dann nur noch um das Überleben des Unglücklichen. Sicher kann einmal gerade ein Krankenhaus überlastet sein. Aber man hat Hubschrauber, und man konnte sich an sieben Großstädte inmitten einer der fortschrittlichsten technischen Zivilisationen der Welt wenden.

Zudem: Es war Samstag, ein sehr schöner sonniger Samstag, der typische Ausflugstag für Motorradfahrer (obendrein nach langer Regenzeit). Ein Tag also für verstärkte Bereitschaftsdienste. Gewiß möchten an einem schönen Samstag auch Chirurgen ins Grüne. Dennoch nimmt die Bevölkerung den Vorgang einigermaßen fassungslos auf. Seit anderthalb Wohlstandsjahrzehnten beglückt man sie mit Errungenschaften vom klassenlosen Krankenhaus bis zum Mammutklinikum, mit Krankenkostenexplosionen und fabelhaften Ärzteeinkommen, die jeden Einser-Abiturienten automatisch ins Medizinstudium lenken, erfährt sie von Höchstleistungen der Mikrochirurgie – und daß diese besser nicht zur Unzeit in Anspruch genommen werden.

Vielleicht war es wirklich ein Einzelfall. Hoffentlich wird dafür gesorgt, daß es ein Einzelfall bleibt.



„Nachtanken, bitte!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schule und Bundeswehr

Von Wolfgang Knies

Die Bundeswehr ist heute selbstverständlich akzeptierter und voll integrierter Teil unserer Gesellschaft." So sprach der SPD-Parteivorstand am 7. November 1980 zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr. Ob heute, nur zweieinhalb Jahre später, noch einmal ein solcher Satz vom SPD-Parteivorstand käme, ist sehr fraglich. So wollen die vier sozialdemokratischen Kultusminister Bremens, Hamburgs, Hessens und Nordrhein-Westfalens ihren Schülern eine Aussage von vergleichbarem Inhalt nicht mehr zumuten: daß die Bundeswehr „als Verteidigungsinstrument des ganzen Volkes verstanden und akzeptiert werden muß".

Und dies, obwohl dieser Satz einmal im sozialdemokratischen Entwurfspapier für die Kultusministerkonferenz stand. Einmal – da waren sich die Kultusminister der Union mit denen der SPD und mit dem SPD-Verteidigungsminister einig, daß „angesichts eines gegenüber der Bundeswehr kritischen Meinungstrends in der jungen Generation es notwendig sei, in den Schulen die Bedingungen der Landesverteidigung und Friedenssicherung und damit die Aufgabe der Bundeswehr verstärkt zu verdeutlichen".

Heute machen die SPD-Kultusminister sich vor dieser Aufgabe davon und behaupten als Ausrede, man habe sich in der KMK die Aufgabe gestellt, Empfehlungen zur „Friedenserziehung in den Schulen" zu erarbeiten. Mit diesem Trick will man die Union ins Abseits stellen nach dem Motto: Was müssen das für Leute sein, die gegen „Friedenserziehung" sind, denen beim Thema „Frieden" nur „militärische Verteidigung" einfällt? Es ist der SPD nicht einmal mehr peinlich, von der Union daran erinnert zu werden, daß es um die Bitte eines SPD-Verteidigungsministers geht.

Nach jener Freiburger Kultusministerkonferenz 1980 hat Hans Apel vor der Presse betont, man habe „sich über die Parteigrenzen hinweg verstanden". Das haben wir – aber wurde Hans Apel auch innerhalb seiner Parteigrenzen verstanden? Seit dem 1. Oktober 1982 braucht die SPD nicht mehr auf einen Verteidigungsminister Apel Rücksicht zu nehmen. Seither zeigt sie den entschlossenen Willen, sich nicht mit uns zu einigen.

Unter anderem dadurch, daß unmittelbar vor der jüngsten Bonner Tagung der Kultusministerkonferenz eine gedruckte Broschüre mit dem Titel „Friedenserziehung in der Schule – Empfehlungen der Länder Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen" erschien. Als Herausgeber ist im Impressum „Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen" genannt. Hamburg und Hessen haben diesen Text mittlerweile förmlich übernommen. Sein Inhalt zeigt, daß der Düsseldorfer Kultusminister Girgensohn in einem ganz besonderen Sinne recht hatte mit seiner Erklärung, die SPD-Länder hätten sich von dem Freiburger Beschluß „fortentwickelt".

Dennoch, wir unternehmen einen letzten Einigungsversuch. *Unser Vorschlag wird am Montag* in Bonn vorgestellt. Wie könnte eine KMK-Empfehlung aussehen, die vom Konsens aller getragen wird?

Etwa so: „Unser Parlament hat die Streitkräfte geschaffen, hat ihnen einen festen Platz in unserer freiheitlichen Grundordnung zugewiesen und den Soldaten die Bürgerrechte gegeben, verbunden mit den besonderen Pflichten, die für Staatsbürger in *Uniform* gelten müssen. Die Streitkräfte werden geführt von der Regierung, die dem Parlament und dem ganzen Volk politisch verantwortlich ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitlichste und sozialste Rechtsstaat unserer Geschichte. Dieser Staat erhebt den Frieden in Freiheit zur Grundbedingung unseres Lebens. Das dient dem elementaren Bedürfnis aller Bürger nach Sicherheit und Geborgenheit und bestimmt Rang und Würde des Wehrdienstes.

Den Frieden wahren verlangt finanzielle Opfer und persönliche Opfer. Dabei ragt die Wehrpflicht als die schwerste Bürde heraus, die unser demokratischer Staat zu seiner Sicherheit den jungen Männern auferlegt. Dabei gibt der Staat ihnen die im Grundgesetz verankerte Gewißheit, nur zur Verteidigung ausgebildet zu werden, was einschließt, nicht wie andere Generationen in jüngster Vergangenheit zu verbrecherischem Tun mißbraucht zu werden.

Wir hassen niemanden, wir bedrohen niemanden, wir werden niemanden angreifen. Und dazu bilden wir auch niemanden in der Bundeswehr aus. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß Gefahren immer dann drohen, wenn Staaten oder Bündnisse glaubten, ihren Kontrahenten überlegen zu sein und diesen ihren Willen aufzwingen zu können. Darum: Solange wir ein ausgewogenes Kräfteverhältnis aufrechterhalten können, das keiner Seite einen militärischen Vorteil verspricht und das keine Seite bedroht, solange können wir sicher sein, daß der Frieden, den wir seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben, fortdauern wird ... Die Fähigkeit, sich notfalls verteidigen zu können, erlaubt erst die Suche nach politischen Vereinbarungen, die den Frieden sicherer machen."

Diese Aussage, die ich nicht eindringlich genug empfehlen kann, ist ein Auszug aus der Rede des damaligen Verteidigungsministers Hans Apel am 12. November 1980 auf dem Münsterplatz in Bonn aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr. Wie diese öffentliche Feier abgelaufen ist, haben wohl alle noch in Erinnerung. Hoffentlich wird uns wenigstens Hans Apel bei der Vertretung und Verbreitung dieser Gedanken unterstützen.

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtler Professor Dr. Wolfgang Knies ist Kultusminister des Saarlands

FOTO: FERDI HARTUNG

IM GESPRÄCH F. Kroppenstedt

Statistiker mit Humor

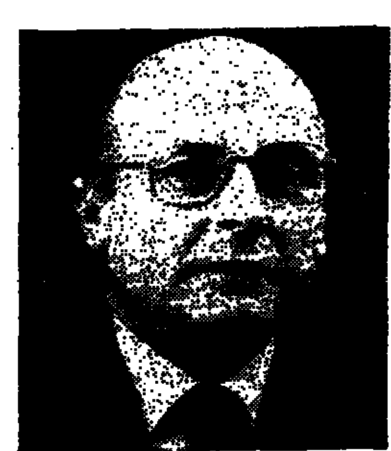
Von Eberhard Nitschke

Als er zu Beginn des Jahres 1980 Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden wurde, regte er an, daß die rund 2700 ihm unterstellten Statistiker „ihren Datenbedarf auf möglichst schonende Weise decken" sollten. Franz Kroppenstedt, 52 Jahre alt, soeben als Nachfolger des ausgeschiedenen Günter Hartkopf beamteter Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren geworden, wollte damals prüfen lassen, ob die Bundesstatistik nicht, wie private Forschungsinstitute, stärker als bisher mit Stichproben arbeiten könne.

„Bürgernähe", ein Wort, das er gern anwendet, war durchaus mit seinem energischen Einsatz für die vorläufig durch Verfassungsgerichtsurteil ausgesetzte Volkszählung 1983 vereinbar – der Staat soll wissen, wie vielen Bürgern er eigentlich nahe ist und nahe sein will. Den reduzierten Fragenkatalog für die geplante Riesenaktion hat er nüchtern und ohne je laut zu werden verteidigt.

Im Bundesministerium des Inneren ist Franz Kroppenstedt kein Neuling. Hier hat er 1962 nach dem Jurastudium und der zweiten juristischen Staatsprüfung angefangen; hier ist er wieder eingetreten, nachdem er beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin und im Landratsamt Eschwege gearbeitet hatte. Zuletzt leitete er als Ministerialdirigent in Bonn eine Arbeitsgruppe für die Reform des öffentlichen Dienstrechtes. Dienstrecht, Haushalt, Personal und Umweltschutz sind die Sachgebiete, die sein Amtsvorgänger Hartkopf verwaltet hat.

Franz Kroppenstedt war noch keine zwölf Monate in Wiesbaden, als der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) ihn als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz ins Gespräch brachte. Er war damals, im Dezember 1980, aussichtsreichster Kandidat, zog es aber vor, auf seinem Posten zu bleiben. Damals wurde bekannt, daß er „zur CDU tendiert, aber nicht Mitglied" sei. Franz Kroppenstedt war als Fachmann in die Etage aufgestiegen, aus der die wenigen Beamten des höchsten Dienstgrades kommen.



Tritt Hartkopfs Nachfolge an: Kroppenstedt

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Der großen Öffentlichkeit ist der neue Staatssekretär dadurch bekannt, daß er in seiner früheren Eigenschaft als Präsident in Wiesbaden auch Bundeswahlleiter war und als solcher in der Nacht vom 6. auf den 7. März das „vorläufige amtliche Endergebnis" zu verkünden hatte, das Bundeskanzler Helmut Kohl im Amt bestätigte. Vor der Bundestagswahl gehörte es zu den Aufgaben von Kroppenstedt, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundeswahlausschusses die zur Wahl zugelassenen Parteien bekanntzugeben, die nicht zugelassenen Antragsteller mit den Gründen der Ablehnung zu präsentieren. Es sind dies die wenigen Augenblicke, wo neben der vielgerühmten „Trockenheit" auch aufleuchtet, daß der neue Staatssekretär Humor hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SALZBURGER NACHRICHTEN

Zu den Verhandlungen über Raketensysteme in Genf heißt es in dem Blatt:

Die sowjetische Regierung hat eigentlich nur zwei Möglichkeiten: in Genf bei den Raketenverhandlungen dem Westen entgegenzukommen oder die Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen in Westeuropa abzuwarten, um dann über ihren Abbau zu verhandeln. Liegt der Sowjetunion aus sicherheitspolitischen Gründen wirklich soviel an einer Verhinderung der westlichen Nachrüstung, dann bliebe nur der erste Weg, denn einen Abbau einmal installierter Raketen zu erreichen, dürfte schwieriger sein, als ihren Aufbau in den jetzigen Verhandlungen zu verhindern oder zu begrenzen. Da Moskau nach dem Gipfel von Williamsburg eingesehen hat, daß der Versuch zur Spaltung des Westens nur dazu führte, daß dessen Führungen noch näher aneinanderrückten, bleibt nur der direkte Dialog zwischen den Supermächten. Der Dialog der Großen würde auch die Westeuropäer beruhigen, weil es dafür keinen Ersatz gibt.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum Oradour-Prozeß in Ost-Berlin merkt das Blatt an:

Heinz Barth hat nach dem Krieg in seinem Heimatort in der DDR gewohnt und dort, wie ihm das Gericht bescheinigte, ein „mustergültiges Leben" geführt. Er fügte sich ohne Bruch in die neue Ordnung und diente mit beflissener Anpassung Staat und Gesellschaft. Daß dies auch dort möglich ist, wo Vergangenheit und Gegenwart eines Menschen viel greller ausgeleuchtet werden als hierzulande, erklärt, warum noch immer Kriegsverbrechen unerkannt und ungeahndet bleiben. Der Gleichgültigkeit oder Lässigkeit ist dies also nicht zuzuschreiben, wie das von östlicher Seite gern der westlichen zum Vorwurf gemacht wird.

SÜDKURIER

Zum Handwerkstag meint das Konstanzer Blatt:

Die Ankündigung des Handwerkspräsidenten ist gewiß Musik in vieler Ohren. Vor allem jene Jugendlichen, die noch immer auf die Zusicherung einer Lehrstelle warten, sehen neue Hoffnungen keimen. Doch, vor allzu großer Euphorie sollte von vornherein gewarnt werden. Auf den ersten Blick ist das Rechenexempel des Handwerk-Sprechers in sich durchaus schlüssig. Die Frage ist allerdings, ob sich alle jene Betriebe, die in Bausch und Bogen in Schnitkers Kalkül einbezogen wurden, auch an die Vorgaben des Präsidenten halten werden. Denn an einer Tatsache führt doch kein Weg vorbei: Weite Bereiche des Handwerks leiden empfindlich unter der abgeschwächten Konjunktur.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung meint zu den Säuberungen in der französischen Polizei:

Ein Polizeistaat bleibt immer der Traum der sozialistischen Regime. Er wird dadurch vorbereitet, daß man den Generalstab ablöst und mit Freunden bevölkert, wie dies im Justizministerium geschehen ist. So hat eines Tages auch ein Sozialist begonnen, dessen Vornamen Benito lautete. Aber jeder Vergleich wäre ein böswilliger Zufall.

Wie der „zweite Arbeitsmarkt" in Wirklichkeit aussieht

Die Sorgen des Handwerks mit der Schwarzarbeit / Von Peter Gillies

Während allerorten grämliche Bemerkungen über Wachstumsschwäche und Arbeitsmangel fallen, blühen auf einem Markt Arbeitsfreude und Gewinne: bei der Schwarzarbeit. Zwischen drei und vier Millionen Deutsche geben sich angelegentlich oder auf Dauer Neben- oder Zusatzbeschäftigungen hin. Meist befriedigen sie diese genauso wie ihre „Kunden".

Die Schätzungen über den Markt der Untergrundwirtschaft schwanken zwischen 100 und 300 Milliarden im Jahr, reichen also bis an ein Fünftel des offiziell ausgewiesenen Bruttosozialprodukts heran. Nach geltendem Recht ist nicht alles legal, aber beileibe nicht alles illegal.

Die Palette ist so bunt wie das Leben: Die Friseuse dreht abends fremde Locken, der Lehrer paukt Mathe ein, die Bauleute werden am Wochenende emsig, Maler, Gärtner, Rentner, Sekretärinnen, Studenten, Arbeitslose, Automechaniker, Pensionswirte, selbst Akademiker – sie alle haben in die Hände gespuckt und steigern das Sozialprodukt (ohne daß dieses davon Notiz nimmt).

Das Handwerk sieht die Untergrundwirtschaft mit Abscheu. Ihm gehen, so heißt es, Milliarden an Aufträgen verloren, dem Staat Steuern und Abgaben. Würde man dies alles in die steuerpflichtige Legalität schleusen, herrschte vermutlich Vollbeschäftigung bei gesunden Staatsfinanzen.

Diese Betrachtungsweise geht jedoch davon aus, daß jeder Nachfrager der Untergrundwirtschaft als offizieller Auftrag in den Bestellbüchern auftauchte, würden nur die Kosten der Arbeit geringer. Aber Frau Normalverbraucher, die sich von einer Bekannten dauerwellen läßt, hat keine Zeit für einen Friseurbesuch, und der Figaro macht schon lange keine Hausbesuche mehr. Millionen von Eigenheimen, vor allem auf dem Lande, wären nicht hochgezogen worden, gäbe es die Nachbarschaftshilfe nicht. Dieses Land sähe bei weitem nicht so proper aus, hätten die Menschen nicht zugepackt – ohne Steuerkarte.

Es hieße auch an der Realität vorbeizublicken, vergäße man die Schlüsselfrage von Klein- und Kleinstunternehmern: „Brauchen Sie eine Rechnung?" Im Falle der Verneinung winken *Preisnachlässe*. Und viele Meister wissen und dulden es, daß ihre Gesellen am Wochenende den Betonmischer entführen.

Mancher Arbeitslose findet über die Schwarzarbeit den Absprung in die Selbständigkeit. Dabei soll die Ungesetzlichkeit solchen Tuns nicht verharmlost werden, denn hier liegt doppelt Betrug vor: am sozialen Netz und am Fiskus. Ein Beispiel aus dem Handwerk macht die Misere deutlich: Für eine offizielle Arbeitsstunde erhält der Geselle netto 9,50 Mark, für eine offizielle Überstunde nur noch 7,40 Mark. Auf dem „schwarzen" Markt verdingt er sich jedoch spielend bis zu 15 Mark – brutto für netto. Die Last der Kosten und Nebenkosten zwingt den Unternehmer andererseits, einen Stundenpreis von etwa 50 Mark zu berechnen.

Das Grundübel ist also die hohe Steuer- und Abgabenlast. Solange sie nicht gemildert wird, bleiben alle Versuche zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Stückwerk. Aber Nebentätigkeiten sind auch ein Reflex auf die Spezialisierung und die Entfremdung. Das Handwerk sollte es als Kompliment empfinden, wenn die Menschen gerade die Handarbeit, das eigene Zupacken, wieder entdecken. Darin spiegelt sich Protest gegen überbordende Staatstätigkeit, gegen Bürokratie, Staatsverschuldung und Anonymität, wenngleich andererseits vor Idealisierung gewarnt sei.

Ein Chirurg läßt einen Klempner kommen, weil sein Keller unter Wasser steht. Der Handwerker dreht ein Ventil, behebt so den Schaden und berechnet hundert Mark. Empört sich der Chirurg: „Hundert Mark für fünf Minuten, das ist ein Stundenlohn von zwölfhundert Mark! Das verdiene ich ja nicht einmal als Chirurg!" Antwortet der Klempner: „Das habe ich auch nicht verdient, als ich noch Chirurg war."

Ob diese Anekdote etwas beweist, mag jeder selber nachrechnen, die Blüte der Schattenwirtschaft jedenfalls beweist: Die Arbeitsteilung funktioniert nicht mehr. Der „weiße" Markt offeriert nicht die nachgefragten Güter und Dienste, meist nicht am richtigen Ort und zu falschen Preisen. Der „Selbstverwirklichungskonsum" – vom Flohmarkt bis zur Selbsthilfe-Kinderkrippe – richtet das Augenmerk wieder auf die Eigenvorsorge, die verlorengegangene – wie heißt das schöne Wort? Ach, richtig: Subsidiarität.

Der Sozial- und Versorgungsstaat sollte diese „Bewegung im Schatten" zumindest so ernst nehmen wie die Friedens- und andere Bewegungen. Mit Ordnungskräften ist dieser Bewegung nicht beizukommen, sondern nur mit Ordnungspolitik.



Bauen an der Zonengrenze bringt ungewöhnliche Probleme

Von WALTER H. RUEB

Ein Heer von Bauarbeitern und eine Armada schwerer Baufahrzeuge setzt zwischen Herleshausen diesseits und Eisenach jenseits der deutsch-deutschen Grenze durch den Bau eines 7,5 Kilometer langen Autobahnverbindungsstücks die Forderungen nach Erleichterung im Transitverkehr von und nach Berlin in die Tat um. Der beidseitige Wille zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrs räumte Hindernisse aus dem Weg: Wegen der herrschenden Geländeverhältnisse stellt die Bundesrepublik Deutschland der bauausführenden „DDR" für die Dauer der Arbeiten 8500 Quadratmeter eigenen Bodens zur Verfügung.

Die grenzüberschreitende Baumaßnahme und deren vertragliche Regelung gingen natürlich nicht ohne langwierige Verhandlungen über die Bühne. Sitzungen wurden abgehalten, Protokolle angefertigt, schließlich vom Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland eine Erklärung abgegeben. Darin heißt es u. a.: „Der anderen Seite wird gestattet, Territorium der Bundesrepublik Deutschland ... für die Durchführung der erforderlichen Bauarbeiten zu nutzen ... Personen, die im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Anbindung der Autobahn tätig sind, können das Nutzungsgebiet ohne besondere Genehmigung und Kontrolle betreten und verlassen. Das Mitführen von Schußwaffen ist solchen Personen nicht gestattet ... Seitens der Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten gewährleistet, daß keine Handlungen unternommen werden, die den reibungslosen Ablauf der Bauarbeiten beeinträchtigen."

Grenzüberschreitendes Bauen stellt zwischen Bonn und Ost-Berlin kein Novum dar: Vor Jahren waren westdeutsche Arbeiter beim Ausbau des Grenzüberganges Helmstedt–Marienborn auf ostdeutschem Boden tätig, und beim Autobahn-Bau Hamburg–Berlin machte sogar ein Zwischenfall Schlagzeilen, als ein Lkw-Fahrer aus der „DDR" den Einsatz auf westdeutschem Territorium zur Flucht nutzte.

Ähnliches soll diesmal nicht wieder passieren. Da haben die „DDR"-Behörden Vorsorge getroffen, noch ehe die exterritorialen Arbeiten richtig angelaufen sind. „Wachsamkeit, sichtbare und unsichtbare Präsenz" heißt dabei offenbar das Motto.

Zwei Doppelstreifen der „DDR"-Grenztruppen stapfen am hellichten Tag durchs Gelände, sowjetische Kalaschnikows vor der Brust und Feldstecher oder Kameras mit Teleobjektiven vor den Augen. Einen Steinwurf hinter der hier mit roter Schnur markierten Staatsgrenze haben in einem Bauwagen weitere „DDR"-Grenztruppen Posten bezogen. Und über allem ragt ein grauer Turm in den gesamtdeutschen Himmel. Von hier aus können alle Bewegungen an der Grenze und im Bauraum beobachtet werden.

Beim Grenzschutzkommando Mitte in Kassel hat man die möglichen neuen grenzpolizeilichen Probleme erkannt. „Bundesgrenzschutz und Grenzzolldienst werden die Bauarbeiten unter ständiger Beobachtung halten und gewährleisten, daß keine Unbefugten das Baugelände betreten", sagt Peter Grooten, Polizeihauptkommissar und Presseoffizier beim Bundesgrenzschutz in Kassel vor Ort. „Der Bundesgrenzschutz kann den Bauraum selbstverständlich betreten, wird es jedoch nur bei besonderen Vorkommnissen tun ..."

Zur Frage, welche „besonderen Vorkommnisse" man beim Bundesgrenzschutz für möglich halte, sagt der Hauptkommissar: „Zum Beispiel der Fluchtversuch eines Bauarbeiters und die Vereitelung desselben durch andere ‚Bauarbeiter' der DDR ... Dabei würde der Bundesgrenzschutz dem Flüchtenden in jedem Fall Hilfe leisten."

An die Tatsache, daß der Schießbefehl an der deutsch-deutschen Grenze auch während der exterritorialen Tätigkeit zahlreicher „DDR"-Bürger weiterbesteht, mag man in Herleshausen, in Hessens Metropole Wiesbaden und in Bonn in der Hoffnung, daß es zu keinerlei Zwischenfällen kommt, überhaupt nicht denken. Vorerst knallte es auch lediglich bei der Sprengung alter Brückenfundamente aus der Vorkriegszeit.

Die meterdicken Brückenfundamente stehen unmittelbar neben dem fußballfeldgroßen Areal, das der „DDR" von Bonn überlassen und mit einem 150 Zentimeter hohen Zaun eingefriedet wurde. Die vertraglich vereinbarte Höhe wurde von der Bundesrepublik um 50 Zentimeter unterschritten, bei der Anzahl der nicht abschließbaren Türen hielten sich die Westdeutschen an die abgemachte Zahl von drei Zugängen.

In Herleshausen haben in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sachliche Notwendigkeiten über politische Abgrenzungsmanöver gesiegt ... Weil die „DDR" auf ihrem Boden für die Aufschüttung eines 17 Meter hohen Dammes im Grenzbereich über die notwendigen Erdmassen verfügt, kam die Abmachung schließlich zustande. Auf westdeutscher Seite stand Schüttmaterial nicht zur Verfügung, sondern hätte erst umständlich und zeitraubend herangekarrt werden müssen.

Böse Zungen in Herleshausen behaupten, die Bundesrepublik habe aus Kostengründen – sie bezahlt für das neue Autobahnstück einschließlich einer pompösen Großbrücke über das Werratal am Ende des neuen Autobahn-Teilstücks 268 Millionen Mark – dem *Handel zugestimmt. Insider aber* wissen es besser. „Die Brücke wird von einer westdeutschen Firma gebaut", sagt Hauptkommissar Grooten. „Damit fließt ein Teil der Gelder wieder in die Bundesrepublik zurück, und die DDR hat versprochen, für 27 Millionen Baumaschinen aus der Bundesrepublik zu beziehen."

Das grenzüberschreitende Bauvorhaben ist bis in alle Einzelheiten terminiert: Bis zum 15. Mai 1983 mußten bestehende Grenzzeichen gesichert und dem Boden entnommen werden. Am 16. Mai wurde der Bauraum an die „DDR" übergeben, Ende Mai und in den ersten Juni-Tagen wurden die Brückenfundamente gesprengt.

Erst nach Abschluß der Sprengarbeiten wird mit dem Aufschütten des Erddammes begonnen. Ende Oktober 1983 muß die Schüttung abgeschlossen sein, damit der neue Damm sich bis März 1984 setzen kann ... April und Mai 1984 werden die Fahrbahndecken aufgebracht, am 1. Juni 1984 um 12 Uhr mittags müssen laut Vertrag der Bauraum an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben und die Grenzsteine wieder ins Erdreich gesetzt werden. Voraussichtlich wird das neue Autobahnstück zum gleichen Zeitpunkt auch freigegeben.

In den Freudenbecher über die Erleichterungen künftiger Fahrten nach Berlin und Leipzig fallen indessen einige Wermutstropfen: Vor Herleshausen müssen sich die Autofahrer aus Richtung Frankfurt und Gießen nach wie vor über ein 20 Kilometer langes Stück Landstraße und durch mehrere Dörfer quälen. Hauptkommissar Grooten: „Die Bundesrepublik hätte einer Fahrt auf der Grundlage der Trassenführung aus der NS-Zeit den Vorzug gegeben. Die DDR aber sah sich wegen der damit verbundenen dreimaligen Grenzüberquerung nicht in der Lage, zuzustimmen ..."

Die Tatsachen hinter den diplomatischen Worten sind folgende: Der Umweg über Landstraßen und Dörfer ist erforderlich, weil die Autobahn aus der NS-Zeit durch heutiges „DDR"-Gebiet führt. Um von Deutschland nach Deutschland zu kommen, müssen eben oft Umwege in Kauf genommen werden.



Blick in Deutschland: ein Bauraum, an die „DDR" verliehenes Gebiet, Fundamente aus der NS-Zeit und die neue Brücke über das Werratal. FOTO: RUEB

Noch blüht das Wirtschaftsleben in Hongkong. Doch das Jahr 1997, in dem die Stadt an China zurückfallen soll, wirft seine Schatten voraus. FOTO: MANFRED GROHE

Hongkongs Krankheit heißt 1997

Von R. ALEXANDER

Hongkong hat einen neuen Fieberanfall. Die Krankheit heißt 1997 – das Datum, an dem China die britische Kronkolonie zurückhaben will.

Der erste Schock nach Margaret Thatchers Peking-Besuch im vergangenen September schien bereits überwunden. Peking hatte Hongkongs Bürger beruhigt: Ihr könnt euren Kapitalismus behalten. Es versprach der Kolonie Autonomie. Die Aktienkurse stiegen wieder. Die Parole machte sich breit: Es wird alles nicht so schlimm.

Doch inzwischen werden die Töne aus Peking härter: Chinas Machtübernahme soll nicht nur „symbolisch" sein. China will Souveränität und läßt sich keine Bedingungen stellen, wie Hongkong regiert werden wird.

Seitdem macht sich unter den fünf Millionen Hongkong-Chinesen neue Skepsis gegenüber Pekings Versprechungen breit. Der Hongkong-Dollar ist tief gesackt. Die Kapitalflucht hält an. Nur wenige wollen in der Stadt investieren, deren Dauerboom noch vor kurzem legendenhaft war. Die Zahl der Einwanderungsanträge an ausländischen Konsulaten – vor allem von jüngeren, qualifizierten Personen – verdreifachte sich seit Jahresanfang.

„Wir sind schon einmal aus China geflohen"

„Wir werden nicht bis 1997 warten, um zu sehen, was aus Hongkong wird. Wir sind schon einmal aus China geflohen. Meine Tochter macht ihr Praktikum bei einer Bank in den USA. Wir hoffen, daß sie dort bleiben und uns eines Tages nachholen kann."

Ah Wan, die so spricht, ist kein Großkapitalist, der seine Millionen in Sicherheit bringen will. Ah Wan ist eine „Amah" – ein Dienstmädchen – das seinen Lebensunterhalt mit Putzen und Kochen verdient. Wie Millionen anderer kam sie mit wenig mehr als den Kleidern auf dem Leib von China nach Hongkong. Sie hat geschuftet, geheiratet, hat ihre Kinder auf gute Schulen geschickt und will nicht den bescheidenen Wohlstand verlieren, den sie sich erarbeitet hat.

„Während der Kulturrevolution wurde ich, wie Millionen Studenten, in eine Dorfkommune geschickt. Ich floh und schwamm nachts über die Austernbänke *nach Hongkong. Soll ich das noch* einmal riskieren?", fragt ein junger Physiker.

22 Prozent aller Hongkong-Bürger – die meisten zwischen 15 und 35 Jahren alt – würden „jedes Mittel" versuchen, um die Kolonie zu verlassen, wenn sie voll mit China integriert und kommunistisch wird, stellten Meinungsforscher fest. 53 Prozent würden emigrieren, wenn es eine „normale" Möglichkeit gibt.

Ein solches totales „Heim in die Volksrepublik" schnitt in der Umfrage als die am wenigsten populäre Lösung für 1997 ab. Nur 26 Prozent fanden sie annehmbar. Am liebsten wäre 95 Prozent der Hongkong-Chinesen, wenn alles beim alten bliebe – der „Status quo". Als nächstbeste Lösung erscheint einer Mehrheit von 64 Prozent ein Arrangement, bei dem China zwar die Souveränität über Hongkong erhält, die Stadt aber ihr westliches Gesellschaftssystem unter britischer Verwaltung beibehält.

Delegationen von Vertretern der verschiedensten sozialen Schichten Hongkongs sind in den letzten Monaten nach Peking gereist. Aber dort wurde ihnen klargemacht, daß die populärsten Optionen – Status quo und britische Verwaltung unter chinesischer Flagge – für Peking nicht in Frage kommen. Die Peking-Pilger brachten Nachricht von einer sich verhärtenden Haltung der chinesischen Führung zurück: China will Hongkong 1997 zurückhaben. Die Briten müssen gehen. Aber es gibt Versprechungen.

„Das bestehende kapitalistische System wird in Hongkong noch ein paar hundert Jahre erhalten bleiben", versicherte das für Auslandschinesen zuständige Politbüromitglied Liao Chengzhi Hongkonger Fabrikanten. „Die Gesetze bleiben grundsätzlich unverändert. China wird keinen einzigen Soldaten oder Regierungsvertreter nach Hongkong schicken. Hongkong-Leute werden selbst regieren."

„Wenn die Partei sich nicht einmischt, kann Hongkong weitergedeihen. Aber wenn die Kandidatenliste eines Hongkong-Parlaments und die Beamten-Ernennungen von Peking abgesegnet werden müssen, wenn die Partei in Hongkongs Gesetzgebung hineinredet – dann wird aus Hongkong ein neues Shanghai", erklärt Joseph Cheng, Lektor für Staatswissenschaften und Mitbegründer der *Bürgerinitiativgruppe „Hongkong* Observers", die die Meinungsumfrage in Auftrag gab.

Andere sind unverblümt pessimistisch: „Es wird schiefgehen", erklärt Jimmy McGregor, Direktor einer der beiden Hongkonger Handelskammern. „Kommunisten können kein freies Wirtschaftssystem managen. Was immer sie über Autonomie versprechen, sie werden es letztlich nicht halten."

Peking verdiente 1980 6,8 Milliarden Dollar

„Wir nehmen an, daß die chinesische Führung rational handelt und die wirtschaftliche Bedeutung Hongkongs hoch einschätzt", meint Joseph Cheng.

In der Tat haben Chinas Zugeständnisse nichts mit Demokratie zu tun. Hongkong ist die kapitalistische Gans, die für den sozialistischen Aufbau Chinas weiter goldene Eier legen soll. An Hongkong verdiente China 1980 6,8 Milliarden US-Dollar. 36,5 Prozent seiner gesamten Deviseneinnahmen. 1,6 Milliarden US-Dollar davon schickten Hongkong-Chinesen an ihre Verwandten in China oder gaben sie auf Chinareisen aus. Exporte nach Hongkong finanzieren Chinas restliches Außenhandelsdefizit.

Hongkongs Pekingreisende versuchten der chinesischen Führung klarzumachen, wie empfindlich Kapitalisten auf politische Unsicherheit reagieren. Sie erklärten, daß ohne Garantien für Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit Hongkong in seiner jetzigen Form nicht überleben könne. Sie warnten, daß ohne solche Garantien auch der Exodus der qualifizierten Mittelschicht unvermeidlich sei.

Doch selbst für die Pragmatiker, die heute in Peking regieren, ist die „nationale Würde" wichtiger als eine noch so große Handvoll Dollar und Hongkongs wirtschaftliche Stabilität.

Darüber sind auch die Verhandlungen zwischen London und Peking in die Sackgasse geraten. Peking will, daß als erstes Chinas Souveränität über Hongkong bedingungslos anerkannt wird. Dann soll über einen „reibungslosen Machttransfer" verhandelt werden. London will zunächst darüber reden, wie Hongkong nach 1997 re*giert werden soll*. Es fühlt sich für seine Untertanen verantwortlich. Aber Peking hat die Hongkong-Chinesen zu „unseren Leuten" erklärt, für die London nicht verhandeln kann.

Entsprechend hat sich Pekings Druck auf die Hongkong-Bevölkerung verstärkt. Das gab man den Delegationen auf den Weg; und diesen Tenor schlagen pekinghörige Zeitungen an. Die Einsicht, daß „China kommt" und Autonomie das Beste ist, auf das man hoffen kann, macht sich breit. Der Masse der Bevölkerung würde das politische System gleich sein, solange ihr Lebensstandard erhalten bleibt. Bei aller Skepsis empfinden viele Hongkong-Bewohner chinesisch-nationalistisch.

Die Generation, die 1997 am meisten betroffen sein wird, Hongkongs Studenten, zeigt ein zwiespältiges Bild: „Die meisten sind pragmatisch, viele ausgesprochen zynisch. Sie wollen Karriere machen. Sie haben kein Land, mit dem sie sich identifizieren können, nur mit China, aber die wenigsten identifizieren sich mit dem dortigen Regime. Wenn sie die Wahl hätten, würden die meisten wahrscheinlich auswandern", meint Dr. Byron Weng, Direktor der Abteilung für „Regierung und Verwaltung" der „Chinese University of Hongkong".

„Viele Studenten reisen nach China, um sich zu informieren. Viele treffen dort Dissidenten. Sie glauben, sie können den Kommunismus reformieren, wenn es soweit ist. Sie sind naiv", sagt Weng.

Mittlerweile versuchen viele, gedämpften Optimismus zu verbreiten: „Hongkong bleibt als Wirtschaftszentrum höchst attraktiv", erklärt T. W. Wong, Direktor der „Hongkong Federation of Industries". „Für welches Land in Asien kann man voraussagen, daß es bis 1997 politisch stabil sein wird? Die Zusammenarbeit mit China bietet neue Möglichkeiten. Vielleicht wird es bis 1997 in China besser. Vielleicht kann ich mich an diesen Lebensstil gewöhnen", sinniert Wong, doch er fügt hinzu: „Hongkong-Kapitalisten sind sehr beweglich. Sie haben längst auch in anderen Ländern investiert. In Hongkong ist jeder von Hause aus Flüchtling."

Dregger auf Distanz zu seinem Vize

ms. Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat sich gestern von dem Verhalten seines Stellvertreters Benno Erhard distanziert, der mit Einzelheiten aus einer vertraulichen Sitzung der Innen- und Rechtspolitiker der Fraktion zum Demonstrationsstrafrecht in der „Frankfurter Rundschau" zitiert worden ist. Dregger sagte in einem Gespräch mit Zimmermann, dieses Verhalten müsse er rügen, andererseits seien die in dem Bericht dargestellten Informationen nicht richtig.

In dem Bericht hatte es unter anderem geheißen, Ministerialdirektor Schreiber vom Bundesinnenministerium habe der Auffassung Zimmermanns widersprochen, Demonstrationen könnten nicht in einen friedlichen und unfriedlichen Teil untergliedert werden. Tatsächlich aber hatte Schreiber nach Darstellung des Innenministeriums bei dieser Besprechung die Vorschläge des Bundesinnenministers vertreten und betont, man sollte die „Teilmengen-Theorie" nicht ins Gesetz festschreiben, weil sich die Demonstranten auf diese Taktik einstellen könnten. Vielmehr sollte man der Polizei den schon jetzt genutzten Handlungsspielraum erhalten. Dregger versicherte in dem Telefongespräch mit Zimmermann, der Minister habe einen Verhandlungsauftrag der Fraktion in dieser Sache.

Seit dem Parteitag in Köln knistert es in der Union

Von MANFRED SCHELL

In den Schwesterparteien CDU und CSU hat sich allerhand Konfliktstoff angesammelt. Anlaß dafür ist die auf dem Kölner CDU-Parteitag beschlossene Satzungsänderung, die es dem Bundesvorstand ermöglicht, bei der Europawahl im kommenden Jahr auch eine CDU-Liste für Bayern, der bisherigen Domäne der CSU, zu beschließen. Die CSU spricht von einem „Coup". Sie fühlt sich brüskiert, weil sie glaubte, seit dem Wiedervereinigungsbeschluß nach Kreuth im Dezember 1976 sei das Thema „getrennt marschieren, vereint schlagen", endgültig vom Tisch.

„Die CDU muß sich entscheiden, ob sie Muskelspiel, also Bodybuilding, oder Boxkampf will." So beschrieb der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, ein besonnener und ansonsten auf Kooperation angelegter Mann, die Situation. Seit dem überraschenden Beschluß von Köln nervt der neue CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu die größere CDU mit Anfragen, was sie mit dieser Satzungsänderung bezwecken will? Die Antwort aus München auf eine eventuelle CDU-Kandidatur in Bayern fiel außerdem erwartungsgemäß aus: Dann werde die CSU ebenfalls bundesweit auftreten. Der Grabenkampf wäre somit perfekt. In der Tat stellt sich die Frage, welche Motive den CDU-Bundesvorstand bewegt haben, diese Satzungsänderung in Köln beschließen zu lassen. Dem Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger wird die Aussage zugeschrieben, er habe erst am Abend zuvor im Parteipräsidium von dieser Absicht gehört. Noch zwei anderen Präsidiumsmitgliedern soll es ebenso ergangen sein.

Als den eigentlichen Initiator hat die CSU den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Verdacht, zu dessen Lieblingsideen schon immer gehört habe, aus der CSU einen Landesverband der CDU zu machen. Das mag so sein, aber ohne die ausdrückliche Zustimmung oder gar den Wunsch von Bundeskanzler Helmut Kohl wäre in Köln dieser Antrag nicht gestellt worden.

Was hat die CDU mit diesem Beschluß beabsichtigt? Darauf gibt es mindestens zwei Antworten. Die offizielle lautet, man habe in den Statuten mit den Möglichkeiten der anderen Parteien „gleichziehen" müssen. Die wahrscheinlich ehrlichere Antwort haben Journalisten in Köln unterderhand bekommen. Die CDU, gestärkt und an der Regierungsmacht, wollte der aufmüpfigen CSU die gelbe Karte zeigen. Von den Meldungen aus Köln überrascht, hatte Waigel zum Telefon gegriffen und Dregger angerufen. Dregger antwortete ihm auf die Frage, was das solle, auch er habe recht kurzfristig von dieser Initiative erfahren. Waigel reagierte später gereizt: „Wir sind ja angetreten, um Deutschland in Ordnung zu bringen, nicht um Satzungen zu komplettieren." Die CDU, das ist erkennbar, hat die CSU, die in zurückliegenden Jahren auch nicht gerade gefühlvoll mit der Schwesterpartei und deren Repräsentanten umgesprungen ist, in die Schranken weisen wollen. Konkrete Absichten, tatsächlich eine eigene Landesliste aufzulegen, sind bislang jedenfalls nicht erkennbar. Die CSU wittert Rachegedanken. Waigel meinte, er gehe davon aus, daß sich die „C-Parteien am Neuen Testament orientieren und nicht alttestamentarisch miteinander verfahren: Aug um Auge, Zahn um Zahn."

Natürlich denkt die CDU bei ihren Aktivitäten sehr langfristig, zum Beispiel an die „Zeit nach Strauß", wie es ein Bundesvorstandsmitglied formulierte. In einer Phase, in der es bei der CSU keine herausragende Führungsfigur gibt, wäre es natürlich leichter, dort die CDU zu etablieren. Dabei hofft die CDU auf Mitstreiter in der CSU, zum Beispiel auch auf diejenigen, die 1976 Front gegen den Trennungsbeschluß in Wildbad Kreuth gemacht haben. Kohl selbst hat dies in seiner Parteitagsrede anklingen lassen, als er – unausgesprochen war damit Strauß gemeint – vor Schaukämpfen warnte, zumal man sich dabei nicht

DIE ● ANALYSE

auf die eigenen Truppen stützen könne. Im „Spiegel" ist Dregger die Aussage in den Mund geschoben worden, 50 Prozent der CSU-Abgeordneten würden, wenn es hart auf hart ginge, zur CDU überwechseln. Dregger hat gegenüber der CSU-Führung versichert, daß diese Äußerung nicht von ihm stammt.

Die Argumente gegen eine Kampfkandidatur hat eigentlich die CDU 1976 selber geliefert. Die Reibungsverluste wären selbst dann, wenn man die Marschordnungen einvernehmlich festlegen könnte, zu groß. Die Personalkämpfe zwischen den Kandidaten der CDU und CSU gingen dann durch bis zur Landes- und Kommunalpolitik. Lachende Dritte könnten dann die SPD-Bewerber sein, wenn sich CDU und CSU gegenseitig ohnehin knappe Mehrheiten zunichte machten. Die CSU jedenfalls gibt sich, nachdem die CDU in Köln den Stein ins Wasser geworfen hat, kampfeslustig. „Wir sind zwar die kleinere, aber geschlossene und nicht zu kleine Partei", meinte Waigel. In der CSU-Führung wird überlegt, ob auf dem Parteitag im Juli in München der Parteiname gekürzt werden soll, der jetzt lautet: „Christlich Soziale Union in Bayern". Die letzten zwei Worte könnten gestrichen werden.

Natürlich hat die CDU jetzt eine Überlegung aufgegriffen, die 1976 in Kreuth von der CSU geboren wurde. Allerdings war damals die Ausgangssituation anders. CDU und CSU standen nach einer verlorenen Bundestagswahl vor der Frage, wie sie das Bündnis aus SPD und FDP in Bonn aufbrechen könnten. Ein solches Strategiedenken ist jetzt nicht mehr erforderlich, es sei denn, man unterstellt mittelfristig den politischen Tod der FDP und macht sich Gedanken über die Erringung der absoluten Mehrheit. Aber zumindest bei Kohl gibt es solche nicht.

Nach heftigem Streit hatten sich CDU und CSU dann im Dezember 1976 in der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn wieder zusammengefunden. Die bisher unveröffentlichten Einigungspapiere belegen, auf welcher Basis damals das Arrangement getroffen wurde. In dem Papier vom 12. Dezember 1976 heißt es: „Die CDU erhebt einen bundesweiten Anspruch und beansprucht ein bundesweites Mandat. Die CSU ist und bleibt eine selbständige Partei und wird kein Landesverband Bayern der CDU. Als selbständige Partei erhebt sie ebenfalls einen bundesweiten Anspruch der von ihr vertretenen Politik."

Beide Parteien verstehen sich somit als Organisationen mit bundesweitem Anspruch. Die Übereinkunft bei dieser Ausgangslage wurde auf Seite 2 des Papiers niedergeschrieben: „Beide Unionsparteien stimmen überein, daß dieser ihr Anspruch nach der bisherigen geographischen Einteilung von der jeweils anderen Unionspartei ausgeübt wird." Diese räumliche Begrenzung oder, wenn man so will, Selbstbeschränkung von CDU und CSU ist auch in den jeweiligen Vereinbarungen über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag verankert, die einst Konrad Adenauer und Fritz Schäffer begründet haben. Darin heißt es: „Die Abgeordneten der CDU und CSU bilden aufgrund gemeinsamer politischer Ziele und angesichts der Tatsache, daß diese Parteien in keinem Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen ... eine gemeinsame Fraktion."

Die SPD hat zu Beginn der 10. Legislaturperiode die Basis für die Fraktionsgemeinschaft aufgrund unterschiedlicher politischer Auffassungen von CDU und CSU in Einzelfragen in Zweifel gezogen und Rechtsverwahrung eingelegt. Eine Kandidatur der CDU in Bayern oder der CSU in einem anderen Bundesland hätte zwangsläufig den Bruch der Fraktionsgemeinschaft in Bonn zur Folge.

Die augenblicklichen Auseinandersetzungen darüber verdecken freilich, daß es auch ansonsten Reibungsflächen zwischen beiden Unionsparteien gibt. Die CSU glaubt, bei der größeren CDU eine gewisse Hybris zu erkennen. So habe Dregger, immerhin der gemeinsame Fraktionsvorsitzende, in seinem „Rechenschaftsbericht" in Köln weder die Mitarbeit der CSU-Landesgruppe noch der CSU als Partei erwähnt. Dies sei früher, bei Kohl und Rainer Barzel, anders gewesen. Daß dies die CSU nicht einfach wegsteckt, wird schon daran deutlich, daß von ihr an die Bundesversammlung mit der Wahl des nächsten Bundespräsidenten erinnert wird. Dort würden die Stimmen der CSU gebraucht. Und Dregger wird als Kandidat genannt.

Kirchentag: Eppler gegen Verketzerung

DW./ohn. Hannover/Bonn

Den Wunsch nach dauerhaftem Frieden hat Bundeskanzler Helmut Kohl in den Mittelpunkt seiner Erklärungen zum 20. Deutschen Evangelischen Kirchentag gestellt, der gestern abend in Hannover eröffnet wurde. In einem Artikel für das „Allgemeine Deutsche Sonntagsblatt" bekräftigte Kohl aus Anlaß des Kirchentages den NATO-Doppelbeschluß.

Zu den im Vorfeld des Kirchentages heftig umstrittenen violetten Tüchern, mit denen rund hundert „Friedensgruppen" auf dem Kirchentag gegen Massenvernichtungswaffen sowie der eventuellen Aufstellung amerikanischer Raketen im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses, demonstrieren wollen, sagte der Präsident des Kirchentages, der SPD-Politiker Erhard Eppler: „So lange diese Tücher sagen wollen: ‚So verstehen wir heute Nachfolge, wie verstehst Du sie?' haben sie ihren Ort auf dem Kirchentag, ebenso wie die Uniform des Soldaten. Aber der Soldat hat gleiches Recht mit dem, der das Tucht trägt. Jeder schuldet dem anderen Rechenschaft. Ketzerhüte werden auf dem Kirchentag weder angefertigt noch verteilt."

Tandler-Vorstoß zur Rundfunkpolitik

dpa, München

In der CSU mehren sich die Stimmen, die zum Nachdenken über eigenständige Strukturen für die „Neuen Medien" auffordern. Nach Staatssekretär Edmund Stoiber, der die Frage nach einem neuen öffentlich-rechtlichen Dach aufgeworfen hatte, forderte nun Fraktionsvorsitzender Gerold Tandler einen „eigenständigen Ordnungsrahmen" für die „Neuen Medien", der von der Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unabhängig sein müsse.

Der CSU-Politiker fragt, ob denn ein Bürger mit dem Bereitstellen eines Empfangsgeräts zur Zahlung für Programme verpflichtet werden könne, die er gar nicht wolle, während er für andere Programme, die seinen Bedürfnissen gerecht werden, in der Form von „Pay-TV" oder Bildschirmtext-Rückkanal zusätzlich zahlen solle.

„Gewaltmonopol des Staates durchsetzen"

ms. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) befürchtet, daß durch gewalttätige Aktionen gegen eine etwa erforderliche Nachrüstung „unser Versammlungs- und Strafrecht bald wieder auf den Prüfstand kommt". Vor dem Innenausschuß des Bundestages sagte Zimmermann gestern, das Schlagwort vom „gewaltfreien Widerstand" verberge oft den vorgesehenen Rechtsbruch. Das Gewaltmonopol des Staates müsse konsequent durchgesetzt werden.

Zimmermann: „Ursache vieler Deichbrüche ist die Duldung, Verniedlichung kleiner Schäden, die Mißachtung notwendiger Spielregeln." Das Recht müsse auch gegenüber Personen durchgesetzt werden, die das Demonstrationsrecht mißbrauchten. Mehr als 700 Demonstrationen seien in den vergangenen drei Jahren unfriedlich verlaufen, Hunderte von Polizeibeamten seien verletzt worden. Die Polizei müsse wieder die Möglichkeit erhalten, „dem Versteckspiel von Gewalttätern in der Menschenmenge durch die strafbewehrte Aufforderung zum Auseinandergehen ein Ende zu setzen".

Besorgnis in Berlin wegen Aktivitäten zum 17. Juni

Kontroverse um die „Konservative Aktion"

hrk. Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigt sich heute in einer „aktuellen Stunde" mit der Kontroverse über geplante Auftritte der „Konservativen Aktion" aus Anlaß des 17. Juni. Die SPD hatte Bürgermeister von Weizsäcker aufgefordert, sich klar von den vorgesehenen Aktionen dieser Gruppierung zu distanzieren. Berlins CDU-Generalsekretär Günther Strassmeier hatte bereits darauf hingewiesen, daß die Union mit den angekündigten Aktionen nichts zu schaffen habe und auch kein prominenter Unionspolitiker bei dem Kongreß der „Konservativen Aktion" reden werde.

Die in Hamburg beheimatete „Konservative Aktion" hatte angekündigt, mit mehreren tausend, vor allem jugendlichen Teilnehmern in Bussen nach Berlin zu reisen und hier mehrere Veranstaltungen abzuhalten. Am Abend des 17. Juni soll ein Zug von 2000 Teilnehmern – mit Fackeln und Bengallichtern ausgestattet – zur Mauer an der Bernauer Straße marschieren. Von einem hohen, auch im Ostteil der Stadt erkennbaren Podest wollen unter anderen der außenpolitische Sprecher der CSU, Graf Hayn, und der ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal reden. Der Aufzug ist angemeldet und genehmigt.

Der Plan, am Reichstagsgebäude 100 000 Luftballons mit dem Text der dritten Strophe des Deutschlandliedes aufsteigen zu lassen, wurde von den Berliner Behörden verboten, um den Flugverkehr in der Luftsicherheitszone Groß-Berlin – sie umfaßt beide Teile der Stadt und weite „DDR"-Bereiche – nicht zu gefährden.

Am 18. Juni wollen die Teilnehmer des Kongresses der „Konservativen Aktion" – sie hat 800 ständige Gäste in zwei Sälen des Kongreßzentrums angemeldet – vor ein besetztes Berliner Haus ziehen und dort demonstrieren. Man wolle, so heißt es im Einladungsprospekt, dabei auch auf die „Erfahrungen der bayerischen Staatsregierung im Umgang mit Hausbesetzern verweisen".

Mit einer „Aktion Heimkehr" wollen die anreisenden Anhänger der „Konservativen Aktion" an die „türkischen Mitbürger in Kreuzberg Blumen mit den Nationalfarben ihrer Heimat und Briefe in der Landessprache" verteilen. Darin soll an die deutsch-türkische Freundschaft erinnert, aber auch unter Hinweis auf Helmut Kohl die aus der Sicht der Veranstalter vorhandene Notwendigkeit unterstrichen werden, in den nächsten zehn Jahren die Ausländerzahl zu halbieren.

Lummer sagte im Abgeordnetenhaus, aus den angemeldeten Aktionen ließen sich bisher keine Anhaltspunkte für eine „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" ableiten. Für eine für den 18. Juni angekündigte symbolische "Besetzung" von sowjetischen Einrichtungen wie dem Generalkonsulat, dem „Aeroflot"-Büro oder dem Siegesmal nahe dem Brandenburger Tor auf einem von britischer Militärpolizei bewachten Gelände gibt es nach Lummers Angaben bisher keine Anträge.

In Unionskreisen werden schwerwiegende Bedenken gegen die vorgesehenen Aktivitäten der Hamburger Gruppe geäußert. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Hackel rief zu „angemessener Vernunft und Besonnenheit" auf. Es sei erfreulich, daß viele junge Menschen am 17. Juni nach Berlin kämen. „Gerade sie sollten sich nicht an Aktionen beteiligen, die zur Verschärfung innerstädtischer Konflikte beitragen können."

Mammutkliniken werden unbezahlbar

Krankenhausfinanzierungsgesetz gilt als gescheitert / Investitionsstau von 15 Milliarden

PETER JENTSCH, Düsseldorf

45 Milliarden Mark kosten Deutschlands Krankenhäuser jährlich, 30 Prozent des Krankenkassenbudgets. 778 000 Personen sind in den 3189 Kliniken zwischen Flensburg und Rosenheim beschäftigt – jeder 34. Erwerbstätige in der Bundesrepublik arbeitet also im Krankenhaus. Schließlich: Den Deutschen stehen insgesamt 695 600 Betten in den Krankenhäusern zur Verfügung; das heißt auf ein Krankenhausbett kommen 89 Einwohner. Zum Vergleich: Vor 100 Jahren, als die Krankenversicherung gegründet wurde, kam ein Krankenhausbett auf etwa 600 Einwohner.

Doch die Klagen über Deutschlands Krankenhäuser nehmen kein Ende. Zu Beginn der 70er Jahre galt die Kritik der unzureichenden Unterbringung der Patienten: Sie lagen in Mehrbettzimmern, auf Fluren und fühlten sich oft behandelt „wie der letzte Dreck" (Patientenumfrage 1973). Folge: Die Politiker propagierten das „klassenlose Krankenhaus", das Zweibettzimmer sollte zur Norm werden und der „Dreieinhalb-Minuten-Medizin" am Krankenbett wollte man durch die Erhöhung der Zahl der Ärzte und des Pflegepersonals begegnen.

Im Mittelpunkt der Kritik

Es entstanden Mammutkliniken auf der grünen Wiese. Doch die Menschlichkeit im Krankenhaus blieb auf der Strecke. Heute stehen die Krankenhäuser wieder im Mittelpunkt der Kritik, die sich auf das Problem der Humanität und der Finanzierung konzentriert. Der 12. Deutsche Krankenhaustag, der am Freitag in Düsseldorf zu Ende geht, befaßt sich denn auch vornehmlich mit dem Problem der Krankenhausfinanzierung.

Diese hatte eigentlich das 1972 verabschiedete und als „Jahrhundertwerk" gepriesene Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) endgültig lösen sollen. Doch es kam anders.

Ermöglicht durch eine Änderung des Grundgesetzes, die dem Bund, der damaligen sozialliberalen Koalition, eine Mitfinanzierungskompetenz schuf, wurde das KHG, das „Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze", in der Absicht verwirklicht, ein finanziell abgesichertes, bedarfsgerecht gegliedertes System leistungsfähiger Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Das KHG war dabei unter dem Zwang entstanden, das Defizit in Höhe von rund zwei Milliarden Mark, das die Kliniken vor Wirksamkeit des Gesetzes jährlich „erwirtschafteten", zu beseitigen. Dem Gesetz lag dabei ein Gedanke zugrunde, den Sozialpolitiker schon in den 50er Jahren entwickelt hatten: Die Vorhaltung der Krankenhausbetten sei als öffentliche Aufgabe anzusehen; alle aus der Vorhaltung entstehenden Kosten daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

So schreibt das KHG denn vor, die Investitionskosten aus öffentlichen Mitteln (ein Drittel Bund, Rest Länder und Gemeinden) zu finanzieren und die Benutzerkosten über die Pflegesätze (die durch die Kassen bezahlt werden) aufzubringen. Doch der Bund hat sich aus seiner „Drittelparität" längst zurückgezogen. Er zahlt heute nur noch 18 Prozent der Investitionskosten. Und angesichts der leeren Kassen der öffentlichen Haushalte hat sich mittlerweile ein Investitionsstau der Kliniken in Höhe von 15 Milliarden Mark gebildet. Professor Müller, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur WELT: „Die Krankenhausfinanzierung ist durch die restriktive Haltung von Bund und Ländern zusammengebrochen."

Daß dies so kommen mußte, haben Fachleute bereits bei den Beratungen zum KHG befürchtet. Denn das Gesetz schreibt vor, daß Kliniken mit weniger als 100 Betten nur öffentliche Investitionsmittel erhalten, wenn sie „ausdrücklich als zur Versorgung der Bevölkerung auf Dauer erforderlich" angesehen werden. Im Klartext: Die Entscheidung liegt bei den Ländern. Sie stellen Bedarfspläne auf und fördern ein Kleinkrankenhaus in der Regel nur, wenn weit und breit keine größere „Konkurrenz" vorhanden ist.

Die Kosten steigen weiter

Und in der Tat: Die Zahl der freigemeinnützigen Kliniken sank von 1289 im Jahre 1972 (KHG trat in Kraft) auf 1091 heute. Das waren aber die Kliniken, die „preisgünstig" arbeiteten.

Der Exitus der „kleinen" Krankenhäuser, die für die stationäre Grundversorgung durchaus gute Dienste taten, hat dazu beigetragen, das System unfinanzierbar zu machen. Der Bundesarbeitsminister ist sich mit Ländern, Kassen und Krankenhäusern einig, daß eine Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes schnellstens notwendig ist. Doch wird die Novelle nur Symptome kurieren können. Die Probleme sind zu vielfältig. Ob „Ärzteschwemme" oder medizinischer Fortschritt, der dazu beigetragen hat, daß immer mehr Rentner immer mehr Krankenhausbetten beanspruchen, ob Alkoholiker, die behandelt werden müssen oder Unfallopfer – die Kosten für den Medizinbetrieb werden weiter steigen. Professor Müller zur WELT: „Wir werden uns wohl in Zukunft damit abfinden müssen, im Krankenhaus nur noch die Leistungen zu erbringen, die für den Patienten angemessen sind – und dies mit dem möglichst geringsten Aufwand."

Bundestag-Krawall vor Ältestenrat

MANFRED SCHELL, Bonn

Die 25 Störer, die während der Jugendfragestunde am 18. Mai im Plenarsaal des Bundestages Krawalle entfacht und Beamte der Hausinspektion brutal angegriffen haben, waren alle auf der Namensliste der Fraktion Die Grünen verzeichnet. Bei 23 von ihnen konnte bei der Feststellung der Personalien Berlin als Hauptwohnsitz ermittelt werden. Dies ergibt sich aus Unterlagen des Parlaments, die heute im Ältestenrat zur Sprache kommen.

Bei 15 der Störer liegen strafrechtliche Erkenntnisse vor, wie schwerer Landfriedensbruch, Bildung einer kriminellen Vereinigung und versuchte Gefangenenbefreiung. Ihre Verhaltensweise lasse den Schluß zu, „daß es sich hier nicht um die spontane Aktion von Ungeübten" gehandelt habe.

Weil die Fraktionen „in einer Art Garantenstellung" die Verantwortung für die jeweiligen Gruppen gehabt hätten, seien keine lückenlosen Einlaßkontrollen erfolgt. Es sei daher möglich, daß die mitgeführten Transparente – eines wollten die Störer anzünden – schon vor Beginn der Veranstaltung in das Bundeshaus gebracht worden seien.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Geld ist da, jetzt fehlt nur noch das Konzept

Berlin bekommt neues „Deutsches Historisches Museum"

F. DIEDERICHS, Berlin

Ein Projekt, bei dem die Finanzierung für eine Landesregierung erst in zweiter Linie eine Rolle spielt – wann hat es das zuletzt an der Spree gegeben? Doch bei einem Museum, das wie kein anderes in der Welt Berlins Rolle in der deutschen Geschichte und den deutschen Part in der Chronik der Weltereignisse dokumentieren soll, dürfen Heller und Pfennig vorerst einmal hintenan gestellt bleiben: Das „Deutsche Historische Museum" im Berliner Bezirk Kreuzberg soll zum 750. Geburtstag Berlins im Jahr 1987 seine Pforten öffnen. Nur wenige Schritte von jener grauen Betonmauer entfernt, mit der 1961 eines der düstersten Kapitel deutscher Geschichte geschrieben wurde.

Als Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang des Monats in der Regierungserklärung den Berlinern Beistand bei ihren Überlegungen in Sachen Museum zusicherte, atmete so mancher Senatspolitiker auf, dem ein derartiges Kleinod im mit architektonischen Reichtümern nicht gerade gesegneten Kreuzberg schon lange am Herzen lag. Berlins Kultursenator Volker Hassemer (CDU) sieht in der methodischen und thematischen Konzeption des Museums eine der schwierigsten Aufgaben, die es in seiner noch jungen Amtszeit als Kulturpolitiker zu bewältigen gilt. Eine Aufgabe, deren Planung und Realisation er in die Hände einer renommierten Persönlichkeit legen möchte, die es derzeit in der Stadt freilich noch zu finden gilt.

Antwort an Ost-Berlin

Die Herausforderung, der sich Berlins Politiker mit der Gründung des „Deutschen Historischen Museums" verschrieben haben, verschärft sich noch durch einen besonderen Aspekt: Ost-Berlin veranschaulicht, fast auf Blickkontakt mit dem zukünftigen Standort des Museums, mit seinem „Museum für Deutsche Geschichte" im Zeughaus Unter den Linden den Weg des Sozialismus durch die deutsche Geschichte, der sich nach Hassemers Worten als ein „Gang der Ordnung an einem roten Faden entlang" darstellt. Dem sei, nachdem Ost-Berlin vorgelegt habe, „jetzt mit unserer Aussage und Botschaft zur deutschen Geschichte zu antworten", so Berlins Kultursenator zur WELT.

Wie die Botschaft an die Berliner und Besucher aus der ganzen Welt ausfallen soll, darüber gibt es allein schon deshalb keine konkreten Vorstellungen, „weil die Thematik dieses Museums den Rahmen anderer musealer Erfahrungen sprengt", betont Hassemer. Als Premiere in vier Jahren avisiert der Senatspolitiker eine Schau über Berlins Bedeutung für die preußische und deutsche Geschichte. Damit wollen die Verantwortlichen einen „ersten Ansatz" aufzeigen, der eine kritische Diskussion über den weiteren Aufbau des Museums herausfordern könnte.

Vertrauen auf Bonner Hilfe

Klare Konturen zeichnen sich bislang bei der Wahl des für die Ausstattung Verantwortlichen und des Museums-Standortes ab: Kultursenator Hassemer favorisiert bei der Suche nach dem leitenden Historiker den früheren Generaldirektor der Staatlichen Museen, Professor Stephan Waetzold.

Als ideales Domizil sind die Würfel schon für den Gropiusbau gefallen, der architektonisch reizvolle Bau beherbergte 1981 bereits auf 3000 Quadratmetern die über die Grenzen Berlins hinaus erfolgreiche und hochbeachtete Preußen-Ausstellung. Für das „Deutsche Historische Museum" rechnen die Planer vorerst mit einem Platzbedarf von 4000 Quadratmetern in zwei Geschossen.

Im Berliner Senat haben die Politiker Geld und Größenordnung für das Projekt ebenso wenig klar umrissen wie die endgültige Thematik einer solchen zeitgeschichtlichen Präsentation. Ob das „Deutsche Historische Museum" letztlich mehr eine Folge wechselnder Ausstellungen über geschichtliche Einzelthemen aufnehmen wird oder mehr als museale Vitrinensammlung und Dauer-Dokumentation aus dem Taufbecken gehoben wird – der Senat will sich hier auf die Ratschläge des noch zu kürenden Planungsgremiums verlassen.

Bis zur Eröffnung am historisch attraktivsten Datum diesen Jahrzehnts in einem „Haus von Charakter und Überzeugungskraft" (Kultursenator Hassemer) wird man schließlich in Berlin doch irgendwann über die Museums-Finanzen sprechen müssen. Die Stadt vertraut hier jedoch in großem Maße auf die Hilfe des Bundes, für den ein Museum in dieser symbolträchtigen Lage, an der nicht verheilten Narbe deutscher Geschichte, mehr als nur ein Stück Berlin-Förderung sein dürfte.

Thatcher erwartet politischen Erdrutsch

Auch die Sozialliberale Allianz gibt sich optimistisch / Letzte Umfragen und erste Prognosen zur Sitzverteilung

FRITZ WIRTH, London

„Wir wollen nicht nur einen Sieg, wir wollen, daß diese Wahl zu einem Markstein in der britischen Geschichte wird. Wir wollen einen politischen Erdrutsch." Mit diesen Sätzen hat Premierministerin Margaret Thatcher gestern ihren Wahlkampf beendet. 42 703 019 wahlberechtigte Briten gehen heute zur zwölften Unterhauswahl seit dem Kriege an die Urnen; und noch niemals zuvor in diesen 38 Jahren gab es so wenige Zweifel über den Sieger. Selten ist ein amtierender britischer Premierminister in diesem Jahrhundert als so hoher Favorit in die Wahl gegangen wie Frau Thatcher.

Diese Siegeszuversicht der Konservativen ist während des knapp vierwöchigen Wahlkampfs zu keiner Minute erschüttert worden. Alle Meinungsumfragen – und diese Wahl wurde zum Festival der Demoskopen, die in diesen vier Wochen insgesamt über 60 Meinungsumfragen vorlegten – zeigten das gleiche Bild: eine stabile und praktisch unerschütterliche Stamm-Wählerschaft für die Torys von 46 bis 48 Prozent der Wahlberechtigten, ein sich von 32 auf 28 Prozent reduzierender Wähleranhang Labours und ein Schlußspurt der sozial-liberalen Allianz, der sie mit einem Anteil von 26 bis 28 Prozent der Wählerstimmen in die Nähe der Labour Party gebracht hat.

Die Umrechnung dieser Stimmanteile in Unterhaussitze ist schwierig, weil in den letzten Monaten durch eine Wahlkreisreform in 584 von insgesamt 650 Wahlkreisen neue Grenzen gezogen wurden, die zum Teil erhebliche soziologische und parteipolitische Umstrukturierungen auslösten. Es fehlen damit Bezugspunkte und Vergleichsmöglichkeiten zu den bisherigen Wahlen.

Die Höhe des zu erwartenden konservativen Sieges hängt vom Ausgang in 114 sogenannten „Marginals" ab, Wahlkreisen also, in denen der Vorsprung des bei der letzten Wahl siegreichen Kandidaten weniger als 2000 Stimmen betrug. Nach einer Umfrage speziell in diesen Wahlkreisen liegen die Torys so weit in Fronnt, daß einige politische Beobachter voraussagen, daß sie mit über 400 Abgeordneten ins Unterhaus einziehen werden gegenüber knapp 200 Labourabgeordneten und etwa 25 Kandidaten der sozial-liberalen Allianz. Die restlichen 17 Sitze werden nordirischen Abgeordneten zufallen.

Tories bremsen Zuversicht

Zur absoluten Mehrheit im neuen britischen Parlament sind 326 Sitze nötig. Bei der letzten Wahl im Jahre 1979 (damals hatte das Parlament nur 635 Abgeordnete) errangen die Torys die absolute Mehrheit mit 339 Sitzen. Labour kam auf 269, die Liberalen auf elf, und 16 Abgeordnete waren Mitglieder anderer Parteien. Von den 269 Labourabgeordneten liefen in den letzten vier Jahren 26 zur neugegründeten Sozialdemokratischen Partei über.

Obwohl die britischen Konservativen 24 Stunden vor der Wahl die allgemeine Siegeszuversicht stark bremsten und lediglich „vorsichtige Zuversicht" zu erkennen gaben, rechnet man in ihrem Hauptquartier fest damit, daß sich ihre Mehrheit im Parlament auf über 100 Sitze erhöht. Maßlos übertrieben dagegen ist der Optimismus der sozial-liberalen Allianz, die in den letzten Tagen sogar kühn suggerierte, daß sie im Schlußspurt noch die Konservativen einholen könnte. Selbst wenn es der Allianz gelingen sollte, am Donnerstag den gleichen Stimmenanteil wie Labour von beispielsweise 28 Prozent zu erringen, würde das für sie parlamentarisch immer noch nicht den großen Durchbruch bedeuten. Denn es ist sehr gut möglich, daß die Labour-Party für diese 28 Prozent Wählerstimmen 200 Unterhaussitze, die Allianz für den gleichen Wähleranteil jedoch nur 40 Sitze erhält. Das ist die Folge des britischen Mehrheits-Wahlrechts.

Trotz des katastrophalen Wahlkampfs für die Labour Party ist die Vorherrschaft der Partei in Schottland und in Nordengland ungebrochen. Der Süden Englands, wo im übrigen die Arbeitslosenquote nur halb so hoch ist wie im Norden, ist fest in konservativer Hand. Im Schatten des großen Dreier-Gefechtes zwischen den Torys, Labour und Allianz sind die Splitterparteien noch weiter in den Hintergrund gerückt.

Die Situation in Nordirland, wo insgesamt 17 (statt bisher 12) Unterhaussitze vergeben werden, ist durch das Auftreten der „Sinn-Fein"-Partei, die der Terrororganisation IRA nahesteht und durch eine Spaltung im protestantischen Lager höchst unübersichtlich geworden. Der „Sinn-Fein"-Partei geht es bei dieser Wahl darum, zu den „legitimen politischen Repräsentanten" der Katholiken Nordirlands zu werden.

Das beherrschende Thema dieser Wahl war die Arbeitslosigkeit. Keine Partei hat in diesem Wahlkampf ein so radikales Programm vorgelegt, die Zahl der 3,1 Millionen Unbeschäftigten drastisch zu reduzieren, wie die Labour Party. Ihr Problem war: Die Mehrheit der Wähler „kaufte" ihr dieses Programm nicht ab. Labour hatte bei dieser Wahl selbst bei ihren bisherigen Stammwählern ein Glaubwürdigkeitsproblem, das auch nicht durch die Empfehlung des britischen Gewerkschaftsbundes an seine zehn Millionen Mitglieder gelöst wurde, der Labour Party die Stimme zu geben. Bei der letzten Wahl im Jahre 1979 wählten trotz einer gleichen Empfehlung über 4 Millionen britische Gewerkschaftsmitglieder konservativ.

„Viererbande" in Gefahr

Dagegen ist das Raketenthema niemals zu einer wahlbeherrschenden Debatte geworden. Die „Kampagne zur nuklearen Abrüstung" (CND) des katholischen Priesters Bruce Kent hat in den letzten drei Wochen keine signifikante Rolle gespielt.

Im übrigen könnte diese Wahl für eine Reihe bekannter Persönlichkeiten ein tragisches Ende nehmen. So muß beispielsweise die gesamte sogenannte sozialdemokratische „Viererbande" mit dem ehemaligen EG-Präsidenten Roy Jenkins, dem früheren Außenminister David Owen, Shirley Williams und William Rodgers befürchten, nicht ins Unterhaus zurückzukehren.

Zugleich war dieser Wahlkampf wieder das Tummelfeld britischer Exzentriker, von denen am lautesten die sogenannte „Wahnsinnspartei" auftrat. Ihr Wahlslogan: „Wählt den Wahnsinn. Es ist bei dieser Wahl die einzige Stimme der Vernunft."

Eine „Info-Börse" soll Europas Jugend faszinieren

ULRICH LÜKE, Straßburg

Seit 17 Jahren wird es gefordert, es gehörte 1979 zu den Wahlversprechen vor der ersten Direktwahl, jetzt soll es pünktlich zur zweiten europäischen Direktwahl im nächsten Jahr endlich verwirklicht werden: ein europäisches Jugendaustauschprogramm. Das jedenfalls hat das Europäische Parlament am Dienstagabend fast einstimmig beschlossen.

Ziel dieses Austauschprogrammes soll es im Unterschied zu bestehenden Aktivitäten, wie denen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, sein, multilaterale Begegnungen zu ermöglichen, denn die sind im Europa der Zehn nach wie vor Mangelware.

Für den Berichterstatter, den deutschen CSU-Abgeordneten Reinhold Bocklet, ist der europäische Jugendaustausch eine Notwendigkeit. Denn vor allem auf diese Weise, so meinte er in der Debatte im Straßburger Parlament, ließe sich unter den Jugendlichen wieder eine „Faszination für Europa" aufbauen.

Klug geworden aus manch negativen Erfahrungen wollen die EG-Parlamentarier das Projekt jedoch maßvoll angehen. Zunächst sind sie nur bestrebt, eine Art „Informationsbörse" aufzubauen darüber, was es im europäischen Rahmen an Jugendaustausch bereits alles gibt. Diese Börse könnte dann vor allem von Jugendverbänden genutzt werden. Das Parlament sprach sich dafür aus, die „Börse" im kommenden Jahr bei der Brüsseler EG-Kommission einzurichten.

Diese praktiziert bereits seit Jahren den Austausch junger Arbeitnehmer, der einzige Teilbereich europäischen Jugendaustausches, der in den Römischen Verträgen ausdrücklich genannt wird. 450 000 Mark scheinen dem Europa-Abgeordneten Bocklet und seinen Mitstreitern zunächst für die Informationsbörse auszureichen. Später, wenn es an die Förderung konkreter Projekte geht, wird natürlich mehr erforderlich sein.

Ausdrücklich betonte Bocklet, daß der europäische Jugendaustausch einerseits nicht auf die Länder der EG beschränkt bleiben, sondern auf die Mitgliedsstaaten des Europarates und soweit möglich auch auf die Ostblockstaaten ausgedehnt werden solle. Und andererseits wolle man den bilateralen Jugendaustausch keineswegs „an die Wand drücken".

Das besorgen derweil andere – zum Beispiel die französische Regierung, die nach Auffassung des deutschen Christdemokraten Elmar Brok durch ihre Devisenbeschränkungen zur Absage zahlreicher deutsch-französischer Austauschprogramme in diesem Jahr beigetragen habe.

Kein einseitiger israelischer Truppenabzug

DW. Jerusalem

Die israelische Regierung denkt vorläufiq nicht daran, ihre Truppen von den gegenwärtigen „Frontlinien" in Libanon abzuziehen. „Das würde die Sicherheit Israels gefährden; die syrischen Einheiten würden die geräumten Gebiete sofort besetzen", erklärte Verteidigungsminister Moshe Arens gestern im Parlament in Jerusalem.

Die Abgeordneten verwarfen in einer anschließenden Abstimmung mit 55 zu 47 Stimmen einen von der Arbeiterpartei eingebrachten Resolutionsentwurf, in dem der sofortige und einseitige israelische Truppenabzug aus Ost- und Zentrallibanon sowie aus dem Gebiet von Beirut gefordert wurde.

Baum: SPD auf gefährlichem Weg

hey. Bonn

Der zum linksliberalen Flügel der FDP zählende stellvertretende Parteivorsitzende Gerhart Rudolf Baum hat die Sicherheitspolitik der SPD scharf kritisiert. Baum erklärte gestern auf einer Fraktionssitzung: „Die SPD ist auf dem Weg zu einer gefährlichen falschen Politik, die bis hin zum Neutralismus und Nationalismus von links reicht." Ebenfalls an die SPD gerichtet warnte FDP-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Mischnick davor, die Politik im Sicherheits- und Friedensbereich „von momentanen Stimmungsbildern" abhängig zu machen. Insbesondere bei der Diskussion mit der Jugend sollten die eigenen Argumente klar vertreten werden.

Raketen: Grüne für Volksbefragung

hey, Bonn

Die Grünen wollen eine „konsultative Volksbefragung" zur möglichen Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen durchsetzen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause vom Bundestag verabschiedet werden. Andernfalls schloß Otto Schily, Fraktionssprecher der Grünen, die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts nicht aus. Auf Fragen betonte Schily, daß die Grünen ihre „Opposition" gegen die Stationierung „auch dann nicht aufgeben" würden, wenn sich eine Mehrheit der Bevölkerung für die Dislozierung von Raketen aussprechen würde.



Unruhen in Tschenstochau befürchtet

JOACHIM G. GÖRLICH, **Bonn**

Die polnischen Behörden stellen sich darauf ein, daß es beim Besuch des Papstes in der Bezirks- und Bischofsstadt Tschenstochau, in deren Mauern sich das Paulinerkloster mit der Schwarzen Madonna befindet, zu Zwischenfällen *kommen kann. „Ein einziger Stein* kann zur Pershing werden", sagte ein Sicherheitsoffizier, und der Polizeichef der Wojewodschaft Tschenstochau, Oberst B. Galant, klagt der Wochenzeitung „Polityka": „Es macht sich eine bedeutende *Lockerung* der *Volksdisziplin* bemerkbar. Den religiösen Emotionen können politische folgen." Gleichzeitig versichert er, daß es während des Papst-Besuches „keinen Waffenstillstand" zwischen den Ordnungskräften und dem „Untergrund" geben werde.

Mit der Kirche – so der Polizeichef weiter – sei man sich einig, daß politische, gemeint sind regimekritische, Plakate und Transparente stillschweigend entfernt oder beschlagnahmt werden sollen. Den Pilgergruppen aus den einzelnen Pfarreien werde schon vor Ort „auf die Finger geschaut", was wohl dahingehend gedeutet werden muß, daß nicht jedermann sich einer solchen Gruppe anschließen kann.

Der Ordensobere der Pauliner schickt nach Angaben des Tschenstochauer Wojewoden G. Lipowski Patres und Fratres zu den einzelnen Etappenplätzen um den Wallfahrtsort, um die Gläubigen zu besänftigen. Die Pilger sollen vor al*lem auf politische Transparente* verzichten. Diese Methode habe bereits beim Papst-Besuch 1979 Erfolg gehabt. „Wir erinnern die Kirchenbehörden ständig daran, daß sie sich zur Vorbereitung einer geistlichen Atmosphäre verpflichtet haben. Davon wird das Verhalten der Gläubigen und mancher disziplinierter Geistlicher abhängen", mahnt der Wojewode an die Adresse der Kirche.

Die „Polityka" versichert, daß für die Tage des Papst-Besuchs die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und Getränken gesichert ist. Es werden zusätzliche Eisenbahn-, Bus- und Flugverbindungen geschaffen. Das Paulinerkloster bekommt auf eigene Kosten einen *Landeplatz für acht Hubschrauber*. Die „Polityka" schließt ihren Bericht mit der makabren Bemerkung, daß Tschenstochau für die Tage des Papst-Besuches „sogar" eine Sonderzuteilung von Särgen erhalten habe.

Cheysson warnt die WEU vor Friedensbewegung

v. K./DW. **Paris**

Frankreichs Außenminister Claude Cheysson hat die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) als Tribüne benutzt, um den Westen eindringlich vor jeder Preisgabe der atomaren Sicherung gegenüber dem Osten zu warnen.

Auf dem Frühjahrs-Treffen der Parlamentarier aus den sieben westeuropäischen Staaten der WEU in Paris sagte Cheysson: „Das von der Sowjetunion unprovoziert und einseitig gebrochene nukleare Gleichgewicht in Europa muß korrigiert werden. Frankreich leistet hierzu seinen Anteil, denn es weiß, daß Frieden nur gewahrt werden kann, wenn man den Krieg undenkbar und absurd macht."

Gleichzeitig ging der sozialistische Politiker scharf mit der „Friedensbewegung" in Europa ins Gericht. „Ich warne vor jedem Zurückweichen gegenüber dem Pazifismus und Neutralismus in Europa. Die Propagandaschlacht, die augenblicklich gegen die Aufstellung neuer nuklearer Mittelstrekkenwaffen geführt wird, soll nur *das von Moskau herbeigeführte* Ungleichgewicht in Europa vergrößern. Jede weitere Schwächung des Westens aber würde nur die Angriffslust eines Gegners anstacheln, der sich über die Ängste und Leiden seiner eigenen Bevölke*rung zynisch hinwegsetzt*", sagte der Minister. Cheysson lehnte einmal mehr das sowjetische Ansinnen ab, die französischen Atomwaffen in die Verhandlungen mit den USA in Genf einzubeziehen.

Wenige Stunden vor dem Auftakt des *NATO-Rates* wurde gestern in Paris die Frühjahrssitzung der für Verteidigung zuständigen Parlamentarierversammlung der WEU wegen der bevorstehenden Wahlen in Großbritannien und Italien vorzeitig beendet.

Bei Gründung des ANC sang man noch laut: „God save the King"

Wie der „African National Congress" zur prosowjetischen Terror-Organisation wurde

Von HANS GERMANI

Zu den jüngsten Bombenanschlägen in Südafrika, bei denen 19 Menschen getötet und mehr als 200 verwundet wurden, hat sich der „African National Congress" (ANC) mit einem Kommuniqué als Urheber bekannt. Sechs der Attentäter wurden verurteilt, drei davon begnadigt, die anderen drei sollen heute hingerichtet werden.

Unzutreffend, sozusagen aus alter Gewohnheit, bezeichnen Nachrichtenagenturen den ANC immer noch als „schwarze Unabhängigkeitsbewegung" und als „Anti-Apartheid-Bewegung". Das war der ANC einmal. Heute gibt es unzählige legale Anti-Apartheid-Bewegungen *in Südafrika*, von denen eine, die linksliberale Fortschrittspartei, mit 27 Abgeordneten im Parlament sitzt.

Der ANC aber ist seit vielen Jahren der geradezu klassische Fall einer von der Sowjetunion gesteuerten Terrorbewegung geworden, wie es der einstige hohe Beamte des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA, Theodore Shackley, in seinem Buch „Die Dritte Wahl" beschreibt. Shackley gilt als einer der besten Anti-Terrorismus-Spezialisten der westlichen Welt.

Der ANC war als „schwarze Befreiungsbewegung" am 8. Januar 1912 in Bloemfontein als „Südafrikanischer Eingeborenen-Kongreß" (SANNC) gegründet worden und setzte sich zum Ziel, Veränderungen mit konstitutionellen Mitteln zu erreichen. Bei der Gründung sang man „God save the King". 1925 wurde der Name in ANC verändert.

Kampf unter Führung der KP

Die Wende kam, als 1937 die Sowjetführung erkannte, daß die weißen Arbeiter, die sich inzwischen immer mehr zu christlichen Burengewerkschaften bekannten, für einen Aufstand in Südafrika ungeeignet seien, nicht aber die ungelernten schwarzen Arbeiter. Drei überzeugte Kommunisten, die Schwarzen Walter Sisulu und Nelson Mandela und der Kapmischling Oliver Tambo (heute noch Präsident des ANC), übernahmen in diesem Sinne 1949 die nationale Leitung des Kampfausschusses des ANC. Sie erhielten Verstärkung, als die nationale Regierung Südafrikas 1950 die (weiße) kommunistische Partei verbot und deren *Führer von Moskau in den* ANC geschleust wurden, der damals noch offiziell unter der Führung des schwarzen Nationalisten und Nobelpreisträgers Albert Luthuli stand.

Die vom ANC 1956 beschlossene „Charta der Freiheit" trägt bereits deutlich die Handschrift der weißen Kommunisten. Sie enthielt die zwei klassischen KP-Forderungen: Bodenenteignung und Verstaatlichung der Produktionsmittel.

In dieser Zeit wurde auch die geheime Terrororganisation des ANC „Umkonto sa Siezwe" (Speer der Nation) gegründet: Ihre ersten Anschläge, Bombenattentate, wurden Ende der 50er Jahre nicht von schwarzen, sondern von weißen Kommunisten, Benjamin Turok und *Harald* Strachan, begangen. 1959 spaltete sich unter Robert Sobukwe (inzwischen verstorben) der rein schwarze „Panafricanist Congress" (PAC) vom ANC ab, mit der Begründung, der ANC werde von Weißen geführt.

Mit dem Tod Luthulis Anfang der 60er Jahre war der Prozeß der Umwandlung des ANC aus einer schwarzen Organisation in eine kommunistische Terrororganisation fast vollendet. Als die südafrikanische Polizei 1962 eine Leitungszelle des ANC aushob und den Schwarzen Nelson Mandela festnahm, fand man bei ihm das Manuskript eines Buches „Wie benehme ich mich als guter Kommunist". Mandela wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und ist heute das Idol der prosowjetischen Propaganda in Sachen Südafrika. In dem Buch stehen die entscheidenden Sätze: „Unser Kampf in Südafrika erfolgt unter Führung der KP. Unser Ziel ist es, die Welt kommunistisch werden zu lassen." Der Schlußstein dieser zweiten Übergangsphase war der Ausschluß der letzten schwarzen Nationalisten, darunter der Familie Luthulis, 1966 aus dem ANC. Damals übernahm der weiße Kom*munist Joe Slovo die Führung der* Aktionen des ANC.

Daß der ANC eine kommunistische Terrororganisation geworden war, bestätigten vor dem Untersuchungsausschuß des US-Senats unter dem Vorsitz des ehemaligen Korea-Gefangenen, Senator Jeremiah Denton von Alabama, mehrere prominente schwarze Ex-ANC-Leute.

1980 begannen die Sowjets und ihr ANC-Terrorkommandant Joe *Slovo mit einer Terrorkampagne* gegen Südafrika. Es erfolgten 50 Angriffe in 42 Monaten. Anders als in Rhodesien, operierte man nicht als Land-Guerrillas, sondern mit kleinen Gruppen, die in Angola und Moçambique von Terrorspezialisten der PLO und des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit ausgebildet worden waren. Die Angriffe richteten sich gegen wirtschaftliche Einrichtungen, Eisenbahnen, Stromlinien, und im Juni 1980 gegen das Kohlehydrierwerk Sasol, daneben auch gegen schwarze Beamte Südafrikas und der Heimatländer, vor allem Polizisten.

PLO-Experten für Attentate

Zentrale blieb das Büro von Slovo in Maputo, Moçambique. Der ANC baute in dieser Zeit seine Vertretungen in aller Welt auf: 33 sind es heute, fast ebenso viele, wie Südafrika Botschaften hat. Er infiltrierte die Südafrikanische Kirchenkonferenz, die, *wie die Ergebnisse der richterlichen Eloff-Kom*mission beweisen, enge Kontakte zum ANC unterhält, bildete Tarngruppen, zum Beispiel in den Gewerkschaften oder auch in Parteien.

Ende *1982* wollten die Sowjets auf einer Konferenz in Nampula (Moçambique) zwischen einer Delegation des KGB und der Sowjetarmee, der Frelimo Moçambiques und des ANC wissen, was der ANC für alle erhaltenen Hilfsgelder zu präsentieren habe. Das Ergebnis war eher mager. Es wurde beschlossen, als Fachleute für Attentate mehr PLO-Männer zuzuziehen, denn von punktuellen Anschlägen sollte man zum Massenterror übergehen, worauf die Araber besonders spezialisiert seien.

Ziel dieser neuen Phase im Leben der ANC ist die Einschüchterung und Destabilisierung der Südafrikaner – Weiße und Schwarze – durch Massenterror in den Städten. Bezeichnenderweise hat der PLO-Vertreter in Harare (Zimbabwe) jede Mitverantwortung abgelehnt. Zimbabwe soll tunlichst von südafrikanischen Gegenschlägen geschützt bleiben, solange es aus dem Westen Hilfe bezieht. Dabei steht eine arabische Beteiligung, so erfährt die WELT aus Regierungskreisen, fest: Gesucht wird ein Mann mit einem libanesischen Paß. Die PLO verfügt seit Jahren über Tausende solcher Pässe.

Deng will Staatsspitze verjüngen

Hinter dem Nationalen Volkskongreß zieht Chinas graue Eminenz die Fäden

HEINER KLINGE, **Bonn**

Mit den Beschlüssen des Nationalen Volkskongresses, der in Peking zu seiner 6. Tagungsperiode seit Gründung der Volksrepublik China zusammengetreten ist, will die um die Zukunft besorgte Graue Eminenz der Staats- und Parteiführung, der 79jährige Deng Xiaoping, noch rechtzeitig sein Haus bestellen. Nachdem er die „Viererbande" um Jiang Qing, die Witwe des Staatsgründers Mao Zedong, den noch von Mao eingesetzten Nachfolger Hua Guofeng und andere Gegner seiner Reformpolitik ausgeschaltet hat, zielt Deng darauf *ab, nun auch durch die Festigung* der im Jahrzehnt der „Kulturrevolution" (1966/76) zerschlagenen und inzwischen teilweise neugeschaffenen staatlichen Institutionen den Fortbestand seiner Reformpolitik über seine eigene Ära hinaus festzuschreiben.

Diesem Zweck sollen offenbar sowohl die zu Tagungsbeginn von Ministerpräsident Zhao Ziyang verkündete Gründung eines Ministeriums für Staatssicherheit als *auch die für den 18. Juni* vorgesehene Neubesetzung des Amtes eines Staatspräsidenten dienen, das auf Betreiben Maos Ende der 60er Jahre abgeschafft worden war. Der bisher einzige Staatspräsident des Landes war Liu Shaoqi.

Kontinuität sichern

Deng Xiaoping hat es wiederholt abgelehnt, selbst das höchste Amt im Staate als Krönung seiner Laufbahn zu übernehmen. Sein Re*formwerk, die Öffnung Chinas* nach außen, die Modernisierung der Wirtschaft und die gleichberechtigte Teilnahme Chinas an der Weltpolitik – dies alles ist ihm zu wichtig, um sich in Empfängen für zahllose Staatsgäste und anderen protokollarischen Pflichten zu verzetteln. Deng will wohl auf den symbolträchtigen, mit viel Prestige und wenig Macht verbundenen Thron des Staatspräsidenten lieber eine Persönlichkeit setzen, die auch bei den linken Kritikern der Reformpolitik und den grollenden alten Kämpen Maos Ansehen genießt.

Einen solchen Mann mag er in dem Wirtschaftsfachmann Li Xiannian (ausgesprochen : Li Sjänniän) gefunden haben, den man in Peking jetzt für den aussichtsreichsten Anwärter hält. Zwar war Li (78) während der „Kulturrevolu*tion" heftigen Angriffen der Roten* Garden Maos ausgesetzt, doch brachte er das Kunststück fertig, von 1954 bis 1980 ununterbrochen als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten im Amt zu bleiben.

Auf der Tagesordnung der 2978 Kongreß-Delegierten stehen auch die Amtsbestätigung des Ministerpräsidenten (zweifellos behält Dengs Vertrauter Zhao Ziyang diesen Posten), der Vizepremiers und Minister sowie die Wahl des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission. Diesem Gremium wird künftig die Führung der über vier Millionen Mann starken Streitkräfte übertragen, die bisher durch die von Deng geleitete Militärkommission der Partei erfolgte.

Ein wesentliches Anliegen Dengs ist auch die Verjüngung der Partei- und Staatsführung: sie soll die Kontinuität seiner Politik sichern und ein Wiederaufleben des linken Radikalismus à la Mao ver*hindern. Daß dies nur teilweise* gelungen ist, zeigt sich auf der Partei-Ebene an Generalsekretär Hu Yaobang (68) und auf Regierungsebene an Ministerpräsident Zhao Ziyang (65). Deutlicher wird es am Durchschnittsalter – 53 Jahre – der Mitglieder des Volkskongresses, von denen die meisten zum ersten Mal delegiert wurden.

Dieses „Parlament" wird nicht gewählt, sondern die Abgeordneten werden von den Volkskongressen der 29 Provinzen, autonomen Gebiete und Großstädte sowie von der Volksbefreiungsarmee bestimmt. Wie offiziell mitgeteilt wurde, gehören 37,5 Prozent der Abgeordneten, das sind zehn Prozent mehr als bisher, nicht der Kommunistischen Partei an.

Auch Parteilose vertreten

Halbiert und fast völlig ausgewechselt wurde der *Anteil der Militärs*, die bisher stark überrepräsentiert waren: Die Volksbefreiungsarmee stellt jetzt noch 267 Delegierte (9 Prozent).

Seltsam verwischt klingt die sonstige Aufschlüsselung der Abgeordneten: In einen Topf geworfen werden die 791 Arbeiter und Bauern (26,6 Prozent). Verschleiert bleibt die soziale Herkunft der 636 Funktionäre (21,4), der 701 Intellektuellen (23,5) wie auch der 543 „Vertreter demokratischer Parteien und Parteilose (18,2). Hinzu kommen noch 40 Vertreter der heimgekehrten Auslandschinesen (1,3 Prozent).

So sind die etwa 105 Millionen städtischen Arbeiter Chinas mit Hunderten Abgeordneten vertreten. Die unter Dengs Reformpolitik auf rund 3,2 Millionen angewachsene Schar privater Händler, Handwerker und Imbißstubenbesitzer hat im neuen Volkskongreß nun wenigstens zwei Vertreter bekommen – den 28jährigen Bai Shiming, der auf eigene Rechnung Brautpaare und Ausflügler fotografiert, und Wei Junhong (23), bei dem das Mittagessen sicher besser schmeckt als in den meisten Fabrik-Kantinen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Diener seiner Herren

„Das gefährlichste Tier, das es gibt, ist der Architekt"; GEISTIGE WELT vom 28. Mai

Wenn die Menschlichkeit heute Mangelware geworden ist, die Unmenschlichkeit regiert, d. h. auch die Behausung fraglich ist, wenn Geräte zur Selbstvernichtung konstruiert werden – dann sollte man das Tier, das echte, auch für uns gefährliche, für diese Entwicklung heranziehen.

Das Tier verhält sich nur selten untierisch. Insbesondere sind seine Behausungen oft kunstvoll gebaut, von der Wabe bis zum kugelförmigen Nest zur Erhaltung ihrer Art bestimmt. – Deshalb ist der Titel zum Aufsatz über die Behausung des Menschen von Herrn Friedrich irreführend. Der Architekt ist nicht das „gefährliche Tier", wie kann er? Auch als Mensch ist er ohnmächtig gegenüber der Unmenschlichkeit der Machthaber. Aber Friedrich schildert ja nicht die neue Erkenntnis, daß menschliche Behausung, Baukunst sich nur entwickelt hat, wenn seine Auftraggeber, die glaubensstarken *oder* laienhaften Bauherren die nötige geistige Potenz hatten, Raum, Zeit und Geld gaben und Ideen hatten, um solche baukünstlerischen Leistungen zu verwirklichen. In unserer Zeit – allen bekannt – fehlen sie.

Die Werke der Baumeister waren und spiegeln, ob in Stein, Glas oder Beton, in Prosa oder Baugedicht, wider, ob die Gesellschaft reine Bedürfniserfüllung verlangt oder die geistige Substanz zur Beurteilung besitzt, höhere Ansprüche zu stellen.

Vor 1914 gab es Industrielle, z. B. Friedrich Krupp, die für Arbeiter Gartenstädte erbauen ließen. Heute werden Wohnsilos erstellt.

Der Architekt war und wird der D i e n e r seiner (Bau-)Herren. Corbusier benötigte vier Jahre zur Planung und Verwirklichung seiner Kapelle! Sein Auftraggeber, der Erzbischof von Paris, wartete so lange.

V. H. A. Wilhelm,
Baudirektor a. D.,
Roßtal

Vieles praxisfern

„Schutz mit Leerstellen"; WELT vom 28. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem Kommentar haben Sie den Finger auf eine offene Wunde gelegt. Zahlreiche Ausbildungsschutz-Vorschriften haben einen im wahrsten Sinne des Wortes „vernichtenden" Effekt – für Lehrstellen.

Man muß endlich wieder davon abkommen, mit praxisfernen Rahmenbedingungen die Jugendlichen in Watte zu packen. Geradezu paradox werden die Ausbildungsvorschriften, wenn man ihnen Initiativen „moderner" Politiker gegenüberstellt, die bereits 14jährigen Jugendlichen den Diskothekenbesuch ohne Begleitung Erziehungsberechtigter bis 24 Uhr ermöglichen wollten ...

Das von Ihnen geschilderte Beispiel vom Tischler, der für seinen weiblichen Lehrling eine Damentoilette schaffen muß, war im übrigen im vergangenen Jahr in München bittere Realität. Ein Handwerksbetrieb mit sechs männli*chen Mitarbeitern stellte einen* weiblichen Lehrling ein. Die Mitarbeiter hielten sich im Betrieb selbst nur frühmorgens auf, ansonsten wurde auf Baustellen geschafft. Trotzdem verlangten die Behörden den Einbau einer zusätzlichen Damen-Toilette.

Die Konsequenz: das Lehrmädchen wurde wieder ausgestellt, weil sich ein Unternehmer, für den eine Lehrstelle bereits einen beachtlichen Kostenfaktor darstellt, nicht auch noch den Einbau einer Damen-Toilette für die einzige Mitarbeiterin leisten konnte.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Gänßbauer,
Deutscher Gewerbeverband,
Landesverband Bayern e. V.

Schul-Desaster

„Leserbrief: Auch Vorteile"; WELT vom 24. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

es ist geradezu grotesk, im Zusammenhang mit der Oberstufenreform von Vorteilen zu sprechen und dann auch noch Befragungsprozente für die eklatanten Nachteile anzuführen. Es hat sich ja eben als größter Erziehungs- und Bildungsfehler herausgestellt, Schüler die Möglichkeit der „Schwerpunktsetzung", der Abwahl „uninteressanter und unbequemer" Fächer und des Erreichens möglichst guter Noten zu geben. *Unter all* diesem leidet nämlich die Allgemeinbildung der Schüler, und was hat davon die Allgemeinheit?

Alle Warner vor der Reform und der Zerschlagung des Gymna*siums sind durch alle Erfahrungen* an den Universitäten (vgl. dazu die einschlägigen jahrelangen Äußerungen der Professoren Hitpaß – Test Akademische Befähigung – und Turner – scheidender Präs. der WRK) – grauenhaft bestätigt, ja ihre pessimistischen Erwartungen sind durch die Überfüllungs- und Nivellierungspraxis der Hochschulen übertroffen worden! Wie kam man angesichts des heutigen Desasters die „*reformiert*", d. h. emanzipiert erzogenen Abiturienten, die die Auswirkungen ihrer Schulausbildung überhaupt noch nicht überblicken können, nach ihrer höchst unmaßgeblichen Meinung fragen?

Freundlich grüßend
W. R. Thorwirth,
Gymnasiallehrer,
Gummersbach

Wort des Tages

„Man kann nicht gerecht sein, wenn man nicht menschlich ist."

Luc de Vauvenargues, franz. Moralist (1715–1747)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Bahn-Vorteile

„Endstation Pleite – es wartet der Bus"; WELT vom 28. Mai

Bevor DB-Führung und Politiker beschließen, unser Eisenbahnnetz bis auf wenige Renommierstrecken weiter zu demontieren, sollte folgendes bedacht werden:

Das Eisenbahnwesen ist, betrachtet man seine Kosten gesamtvolkswirtschaftlich, immer noch der billigste Verkehrsträger. Im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern erfordert der Schienenverkehr je Einheit der Beförderungs- und Transportleistung den niedrigsten Arbeitskräfte- und Energieeinsatz. Der Betrieb läßt sich (das gilt auch für Nebenstrecken) weitgehend automatisieren und unabhängig von Störungen durch den Straßenverkehr abwickeln. Das sind Systemvorteile, die der Straßenbus nie erreichen kann.

Für die meisten Fahrgäste präsentiert sich der Bus als ein unattraktives Billigverkehrsmittel mit keinerlei Komfort und schlechtem Service. Er ist unbequem, unpünktlich, zu langsam, verfügt über keinerlei Kapazitätsreserven bei größerem Fahrgastaufkommen und ist arbeitsplatzunfreundlich für das Personal. Zuganschlüsse werden kaum bedient, und über Busfahrpläne schweigt sich das DB-Kursbuch aus.

Nicht Straßenbusse, sondern im Betrieb ähnlich kostengünstige Einmanntriebwagen (Baureihe 627/628) sind die Alternative zur jetzigen Misere. Straßenbusse sollten nur als Zubringer zu den Bahnhöfen zum Einsatz kommen. Für die nötigen Investitionen (das ist eine Forderung an die Politiker) sollte der Bahn geholfen werden. Für den Preis von nur 27 km neuer Autobahn (Preisstand 1980 14,3 Mio. DM/km) könnte der gesamte Bedarf an modernen Triebwagen (100 Stück Baureihe 627, 160 Stück Baureihe 6281 für alle Nebenstrekken des Bundesgebietes beschafft werden. Mit diesen Fahrzeugen, die für die Fahrgäste S-Bahn-Qualität bieten, und mit einer kostengünstigen, straßenähnlichen Betriebsweise ließen sich die Nebenstrecken neu beleben. *Gleichzeitig* wäre ein wichtiger Beitrag zur Straßenentlastung und damit zum Umweltschutz geleistet.

K. Fischer,
Wedel/Holstein

Personalien

EHRUNG

Der Mainzer Moraltheologe Professor Dr. **Josef Georg Ziegler** ist der erste deutsche Theologe, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem polnischen Ehrendoktor ausgezeichnet wird. Die Verleihung wird am 18. Oktober die Akademie für Katholische Theologie in Warschau vornehmen. Professor Ziegler hat sich seit einem Jahrzehnt erfolgreich für den wissenschaftlichen Austausch zwischen polnischen Hochschulen und der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz eingesetzt. Den letzten Ehrendoktorhut der Akademie für Katholische Theologie hatte der Primas von Polen, Erzbi*schof* **Jozef Glemp** *erhalten.*

VERANSTALTUNG

„Die manchem Bayern etwas unheimliche Hauptstadt Bonn", so Staatsminister **Peter Schmidhuber**, war Treffpunkt der Gäste, die den 35. Geburtstag der Illustrierten „Quick" feierten. In der Bonner Bayern-Vertretung präsentierte der Verlag eine Bilderschau, die eindrucksvoll schöne, aber auch schauerliche Weltereignisse wieder in Erinnerung rief. Gastgeber waren Quick-Verleger **Heinz Bauer**, der 13 Jahre lang, während der früheren Regierungszeit der sozialliberalen Ko*alition, Bonner Boden nicht* betreten mochte, Chefredakteur **Gert Braun** und der Bonner Redaktionschef **Cap Limbach**. Zu den vielen Gästen gehörte ein großer Teil der Kohl'schen Ministerriege: Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, Innenminister **Friedrich Zimmermann**, Verteidigungsminister **Manfred Wörner**, der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen **Heinrich Windelen**, Justizminister **Hans Engelhard**, Postminister **Christian Schwarz-Schilling**, der Chef des Bundeskanzleramtes **Waldemar Schreckenberger** und sein Staatsminister **Friedrich Vogel**, der Präsident des Verfassungsschutzes **Heribert Hellenbroich**, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz **Wilhelm Kolb**, Israels Botschafter **Jitzhak Ben-Ari**, die früheren Minister **Erich Mende** und **Gerhart Baum** und als ausländischer Gast der französische Entwicklungshilfeminister **Christian Nucci**, der mit seinem deutschen Amtskollegen **Jürgen Warnke** kam.

GEBURTSTAG

Seinen 70. Geburtstag feierte am Mittwoch der Publizist **Friedrich Wilhelm Hymmen**, der von 1958 bis 1978 die Fachkorrespondenz „Kirche und Rundfunk" verantwortlich leitete. **Hans-Wolfgang Heßler**, Fernsehbeauftragter der *Evangelischen Kirche* in Deutschland, bezeichnete in einem Glückwunschtelegramm Hymmen als „Lehrmeister in der Medienpublizistik". Friedrich Wilhelm Hymmen war nach Kriegsende auch Initiator des „Hörspielpreises der Kriegsblinden".

GESTORBEN

Der frühere langjährige parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Josef Rösing** starb im Alter von 72 Jahren. Drei ehemalige Fraktionsvorsitzende haben Rösing ihr besonderes Vertrauen entgegengebracht: **Heinrich Krone**, **Heinrich von Brentano** und **Rainer Barzel**. *Josef Rösing*, 1911 in Beuel geboren, Nationalökonom, gehörte nach dem Krieg zu den Mitbegründern der früheren Zentrumspartei, für die er als Abgeordneter in den ersten Bundestag zog. 1954 trat er in die CDU ein. Von 1954 bis *1961* und von *1965* bis *1972* gehörte er dann für die CDU dem Bundestag an. Als parlamentarischer Geschäftsführer genoß Rösing, der unter anderem parlamentarische Initiativen bearbeitete, den Ruf eines besonders loyalen und sehr verschwiegenen Mannes. Bis zuletzt arbeitete er in der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Ausarbeitung der Geschichte der CDU/CSU-Fraktion mit.

ZEHNKAMPF

Thompson jagt Hingsen – nur 21 Punkte zurück

SAD/dpa, Toronto

Daley Thompson (24) läßt sich nicht viel Zeit für die Antwort auf den Weltrekord von Jürgen Hingsen. Das Duell der beiden weltbesten Zehnkämpfer, das auch schon die Saison 1982 beherrscht hatte, begann gestern in Toronto. Der farbige Brite, Sohn eines Nigerianers und einer Schottin, der bis zum letzten Wochenende mit 8743 Punkten den Weltrekord hielt und dann von Hingsen um 34 Punkte übertroffen wurde, hat bei den kanadischen Meisterschaften in Toronto den Kampf aufgenommen. Eigens für ihn wurde der Zehnkampf der Titelkämpfe zu einem internationalen Wettbewerb umfunktioniert.

Nach fünf Übungen liegt Thompson nur um 21 Punkte hinter der Zahl, die Hingsen am ersten Tag des Zehnkampfes von Bernhausen erreicht hatte. Der Brite startete mit fast sensationellen 10,44 Sekunden über 100 m – die beste Zeit bei den letzten sechs Weltrekorden (Hingsen 10,92). Es folgten (Hingsens Leistung in Klammern) 7,63 m im Weitsprung (7,74), 15,38 m im Kugelstoßen (15,94), 2,09 m im Hochsprung (2,15) und 48,73 Sek. über 400 m (47,90). Das ergibt einen Zwischenstand von 4502 Punkten, Hingsen kam auf 4523 Punkte.

„Es ist zu früh für irgendwelche Spekulationen", sagte Thompson nach dem ersten Tag, „aber Rekorde sind dazu da, daß sie gebrochen werden." Der Brite hat in Toronto mit zwei Handikaps zu kämpfen. Während Hingsen von Siegfried Wentz förmlich zum Rekord getrieben wurde, muß Thompson praktisch im Alleingang seine Leistungen erreichen. Der beste kanadische Zehnkämpfer, Dave Steen, fiel schon nach dem Kugelstoßen mit einer Leistenzerrung aus, der Zweitplazierte, Fidelis Obikwu (England), liegt nach fünf Übungen bereits um 725 Punkte zurück. Außerdem leidet Thompson noch immer unter einer Rückenverletzung. Er sagt: „Ich kann nur 90 Prozent meiner Leistungen bringen. Während des 400-m-Laufes wurde mein Rücken steifer und steifer."

Hinzu kam gerade in diesem Rennen noch ein starker Gegenwind auf der Zielgeraden, so daß für ihn nur die mäßige Zeit von 48,73 Sek. herauskam. Bei seinem Weltrekord im letzten Jahr war der Brite mit 47,11 Sek. weitaus schneller. Thompson, der wie Hingsen in Kalifornien trainiert hat, ist dennoch überzeugt: „Der erste, der 9000 Punkte erreicht, bin ich."

TENNIS

Strafe für Noah: 49 Tage Sperre und 20 000 Dollar

sid, Paris

Betroffen haben die Manager des französischen Tennisprofis Yannick Noah auf die drastische Strafe reagiert, die der „Men's Pro Council" als höchstes Entscheidungsgremium im Profitennis gegen den 23 Jahre alten Weltranglisten-Vierten ausgesprochen hat. Der Council hat mit einer Sperre von 49 Tagen und einer 20 000-Dollar-Buße die bislang härteste Sanktion gegen einen Profi verhängt. Das ist die Reaktion auf die unentschuldigte Abwesenheit des Franzosen beim World-Team-Cup Anfang Mai in Düsseldorf. Bisherige Höchststrafe war eine 35-Tage-Sperre gegen den Amerikaner Van Winitsky nach einer Prügelei mit einem Zuschauer.

Unabhängig von seiner Einspruchsfrist bis zum 8. Juli gegen die Strafe überließ der Council Noah die Entscheidung, wann die Sperre in Kraft treten soll. Entweder beginnt sie am nächsten Montag, dann wäre er für die französische Daviscup-Mannschaft im Viertelfinale gegen Paraguay in Marseille nicht spielberechtigt. Die Strafe endet dann am 31. Juli. Im anderen Fall begänne die Sperre erst am 11. Juli, einen Tag nach Abschluß der Davispokal-Begegnung, und liefe am 28. August aus – gerade rechtzeitig vor Beginn der offenen amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow.

Trotz dieser durchaus großmütigen Haltung reagierten Noahs Manager bestürzt auf das Urteil, das 48 Stunden nach dem großen Triumph des Franzosen in Paris bekanntgegeben wurde. „Wir sind geschockt. Noah ist der falsche Mann, an dem ein solches Exempel statuiert wird", sagt sein Betreuer Pierre Darmon, der dadurch gar eine Gefahr für den Sport schlechthin sieht und auch die weitere Tenniszukunft seines Schützlings in Frage stellt.

Die finanzielle Strafe von 20 000 Dollar zuzüglich den 6000 Dollar, die ihm vom dänischen Oberschiedsrichter Kurt Nielsen in Düsseldorf spontan aufgebrummt worden waren, sind für Großverdiener wie Yannick Noah höchstens ein Taschengeld. Die lange Sperre trifft dagegen genau ins Schwarze.

Noah hat noch die Möglichkeit, gegen die Strafen Einspruch zu erheben. In Hamburg aber hatte er bereits erklärt, er werde Sanktionen akzeptieren, wenn sie nicht zu hart ausfallen würden.

FUSSBALL / 4:2-Sieg über Jugoslawien beim munteren Freundschaftsspiel in Luxemburg

Kampf um die Führung: Je mehr Pässe Schuster gelingen, umso nervöser wird Hansi Müller

ULRICH DOST, Luxemburg

Karl-Heinz Rummenigge hatte es besonders eilig. Hart drückte er den Fuß auf das Gaspedal seines Mercedes, die Reifen quietschten laut, erschreckt liefen die deutschen Schlachtenbummler auseinander. Gerade noch hatten sie gesungen: „Es ist so schön,ein Deutscher zu sein." Seit langer Zeit hatten die Fans wirklich mal wieder guten Grund, mit der spielerischen Leistung einer deutschen Fußball-Nationalmannschaft zufrieden zu sein – 4:2 über Jugoslawien in Luxemburg, das war zwar keine rauschende Fußball-Nacht, das war auch kein Fest, aber es hat Spaß gemacht, zuzuschauen.

Sechs herrlich herausgespielte Tore zum Ende einer langen, strapaziösen Saison, das war mehr, als man erwarten durfte. Vor allem die deutsche Mannschaft bemühte sich, spielerische Glanzpunkte zu zetzen. Was bei den letzten Länderspielen gegen Österreich und die Türkei noch durch Kampf zum Erfolg führte, war diesmal – weil die Jugoslawen freundlicherweise soviel zuließen – das Produkt schöner Spielzüge.

Allzu ernst nahm dann schließlich auch Bundestrainer Jupp Derwall dieses Freundschaftsspiel zum 75. Geburtstag des luxemburgischen Verbandes nicht. Ihn freute es, daß seine Mannschaft zum Saison-Ausklang noch einmal mit so viel Schwung zur Sache ging. Neue Erkenntnisse fand er sicherlich nicht, wenn überhaupt, dann nur Bestätigungen. Zum Beispiel die, daß Bernd Schuster nun tatsächlich Zentrum seiner Mannschaft ist, einer, der dirigiert, dem sich alle unterzuordnen haben und von dessen Ideen das deutsche Spiel lebt. Besser als Schuster gegen die Jugoslawen, so der Bundestrainer, könne man nicht spielen.

Schuster machte in Luxemburg noch einmal deutlich, daß er allein die Führungsrolle im Mittelfeld beanspruche. Je mehr aber die Aktien von Schuster steigen, desto finsterer ist die Entwicklung von Hansi Müller. Der Bundestrainer nahm den Profi von Inter Mailand vorzeitig aus dem Spiel. Schmerzen in der Leistengegend hätten ihm zu schaffen gemacht, sagte Müller hinterher, schon vor dem Spiel habe er Jupp Derwall darauf hingewiesen.

Die Zuschauer aber sahen es anders, sie hatten überhaupt kein Verständnis für die indiskutable Leistung des früheren Stuttgarters. Als er vom Platz ging, pfiffen sie ihn aus. Müller aber versuchte sich wiederum in seiner persönlichen Publikumsbeschimpfung. Müller: „Es sind immer ein paar Idioten dabei, die pfeifen. Immer wenn ich einen Fehler mache, pfeifen ein paar Blödmänner. Bei Rummenigge herrscht dann aber Ruhe. Wahrscheinlich sind einige neidisch, daß ich so viel Geld in Italien verdiene."

Das ist es ganz bestimmt nicht. Was Müller fehlt – wahrscheinlich hat er es auch nie gehabt –, ist die Bereitschaft, selbstkritisch zu sein. Warum gibt er nicht zu, daß dieses Spiel vollkommen an ihm vorbeilief, daß er das Spiel langsamer machte, wenn er am Ball war, daß ihm viele Abspielfehler unterliefen. Offenheit stünde ihm besser zu Gesicht. Niemand nämlich kann ihm unterstellen, daß er nicht das Beste möchte für sich und die Mannschaft – doch ungewollt wird er immer mehr zum Fremdkörper, zum Außenseiter.

Egal, ob die Mitspieler oder der Gegner im Ballbesitz sind – Müller findet keine Bindung zum Spiel. Wahrscheinlich schielt er zu häufig zu Bernd Schuster. Je mehr Pässe von Schuster gelingen und ankommen, um so nervöser wird Müller. Dann spielt er nicht mehr sein Spiel, das von der Technik und der Intuition lebt, dann will er Überlegenheit demonstrieren. Doch das ist einfach nicht seine Spielweise, dann wirkt er langsam und behäbig, so daß ihm jedermann mal wieder zusätzliches Konditionstraining verordnen möchte.

Doch Müller muß aufpassen. Für ihn gilt, was auf die meisten Spieler in Jupp Derwalls Kader zum Ende der Saison Gültigkeit hat: Der Konkurrenzkampf ist wieder voll entfacht. Karl-Heinz Rummenigge drückt es so aus: „Die Zeiten sind vorbei, als einige dachten, hier spielen nur noch die elf Ober-Idealisten, und lachten sich dabei kaputt. Alle wollen wieder unbedingt spielen, die Nationalelf besitzt wieder ihren riesigen, einzigartigen Stellenwert."

Bis auf den Münchener Mannschaftskapitän, Bernd Schuster und Karl-Heinz Förster darf sich derzeit niemand sicher fühlen, bei Jupp Derwall einen Stammplatz zu haben. Toni Schumacher gehört sicherlich noch dazu, doch er hat in Dieter Burdenski und Uli Stein ernsthafte Konkurrenten. Auch Pierre Littbarski steht längst nicht mehr außerhalb jeder Diskussion. Auf fast jeder Position bieten sich Derwall Alternativen an. Er sagt: „Konkurrenz belebt das Geschäft. Vor allem im Angriff habe ich eine sehr große Auswahl."

Der Bremer Norbert Meier zeigte nicht nur wegen seiner beiden Tore, daß er eine Bereicherung für das deutsche Angriffsspiel ist. Selbst der 19 Jahre alte Leverkusener Herbert Waas ging in seinem ersten Länderspiel furchtlos zur Sache und bereitete das Tor von Karl-Heinz Rummenigge vor.

Bis zum 7. September (Länderspiel in Budapest gegen Ungarn) macht die Nationalmannschaft jetzt Pause. Mit Spielschluß war der Betriebsausflug nach Luxemburg beendet, die Spieler begaben sich direkt auf den Heimweg.

Mannschaften und Tore

DW. Luxemburg

Fernfahrer Ernst Metzger (28) aus Luxemburg fuhr auf den Hof seiner Firma, freute sich auf die Fernsehübertragung des Länderspiels, hörte im Radio vom Hymnen-Eklat und rettete schließlich das Spiel. Zu Hause klaubte er eine Schallplatte aus dem Schrank (Titel: „25 Nationalhymnen") und brachte sie ins Stadion. Die amerikanische Militärkapelle hatte zuvor eine alte Königs-Hymne aus dem Jahre 1934 gespielt, die Noten waren 1942 gedruckt.

Noch immer ist nicht geklärt, woher die falschen Noten kamen. Jugoslawiens Fußball-Präsident Drasko Poppvic: „Eine Beleidigung für unser Land."

Sein deutscher Kollege Hermann Neuberger war mit seinem Vermittlungsvorschlag abgeblitzt. Neuberger: „Wir hätten uns noch einmal aufgestellt, wenn die richtige Hymne zur Halbzeit gespielt worden wäre."

Deutschland – Jugoslawien 4:2 (2:0)

Deutschland: Burdenski (32 Jahre/9 Länderspiele) ab 46. Stein (28/1) – Stielike (28/33) – B. Förster (27/26), K.-H. Förster (24/49) ab 46. Otten (22/3), Briegel (27/42) – Rolff (23/4), Schuster (23/18), Müller (25/41) ab 67. Waas (19/1), Meier (24/4) ab 46. Matthäus (22/14) – Rummenigge (27/67), Völler (23/6).

Jugoslawien: Ivkovic (23/3) – Bodan (26/11) – Jelikic (30/8), Jesic (25/6), Kapetanovic (23/2) – Hadzibegic (27/7), Trifunovic (29/11), Kranjcar (27/9) – Zlatko Vujovic (25/25) ab 53. Maric (23/2) Zoran Vujovic (25/16) ab 69. Miljanovic (27/3), Pesic (28/2) ab 88. Ruzic (27/2).

Schiedsrichter: Bastian (Luxemburg). – **Tore:** 1:0 Meier (13.), 2:0 Meier (20.), 2:1 Jesic (62.), 3:1 Schuster (79.), 3:2 Miljanovic (80.), 4:2 Rummenigge (87.). – **Zuschauer:** 12 000.

Hymnen und Würde

Jetzt, wo der Streit nur noch darum geht, ob nun wirklich die jugoslawische Botschaft in Brüssel oder eine amerikanische Stelle die falschen Noten geliefert hat – oder war es vielleicht der zähe Spürhund Heidemann? –, hat die Sache etwas groteske Züge bekommen. Aber ein ernster Hintergrund bleibt. Bis hin zu der Grundsatzfra-

STAND PUNKT

ge, ob Nationalhymnen nicht doch etwas zu Feierliches sind, als daß sie bei jedem unbedeutenden Wettkampf erklingen müssen, nur weil er grenzübergreifend ist. Ob sie nicht sogar der Begegnung eine nationale Überhöhung geben, die nicht ganz dem Ideal von der friedlichen und völkerverbindenden Zielsetzung des Sports entspricht. Aber wenn schon Hymnen gespielt werden, dann muß man sie ernst nehmen. Dann haben die Jugoslawen das Recht, auf ihrer gültigen Hymne zu bestehen. Dann ist es unerträglich, mit welcher Beflissenheit ausgerechnet die deutschen Stimmen am Fernsehschirm zu verstehen gaben, daß deutschen Menschen Fußball wichtiger sein muß als nationale Fragen. Man erinnert sich angewidert daran, wie oft deutsche Sportfunktionäre es schon devot hingenommen haben, daß ihr Land bei Ostblockveranstaltungen umgetauft wurde oder daß Freunde wie die Israelis aus politischen Gründen diskriminiert wurden.

Nationalhymnen müssen nicht immer sein, nationale Würde schon. ENNO v. LOEWENSTERN

NACHRICHTEN

Batzill Zweiter

Cagliari (sid) – Der zweimalige Weltmeister Albert Batzill (Schlier) liegt nach zwei Wettfahrten der Segel-Weltmeisterschaft in der olympischen Flying-Dutchman-Klasse auf Platz zwei. Die erste Regatta vor Cagliari (Italien) hatte er gewonnen, bei der zweiten Platz acht belegt.

Di Stefano bleibt

Madrid (dpa) – Alfredo di Stefano (56) bleibt für ein weiteres Jahr Fußballtrainer bei Real Madrid. Sein Vertrag wurde verlängert, obwohl der Verein in dieser Saison ohne Titel blieb.

Horsmann geht

Rennes (sid) – Udo Horsmann, seit acht Jahren linker Verteidiger des FC Bayern München, unterschrieb einen Zwei-Jahres-Vertrag beim französischen Erstliga-Aufsteiger Stade Rennes.

Dremmler: Sperre verkürzt

Frankfurt (sid) – Die Sperre des Münchner Fußball-Nationalspielers Wolfgang Dremmler ist um eine Woche auf jetzt vier Wochen verkürzt worden und läuft am 11. Juni ab. Nach diesem Gnaden-Erlaß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) kann Dremmler auf der Ostasien-Tournee (8.–17. Juni) des FC Bayern München in Bangkok und Hongkong eingesetzt werden.

Ehrung für Hontheim

Frankfurt (sid) – Der Trierer Schiedsrichter Josef Hontheim ist vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) mit der „Goldenen Pfeife" ausgezeichnet worden. Der DFB ehrte mit der Auszeichnung, die jährlich vergeben wird, die langjährigen Verdienste von Hontheim, der seit 1969 auf der DFB-Schiedsrichterliste steht und seit 1977 insgesamt 60 Bundesligaspiele leitete.

ZAHLEN

FUSSBALL

Junioren-WM in Mexiko, 2. Spieltag. Gruppe C: Österreich – Argentinien 0:3, CSSR – China 3:2.

EM-Qualifikation für Junioren, Gruppe 6: Albanien – Österreich 3:0.

1. Albanien	5 4 1 0	8:2	9:1
2. Deutschland	3 1 2 0	3:2	4:2
3. Österreich	4 0 2 2	3:7	2:6
4. Türkei	4 0 1 3	1:4	1:7

Freundschaftsspiel: 1. FC Pforzheim – Hamburger SV 1:5.

USA weisen Diplomaten Nicaraguas aus

● Fortsetzung von Seite 1

Revolte im Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua. Man geht davon aus, daß die von der US-Regierung mit Geld, Waffen und Ausbildung aktiv unterstützte Rebellion in letzter Zeit an Stärke zugenommen hat. Damit zusammenhängen dürfte, so sagen Beamte im State Department, die Welle der jüngsten Repression in Nicaragua selber.

Die von der Administration offen betriebene Politik „geheimer" Unterstützung für die „Contras", die Anti-Sandinisten-Rebellen, trifft allerdings im amerikanischen Kongreß auf harten Widerstand. Am Dienstag stimmte der außenpolitische Ausschuß des Repräsentantenhauses mit 20:14 für den sofortigen Stop jeder US-Hilfe für die Aufständischen in Nicaragua. Die freigewordenen Gelder sollten statt dessen allen örtlichen Regierungen zufließen, die sich gegen Infiltration von Waffen und Insurgenten verteidigen müssen.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Plenum der Abgeordneten dieses Gesetz in seiner vollen Schärfe passieren lassen wird. Ein Kompromiß ist denkbar, wie ihn der Außenpolitische Ausschuß des Senats gefunden hat: Danach darf die Regierung bis Ende September mit der Untergrundhilfe fortfahren, muß dann aber die Überlegungen über weitere Hilfe dem Kongreß zur endgültigen Entscheidung vorlegen. In jedem Fall dürfte die Freiheit des Weißen Hauses, in Nicaragua die Anti-Sandinisten-Front zu untersützen, weiter beeinträchtigt werden.

Nach der neuesten Verschärfung des diplomatischen Konflikts muß freilich auch mit einer stärkeren Sympathie für die Politik des Weißen Hauses gerechnet werden. Das gibt den legislativen Aussichten der Nicaragua-Thematik ein weiteres Element der Ungewißheit. Während der Kongreß einerseits die Hände der Administration zu binden sucht, melden sich andererseits verschiedene Stimmen zu Wort, die an den herausfordernden Methoden der Regierung in Managua gleichermaßen Anstoß nehmen.

*

AFP, Bogota

US-Präsident Reagan hat am Dienstag in einer Botschaft an den kolumbianischen Präsidenten Betancur die amerikanischen Bedingungen für einen Frieden in Mittelamerika genannt. Die Bedingungen lauten:

- Ein Ende der Auslandshilfe für Gruppen, die andere Regierungen stürzen wollen;
- Rüstungs- und Truppenabbau auf einen für die Verteidigung notwendigen Stand;
- Abzug der ausländischen Militär- und Sicherheitsberater und Truppen;
- Achtung der Menschenrechte und der bürgerlichen Grundrechte;
- Einführung demokratischer und repräsentativer und mitbestimmender Institutionen durch freie und regelmäßige Wahlen in einem Klima der politischen Aussöhnung und des Friedens in jedem Staat.

Besoldung: Krause zweifelt an Null-Runde

DW. Bonn

In einem „Beteiligungsgespräch" erörtert der Deutsche Beamtenbund (DBB) heute mit dem Bundesinnenministerium die Pläne der Bundesregierung für eine „Null-Runde" ohne Einkommensverbesserungen für den öffentlichen Dienst 1984. Der DBB-Vorsitzende Alfred Krause lehnt diese Politik entschieden ab. Mit Krause sprach Günther Bading:

WELT: Die Bundesregierung will 1984 die Beamtengehälter einfrieren. Kann dem öffentlichen Dienst mit seinen sicheren Arbeitsplätzen nicht mehr abverlangt werden als dem Beschäftigten in der Wirtschaft?

Krause: Dem öffentlichen Dienst ist in den letzten Jahren ständig mehr abverlangt worden. Jetzt muß einmal Schluß damit sein. Es geht nicht an, sich – wenn Haushaltsschwierigkeiten auftauchen – in erster Linie bei den persönlichen Einkommen zu bedienen.

WELT: Sie sagen: in den letzten Jahren ...

Krause: Seit 1975 sind die Beamteneinkommen gegenüber der durchschnittlichen allgemeinen Einkommensentwicklung um jährlich etwa ein Prozent zurückgeblieben. Addiert macht das insgesamt inzwischen schon etwa elf Prozent aus. Das bedeutet, daß mit dieser eingesparten Summe der Staat zum einen andere Aufgaben finanziert hat und daß die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, insbesondere die Beamten, in dieser Größenordnung Vorleistungen erbracht haben.

WELT: Ist eigentlich die angestrebte Null-Runde 1984 nicht schon durch den Schlichtungsspruch für den Tarifbereich durchbrochen worden, der ja von einer Erhöhung im kommenden Jahr ausgeht?

Krause: Die Vorstellung des Bundesfinanzministers – von dem dieser Vorschlag ja stammt – war nach meiner Meinung von Anfang an völlig unrealistisch. Ich vermute fast, daß er sie selbst nicht ganz ernst genommen hat, sondern einfach als einen Stein ins Wasser geworfen hat, um einmal zu sehen, welche Kreise dann gezogen werden. Auch wenn das Kabinett einen solchen Beschluß gefaßt hat, kann man doch nicht davon ausgehen, daß eine ganze Berufsgruppe, der ganze öffentliche Dienst, sich in einer Zeit mit ohnehin schon stark gesunkenen Realeinkommen von der allgemeinen Einkommensentwicklung auch noch abkoppeln läßt. Die Bundesregierung selbst hat die Zunahme der Durchschnittseinkommen in der gewerblichen Wirtschaft auf plus vier Prozent geschätzt. Dann im öffentlichen Dienst eine Null-Runde zu verordnen – das ist unverantwortlich.

WELT: Der Beamtenbund hat eine härtere Gangart angedroht. Wollen Sie wieder auf der Straße protestieren wie unter der vorigen Regierung?

Krause: Wir führen die politische Auseinandersetzung mit allen politisch Verantwortlichen. Welche Maßnahmen im einzelnen dann noch getroffen werden, um die nötige Aufmerksamkeit zu gewinnen für unsere Probleme, das muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Zunächst einmal ist Aufklärungsarbeit zu leisten, weil zu unserem großen Bedauern weder die Öffentlichkeit noch die vielen politisch Verantwortlichen genügend über die Lage des öffentlichen Dienstes informiert zu sein scheinen.

WELT: Bundeskanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung Gleichbehandlung aller Statusgruppen des öffentlichen Dienstes zugesichert. Im Tarifbereich wird es keine Null-Runde geben; erwarten Sie für die Beamten deshalb entsprechende Verbesserungen?

Krause: Davon gehen wir aus, obwohl das Ergebnis bei den Tarifverhandlungen nicht die einzige Orientierungsgröße ist. Wir vertreten für die Beamten und Versorgungsempfänger den Anspruch auf Beteiligung an der allgemeinen durchschnittlichen Einkommensentwicklung. Diese Marke wird mit dem Schlichtungsspruch nicht erreicht. Andererseits hat unsere Forderung auch eine mittelfristige Dimension. Man wird darüber sprechen müssen, ob gezielte Verbesserungen für einzelne Gruppen, die von der Entwicklung der letzten Jahre besonders hart getroffen worden sind, zwischenzeitlich eingeführt werden müssen.

WELT: Welche Gruppen meinen Sie?

Krause: Wir denken dabei insbesondere an den einfachen und mittleren Dienst, die ja wegen der unzureichenden linearen Verbesserungen den Kaufkraftverlust und die inflationäre Entwicklung besonders schmerzlich gespürt haben. Hier ist in erster Linie ein Ausgleich durch Nachbesserungen zu schaffen. Möglich wäre das durch Verbesserungen im Ortszuschlag, sicherlich auch auf anderem Wege, insbesondere durch eine Verbesserung der Eingruppierung und Einstufung. Darüber wird dann mit dem zuständigen Bundesinnenminister zu reden sein.

WELT: Sie meinen Nachbesserung schon für 1983?

Krause: Ja.

*

gba. Bonn

Im Bundesinnenministerium werden heute der Deutsche Beamtenbund (DBB) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zu den vom Bundeskabinett für den Bereich des öffentlichen Dienstes beschlossenen Sparmaßnahmen gehört. Dieses sogenannte „Beteiligungsgespräch" sollte ursprünglich schon am 31. Mai stattfinden, wurde jedoch wegen des Protestes beider Verbände verschoben. DBB und DGB hatten kritisiert, daß ihnen zu wenig Zeit zur Vorbereitung verblieben wäre. Auch die vom Kabinett beabsichtigte „Null-Runde" für den öffentlichen Dienst 1984 soll angesprochen werden, obwohl das Beteiligungsgespräch eigentlich nur die Anhörung zu konkreten Gesetzesvorlagen regelt.

Die Anpassung der Beamtenbesoldung wird jeweils im Haushaltsgesetz festgeschrieben. Da 1984 nicht erhöht werden soll, gibt es auch keinen entsprechenden Gesetzestext. Dennoch soll das Thema behandelt werden.

Lambsdorff setzt sich durch

Einzelheiten des Regierungsprogramms für eine breitere Vermögensbildung

HEINZ HECK, Bonn

Mit dem Entwurf eines Vierten Vermögensbildungsgesetzes will die Bundesregierung den zehnjährigen Stillstand in dieser zentralen Frage beenden. Wie in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers und im Jahreswirtschaftsbericht 1983 bereits angekündigt, sieht der jetzt vorgelegte Referentenentwurf (den das Kabinett zusammen mit dem Haushaltsentwurf 1984 und den Begleitgesetzen am 29. Juni verabschieden will) vor, den Förderungsbetrag von bisher 624 auf 936 Mark zu erhöhen, den zusätzlichen Betrag von 312 Mark allerdings auf Produktivkapitalbeteiligungen und Arbeitnehmerdarlehen zu beschränken.

Nur etwa zwei Prozent der Vermögensbildung flossen in die bisher begünstigten Formen der Kapitalbeteiligung (vor allem Aktie, Aktienfonds-Anteil und Arbeitnehmerdarlehen mit Bankbürgschaft).

Der jetzt vorgelegte Entwurf macht deutlich, daß sich in der Auseinandersetzung der Koalitionspartner um die Ausgestaltung der erweiterten Vermögensbildung Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) mit seiner eher reservierten Haltung in der auch technisch schwierigen Frage überbetrieblicher Anlagen weitgehend durchgesetzt hat. Die Bundesregierung beabsichtigt, diesen Entwurf „durch einen zweiten, noch in dieser Legislaturperiode vorzulegenden Gesetzesentwurf zu ergänzen". In dieser „zweiten Stufe" sollen die übrigen angekündigten vermögenspolitischen Maßnahmen realisiert werden, um vor allem die Kapitalbasis in mittelständischen Unternehmen über die Bildung von Kapitalanlage- oder Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu verbessern, die bisherigen Regelungen zu vereinfachen und Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Damit hat Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) seine Absicht nicht in die Tat umsetzen können, diese auch von Lambsdorff „als schwierig bezeichneten Bereiche in den Gesetzentwurf aufzunehmen" und die nähere Ausgestaltung einer Rechtsverordnung vorzubehalten, wie er kürzlich dem Wirtschaftsminister schrieb. Dagegen hat Blüm mit der Festschreibung der zweiten Stufe als Absichtserklärung gleichsam seinen zweitbesten Lösungsvorschlag durchgesetzt, wenn auch nicht in der von ihm gewünschten Sechs-Monats-Frist.

Blüm hält, wie er Lambsdorff weiter schrieb, Aussagen über den zweiten Schritt für „unverzichtbar, schon um in der Öffentlichkeit glaubhaft dem irrigen Eindruck entgegenzuwirken, die Bundesregierung habe die oft wiederholte und begründete Absicht der Förderung betrieblicher u n d außerbetrieblicher Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer in Wahrheit aufgegeben und halte ‚Versprechungen' auf vermögenspolitischem Gebiet so wenig wie frühere Bundesregierungen".

Blüm verdeutlicht seine Sorge mit drei Argumenten:

● Die von allen Unternehmen aufgebrachten zur Anlage in Kapitalbeteiligungen bestimmten vermögenswirksamen Leistungen könnten, „soweit sie keine betriebliche Anlage finden, praktisch nur zum Erwerb von Aktien oder Aktienfonds-Anteilen verwendet werden und damit vor allem großen Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft zufließen".

● „Auch die entsprechende lohnsteuerliche Begünstigung könnten mittelständische Unternehmen, die keine betriebliche Mitarbeiterbeteiligung wollen, praktisch nur durch Überlassung von fremden Aktien und Aktienfonds-Anteilen, also unter Einsatz eigener Barmittel, nutzen."

● „Für die beteiligten Arbeitnehmer wäre ein Insolvenzrisiko, vom Fall des Arbeitnehmerdarlehens abgesehen, nur beim Aktienfonds-Anteil ausgeschlossen."

In der stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital wird, so die Begründung des Entwurfs, nicht nur ein Beitrag zur Verbesserung der Kapitalstruktur der deutschen Wirtschaft gesehen, sondern auch ein wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Kapital- und Investitionsschwäche.

Mit dem Entwurf wird der Anlagekatalog erweitert um Genossenschaftsanteile, Genußscheine (damit ist ein Anrecht am Gewinn eines Unternehmens verbunden), typische stille Beteiligungen und solche Arbeitnehmerdarlehen, die durch einen privatrechtlichen Versicherer gesichert sind.

Die steuerliche Begünstigung der Überlassung von „Belegschaftsaktien" wird auf die übrigen durch dieses Gesetz geförderten Formen der Kapitalbeteiligung ausgedehnt. Der daraus für den Arbeitnehmer resultierende Vorteil ist bis zu 300 Mark und bei Einhaltung einer sechsjährigen Sperrfrist steuerfrei, wenn er den halben Wert des Beteiligungsrechts nicht übersteigt (folglich darf zum Beispiel eine Aktie nicht unter der Hälfte des Kurswerts abgegeben werden, um die Voraussetzungen zu erfüllen).

Spekulation um Andropows Krankheit

Außergewöhnliche Müdigkeitssymptome / Fernsehen zeigte keine Filmaufnahmen

FRIED H. NEUMANN/DW. Moskau

Berichte über die Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Jurij Andropow haben zu Spekulationen geführt, daß der sowjetische Parteichef möglicherweise doch nicht wie erwartet zum Staatsoberhaupt der UdSSR berufen wird. Gestern war auch davon die Rede, daß der für Anfang Juli geplante Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau in Frage gestellt werden könnte.

Die aktuellen Meldungen über die Krankheit Andropows kamen aus Kreisen der finnischen Delegation, die Staatspräsident Mauno Koivisto während seiner Kreml-Visite begleitete. Teilnehmer des Festbanketts am vergangenen Montagabend beobachteten außergewöhnliche Müdigkeitssymptome bei dem 69 Jahre alten KPdSU-Chef. Andropow, so die Schilderungen, konnte sich offenbar nicht einmal zum üblichen Trinkspruch von seinem Sitz erheben.

Das Moskauer Fernsehen brachte keine Filmaufnahmen von diesem Ereignis im Kreml; es zeigte den Parteichef nur kurz im Bild, als er seinen finnischen Gast am Montagnachmittag begrüßte. Dem Vernehmen nach leidet Andropow an Schüttellähmung. Er soll jedoch außerdem herz- und nierenleidend sein. Unter westlichen Diplomaten in Moskau kursierte sogar das Gerücht, Andropow habe sich einer Nierentransplantation unterzogen.

Die Wahl des Parteichefs in das höchste Staatsamt mit dem Titel „Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets" war für den 16. Juni erwartet worden. Das Amt ist seit dem Tode Breschnews verwaist. Im November 1982 erlangte Andropow lediglich einen Sitz im Präsidium dieser parlamentsähnlichen Körperschaft.

Die Vakanz an der Spitze des Staates scheint das eigentliche Problem. Es gibt keine Regel und erst recht keine verfassungsrechtliche Bestimmung, die eine Personalunion zwischen dem Generalsekretär der Partei und dem inoffiziellen Amt des Staatspräsidenten vorschreibt. Aber alle sowjetischen Parteiführer, von Lenin angefangen, haben die Legitimität ihrer Spitzenposition durch wichtige Staatsämter verstärkt. Chruschtschow wurde auch Vorsitzender des Ministerrates, Breschnew auch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. Andropow ist seit einem halben Jahr nur Generalsekretär der Partei. Allerdings trat er inzwischen, wie am „Tage des Sieges", dem 9. Mai, durch eine versteckte Mitteilung von Verteidigungsminister Ustinow bekannt wurde, an die Spitze des Verteidigungsrates.

Der Besuch des finnischen Präsidenten hat deutlich gemacht, daß Andropow schon jetzt in der Rolle des unangefochtenen ersten Mannes der Sowjetunion auftritt. Er empfing den Staatsgast zwar nicht auf dem Flughafen, wo die drittrangige Placierung des 83jährigen stellvertretenden sowjetischen Präsidenten Wassili Kusnetzow die Vakanz fast peinlich sichtbar machte, begegnete ihm aber im Kreml wie ein ebenbürtiger Souverän.

Wenn Andropow den Aufgaben des Parteichefs physisch gewachsen bleibt, kann er auch das höchste Staatsamt ausfüllen. Ebenso zulässig ist allerdings auch der Umkehrschluß: Würde er aus gesundheitlichen Gründen auf das Amt des Staatsoberhauptes verzichten, könnte er sich auch nicht mehr lange an der Spitze der Partei halten.

Der zweite Mann der Partei, der 71jährige Konstantin Tschernenko, ist erst Ende Mai nach fast zweimonatiger Abwesenheit an seinen Schreibtisch zurückgekehrt. Die Mitteilung, er habe eine Lungenentzündung überstanden, wird auf sein Büro zurückgeführt. Bei den Trauerfeiern für das verstorbene Politbüromitglied Arwid Pelsche fiel auf, daß sich Tschernenko an der Balustrade des Lenin-Mausoleums fast ständig mit einem Arm abstützen mußte.

Seite 2: Gipfel auf tönernen Füßen

DRK-Appell: Zusatzprotokolle ratifizieren

E. N. Bonn

Sechs Jahre nach Unterzeichnung von zwei Zusatzprotokollen zum Genfer Rotkreuz-Abkommen, die wesentliche Verbesserungen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Falle „bewaffneter Konflikte" enthalten, bemüht sich das Deutsche Rote Kreuz (DRK), den Deutschen Bundestag zur Ratifizierung der Protokolle zu bewegen.

Der Präsident des DRK, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, hat in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten darauf hingewiesen, daß die Protokolle bereits von 32 Staaten, darunter den NATO-Ländern Norwegen und Dänemark, rechtsverbindlich angenommen wurden. Seit Schaffung des Genfer Abkommens von 1949 sei das Bedürfnis nach einer Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung angesichts der Waffenentwicklung immer stärker geworden. Als „Grundregeln für die Kriegsführung" legt Artikel 35 des Zusatzprotokolls fest: „In einem bewaffneten Konflikt haben die Parteien kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegführung". Als „verboten" bezeichnet das Protokoll Methoden und Mittel der Kriegführung, die „langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen".

Heigl in München als Zeuge vernommen

lz. München

Als Lügner bezeichneten sich gestern im bayerischen Landtag gegenseitig der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann und der Nachrichtenhändler Frank P. Heigl, der trotz erheblicher Bedenken gegen das ihm zugesicherte freie Geleit überraschend doch zur Zeugenvernehmung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erschienen ist (WELT vom 8. 6.). Heigl wiederholte seine bereits mehrfach geäußerte Behauptung, Hiersemanns Assistent, Günter Plass, habe ihn mit Wissen des SPD-Politikers mit geheimen Unterlagen aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß „Langemann" beliefert, in dem Hiersemann zu jener Zeit als stellvertretender Vorsitzender fungierte.

Hiersemann bestritt diese Beschuldigung energisch und warf in einer Gegenüberstellung dem Zeugen vor: „Sie lügen das Blaue vom Himmel herunter." Heigl aber verwies auf seine detaillierten Aufzeichnungen über alle Kontakte mit Hiersemann und dessen Assistenten und hielt dem SPD-Fraktionsvize vor: „Sie haben konspirativ mitgemacht."

Heigl mußte einräumen, daß zwischen ihm und der SPD ausführlichere als bisher zugestandene Gespräche geführt wurden über ein angebliches Nummernkonto, das der Ehefrau des CSU-Vorsitzenden Strauß gehört haben soll. Offensichtlich erhoffte sich die SPD daraus für den Landtagswahlkampf im vergangenen Jahr Material gegen die CSU. Deshalb habe ihn die SPD mit Geheimdokumenten aus dem Landtag versorgt; er habe der SPD aber keine der gewünschten Unterlagen überlassen, erklärte Heigl gestern. Die SPD sei in dieser Sache für ihn kein Geschäftspartner gewesen. Heigl: „Ich arbeite für keine Partei."

Mehr hüben als drüben – Der Wandel der Sendung „Kennzeichen D"

Hier ist die Wiedervereinigung tabu

Die Katze läßt das Mausen nicht. „Kennzeichen D" fährt auch heute abend wieder jene Programmschiene, die vom eigentlichen Sendeauftrag immer weiter wegführt: Es berichtet überwiegend westdeutsch statt über das Geschehen im anderen Teil Deutschlands. Im Mittelpunkt des linken Politmagazins stehen z. B. heute abend fehlende Lehrstellen, also westdeutsche Nabelschau, wie gewohnt.

Damit setzt das große „D", das im ZDF eigentlich für Deutschland stehen soll, seinen abweichlerischen Kurs fort. Ursprünglich von der ausgedienten Sendereihe „Drüben" abgeleitet und gewiß auch mit dem Auftrag, Gerhard Löwenthals ZDF-Magazin zu konterkarieren, werden deutsch-deutsche Vergleiche immer seltener. Der Wiedervereinigungsgedanke, der „Kennzeichen D" ganz besonders naheliegt, kam in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch nie zu Wort – und dem Chefmoderator Joachim Jauer auch nie über die Lippen.

Statt dessen berichtete „Kennzeichen D" über Alice Schwarzer, über Kölns teure Wohnungen, gab Raketen-Standorte in Rheinland-Pfalz zum besten. Es berichtete über die unendlich verschlungenen Importpfade unserer Pharma-Industrie, sorgte sich um die teure Volkszählung oder gar um die Sozialausschüsse der CDU. Seit Jahresbeginn sind rund die Hälfte aller Beiträge rein westdeutsch, und die Tendenz ist stets die gleiche – links von der Mitte zwischen Grün und Rot.

Nun gut, wir wissen das seit langem. Das gehört nun einmal zum Proporzdenken unserer öffentlich-rechtlichen Anstalten. Aber das eigentliche Ärgernis des deutsch-deutschen Politmagazins, nämlich richtig über die tatsächlichen Verhältnisse drüben zu berichten, wird dadurch immer größer.

Kennzeichen D – ZDF, 21.20 Uhr

Nicht, daß Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel etwa keiner gesamtdeutschen Betrachtung wert wären – im Gegenteil. Doch zur Massenarbeitslosigkeit fiel den Berliner Sozialkritikern im Journalistenpelz bisher nur ein, daß dabei hierzulande der Krankenstand sinkt, und für die „DDR" hatten sie nicht mehr auf der Pfanne als die biedere Frage, warum es sie drüben nicht gibt. Das war am 17. März 1983.

Statt einfach zur Sache zu kommen – hier Arbeitslosigkeit, aber dennoch Wohlstand, drüben extreme Überbeschäftigung, aber dennoch verheerende Versorgungslücken – eine über alle Maßen brisante und entlarvende Fragestellung. Doch selbst dieser Stoff blieb farblos und blaß, wurde nicht ehrlich behandelt.

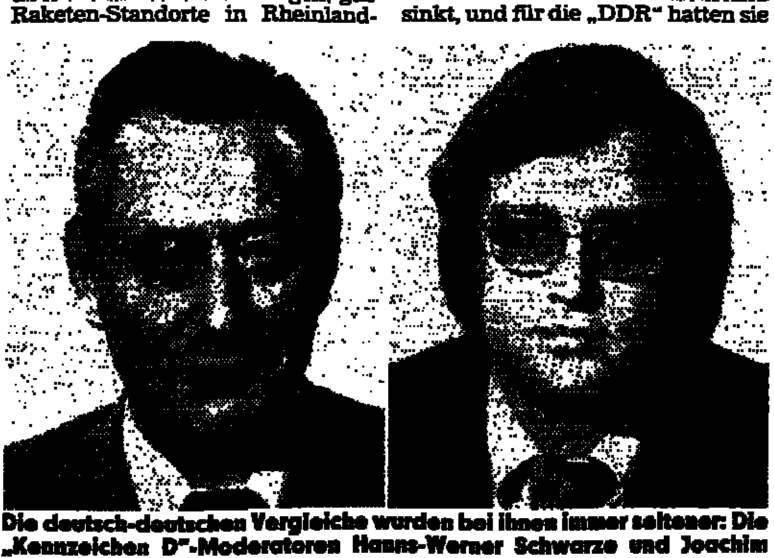
Was das Ökonomische betrifft, ist „Kennzeichen D" zwar auch überfordert, letztlich aber handelt es nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf – frei nach dem Buchtitel seines vormaligen Chefs Hans Werner Schwarze „Die DDR ist keine Zone mehr". Und genauso dürftig sind die meisten Informationen darüber, was drüben zwischen Thüringer Wald und Ostsee in Wahrheit politisch gedacht, gefühlt und herbeigesehnt wird, nämlich die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik.

Zwar gefällt den Menschen drüben an der Bundesrepublik nicht alles und jedes, was bekanntlich ebenso für die Bürger hierzulande gilt, doch der Wiedervereinigungsgedanke ist eine fixe politische Größe, an der die meisten drüben festhalten wie an einer letzten großen Hoffnung.

Was „Kennzeichen D" dagegen vermittelt, ist bestenfalls „Genossenhilfe", die nicht einmal viel einbringt. Wir verdanken ihr bisher nur jene makabren Bilder aus Güstrow, als das Jauer-Team exklusiv filmen konnte, wie beim Schmidt-Besuch in fast jeder Haustür ein Vopo stand.

Gewiß, auf Dauer mag es frustrierend sein, die „DDR" immer nur so darzustellen wie sie ist, sie gewissermaßen fortwährend madig machen zu müssen, aber die Verhältnisse drüben sind nun einmal so – und sie werden das linke Politmagazin eines Tages ein- und überholen.

WERNER OBST



Die deutsch-deutschen Vergleiche wurden bei ihnen immer seltener: Die „Kennzeichen D"-Moderatoren Hanns-Werner Schwarze und Joachim Jauer FOTOS: ZDF / RÖHNERT

STUDIO

Beim „Prix Jeunesse Seminar 1983" diskutierten 125 Teilnehmer aus aller Welt über **Kinderprogramme im Fernsehen**. Der Koordinator des Familienprogramms im Deutschen Fernsehen/ARD, Hans-Werner Conrad, sagte in einem Resümee, der Erfahrungsaustausch der in München versammelten Programmacher zeige, daß die Voraussetzungen für gute Kinderprogramme in vielen Ländern nicht gegeben oder im Schwinden begriffen seien. Die beim „Prix Jeunesse Seminar" vorgeführten Kinderprogramme von ARD und ZDF hätten Anerkennung und Zustimmung gefunden. Ihre Qualität sei im internationalen Vergleich als herausragend empfunden worden.

Angesichts der sich auch in der Bundesrepublik abzeichnenden Konkurrenzsituation würden die deutschen Kinderprogramme im Fernsehen aber nur dann bestehen können, wenn für ihre Entwicklung, Gestaltung und Produktion ausreichend Geld bereitgestellt würde.

*

Die deutschen Musikverleger und ihre Autoren leiden immer stärker unter der von ihnen festgestellten angeblichen Weigerung einiger Rundfunk- und Fernsehanstalten, **mehr deutsche Musik** auszustrahlen. Im Popmusikbereich präsentierten einige Anstalten bis zu 75 Prozent nur internationale Produktionen, sagte Joseph Bamberger vom Deutschen Musikverleger-Verband. Jeder Bundesbürger, der seine Rundfunk- und Fernsehgebühren zahle, könne verlangen, daß er von den Sendern in seiner Muttersprache unterhalten werde. Der Geschäftsführer des Verbandes, Hans Henning Wittgen, unterstrich, daß durch unerlaubte Kopien von urheberrechtlich geschützten Werken durch Chöre, Kapellen und Schulen sowie Kirchen Millionen von Mark den Autoren entgingen. Das sei in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit kaum noch zu ertragen. Er appellierte an die Bundesregierung, sich der schon vorliegenden **Urheberrechtsnovelle** anzunehmen.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 Harold Lloyd
11.15 Umschau
11.35 Bilder aus Amerika
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Gefühls-Sachen
Die erste Liebe
17.00 Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck (5)
Mit 16 als Söldner verkauft
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn
20.18 Die Fernseh-Diskussion
21.00 Musikladen
TV-Discotheque-International
Moderation: Manfred Sexauer

21.45 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner von H. Slesar
Knopfdruck für einen Chinesen / Die Dame und der Jüngling / Der letzte Drink
Mit Klaus Löwitsch, Charles Brauer, Rolf Schimpf, Peter Zilles, Werner Kreindl, Elisabeth Volkmann u. a.
Regie: George Moorse
22.30 Tagesthemen
23.00 Zimmer mit Blick aufs Meer
Film von Janusz Zaorski und Maciej Karpinski
Mit Piotr Fronczewski; Gustaw Holoubek u. a.
Regie: Janusz Zaorski
00.30 Großbritannien hat gewählt
Sonderbericht
00.45 Tagesschau

ZDF

08.57 Heute im Parlament
Regierungserklärung und Debatte zum Weltwirtschaftsgipfel
16.00 heute
16.04 Körpersprache
Mitteilungen durch körperlichen Ausdruck
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Grisu, der kleine Drache
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppe BZN
17.50 Der Bürgermeister
Faule Fische
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Patienten gibt's
Wunschkost
Mit Jürgen Schmidt, Dirk Dautzenberg u. a.

19.30 Artisten-Cocktail '83
Bühne frei für eine internationale Show
Aufzeichnung aus der Stadthalle Hannover
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Geschäfte mit Lehrstellen / Zum „DDR"-Schriftsteller-Kongreß in Ost-Berlin / Zum Streit um das Schulfach „Frieden" / Vor dem Papst-Besuch in Polen
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Kirchentag – heute
Bilder und Eindrücke vom Tage
Anschl. heute







Mehr als die Liebe zur Musik verbindet „Die Dame und ihr Jüngling" (Ingrid Caven und Kai Fischer) in einer Episode der „Krimistunde" – ARD, 21.45). FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Physik (22)
18.30 Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liebe zu viert
21.45 Wirtschaftsreporter
22.15 Nachtschalter unterwegs

NORD

18.00 Sendung mit der Maus
18.35 Sport für Unsportliche
18.45 Follow me (28 und 29)
19.15 Was tun?!
Video – Der neue Blick
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Berge in Flammen
21.50 Bücherjournal
22.35 Berlin Rock News
23.35 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Ach du dickes Ei
19.15 Teletechnikum
20.00 Tagesschau
20.15 Liebesbriefe
21.50 Drei aktuell
22.05 Kulturkalender
22.35 Gustave Courbet 1819–1877
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (22)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Fernsehspiel des Auslands
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Treffpunkt Fernsehturm
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Spielplatz
20.30 Fahrt durch den Suez-Kanal
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
21.45 Der Sportstammtisch
22.30 Dallas
23.15 Rundschau

Moderate Töne

Mk. – Die Töne, die von Politikern und Wirtschaftlern gegenüber Japan angeschlagen werden, sind moderater geworden. Es bleibt immer noch ein erhebliches Maß an Skepsis, ob den angekündigten Importerleichterungen auch Taten folgen. So warnte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, bei den 8. deutsch-japanischen Wirtschaftsgesprächen in Bremen davor, Tokio dürfe bei angekündigten Vereinfachungen von Sondernormen und Testverfahren nicht durch ein parlamentarisches Verschleppen auf Zeit spielen.

Allerdings appellierte nicht nur Otto Wolff, sondern auch der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Dieter von Würzen an die deutschen Firmen, die verbesserten Rahmenbedingungen für den Marktzugang in Japan auch zu nutzen. Von nichts kommt eben auch nichts.

Bemerkenswerter ist jedoch die übereinstimmende negative Einschätzung der zwischen der EG und Japan getroffenen Exportarrangements. Sie sind mehr als nur eine „Exportpolitik mit Schönheitsfehlern", wie Otto Wolff sie bezeichnet hat. So ist die Belieferung von Joint Ventures mit Bauelementen für die europäische Videorekorderproduktion bereits schwieriger geworden.

Unter dem Schutzschirm wird die Wettbewerbsfähigkeit nicht gestärkt. Die Gefahr der Gewöhnung ist nicht von der Hand zu weisen. Damit wird aber nichts erreicht. Handelsbarrieren können eine mangelnde Dynamik von Unternehmen nicht ersetzen.

Richterliche Energiepolitik

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Der Oberste Gerichtshof in Washington hat zwei energiepolitisch wichtige Urteile gefällt, die wegen ihrer Konsequenzen und Widersprüchlichkeit für das Ausland eine starke Signalwirkung haben. Nur schwer verstanden wird zum Beispiel die nunmehr rückwirkend als rechtens angesehene Abschöpfung der sogenannten Zufallsgewinne, die der Kongreß den US-Mineralölunternehmen vor drei Jahren bei der zunächst stufenweisen Aufhebung der Preiskontrollen für heimisches Rohöl verordnete.

Andererseits hat der Supreme Court endlich klarere Verhältnisse bei der Lizenzierung von Atomkraftwerken geschaffen. Einstimmig entschieden die Richter, daß die Nuclear Regulatory Commission (NRC) Baugenehmigungen erteilen darf, ohne jedesmal das Risiko der Entsorgung von radioaktiven Abfällen in Betracht zu ziehen. Ausschlaggebend bleibt die NRC-Formel, wonach die Lagerung abgebrannter Brennstäbe in tiefen Salzdomen möglich ist ohne größere Gefahr für die Umwelt.

Auf einen Nenner gebracht, räumt das Urteil mit der Vorstellung auf, jede noch so minimale Ungewißheit müsse bei der Lizenzerteilung berücksichtigt werden. Ein größeres Gewicht wird vielmehr der Unfallwahrscheinlichkeit beigemessen, wie sie von der Aufsichtsbehörde veranschlagt wird. Von der richterlichen Entscheidung profitieren etwa 100 schon lizenzierte Atomkraftwerke, deren Bau durch Einsprüche immer wieder verzögert worden ist. Sie haben dazu geführt, daß die amerikanischen Reaktorhersteller in den vergangenen Jahren nicht einen einzigen neuen Auftrag hereinholten.

Erst kürzlich hatte das Gericht ebenfalls zugunsten der US-Atomindustrie beschlossen, als es das Vorhandensein einer potentiellen psychologischen Streßsituation, der Bewohner ausgesetzt sind, die in der Umgebung nuklearer Reaktoren leben, verneinte. Der Supreme Court gab damit grünes Licht für die erneute Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Three Mile Island in Pennsylvania, wo sich am 28. März 1979 Amerikas bisher schlimmstes Atomunglück ereignete. Dennoch hängen weiterhin lange Schatten über der US-Atomwirtschaft. So dürfen nach einer Entscheidung vom 20. April die amerikanischen Bundesländer ihr Plazet für alle künftigen Reaktorbauten wiederum von der Entsorgung abhängig machen.

Energiepolitisch problematisch ist auch das Urteil über den „Crude Oil Windfall Profit Tax Act", der von der Carter-Administration vorgeschlagen worden war und im April 1980 in Kraft getreten ist. Der Titel des Gesetzes hat mit Gewinnen nichts zu tun, wurde aber gewählt, um bei den Legislatoren die für die Verabschiedung notwendige Anti-Business-Stimmung zu erzeugen. Statt die Reinvestition der Mittel festzuschreiben, wollte der Kongreß abkassieren, um Haushaltslücken zu füllen. Die Folge war – unabhängig von der derzeitigen Ölschwemme – eine in den USA kräftig geschrumpfte Explorationstätigkeit und Ölförderung.

Bei der Zufallsgewinnsteuer handelt es sich um eine Verbrauchsteuer, die auf den Differenzbetrag zwischen dem früher kontrollierten Preis (mit Inflationsabschlag) und dem erzielten Verkaufspreis erhoben wird. Je nach Art und Alter der Ölquelle beträgt die Abgabe 30 bis 70 Prozent. Völlig aufgehoben wurden die amerikanischen Preiskontrollen im Frühjahr 1981. Präsident Carter wollte mit den zusätzlichen Einnahmen eine Heizölhilfe für die Armen finanzieren, der Kongreß füllte damit jedoch den allgemeinen Steuertopf. Ursprünglich sollte die höchste Steuer, die jemals einem einzelnen amerikanischen Industriezweig auferlegt worden ist, 33 Monate nach dem 31. Dezember 1987 oder nach Erreichen eines Aufkommens in Höhe von 227,3 Milliarden Dollar (582 Milliarden Mark) auslaufen.

Die niedrigen Steuereinnahmen, bedingt durch die gesunkenen Ölpreise, haben diesen Zeitplan torpediert. Die US-Ölkonzerne müssen somit noch viele Jahre mit der „Windfall Tax" leben, die nach Angaben des Schatzamtes in Washington seit ihrer Einführung mehr als 26 Milliarden Dollar in die Kassen des Fiskus gespült hat. In den kommenden sechs Jahren soll sie noch einmal 30 Milliarden Dollar bringen. Dieses Geld fehlt den Unternehmen, denen es ohnehin immer schwerer fällt, Öl in Amerika zu finden. Praktisch verlängert wird die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von der Öleinfuhr.

STAHLPOLITIK / Unternehmen fordern harte Bonner Haltung in der EG

„Das politische Strangulieren von Gesunden muß endlich aufhören"

JOACHIM GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Es sei auch und zumal ein Glaubwürdigkeitstest für die mit dem vorrangigen wirtschaftspolitischen Ziel des Abbaus der hohen Arbeitslosigkeit angetretene neue Bundesregierung, daß sie eine wettbewerbsfähige Industriebranche vor der „politischen Strangulation aus dem Ausland" schütze. Mit diesem Tenor seines Vorsitzenden, Thyssen-Chef Dieter Spethmann, präsentiert der deutsche Stahlproduzentenverband ein dickes „Positionspapier" an die Bonner Adresse, das in großen Erwartungen an eine künftig bessere Verteidigung nationalen Stahlpotentials gipfelt.

Anlaß solcher „Positionierung" ist im neunten Jahr der europäischen Stahlkrise die anstehende Verlängerung des mit amtlichen Produktionsdrosselungsquoten der Brüsseler EG-Kommission praktizierten „Krisenmanagements" über den 30. Juni 1983 hinaus und nun gleich bis Ende 1985. Auf diese Verlängerung haben sich die neun EG-Mitgliedsländer schon längst verbindlich geeinigt.

Dazu meldet die deutsche Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie Forderungen an, die sich in zwei massive Punkte bündeln lassen. Und beide werden mit dem Hinweis begleitet, daß es sich hier um eine überwiegend privatwirtschaftlich organisierte Branche handele, deren Unternehmen mit frühzeitiger Anpassung an den weltweiten Strukturwandel der (immer noch wachsenden) Stahlproduktion beträchtlich mehr getan haben als ihre hochsubventionierten Partner in der EG.

Erstes Bündel der Forderungen: Bonn möge die deutschen Produktionsquoten im EG-Krisenmanagement ab 1. Juli um „mindestens" zweimal fünf Prozentpunkte erhöhen, insgesamt also mit einem „Rohstahläquivalent" von etwa drei Millionen Jahrestonnen auf Basis der 1982 auf knapp 36 Millionen Tonnen gesunkenen deutschen Produktion. Grund dieser Forderungen: Jede Jahrestonnenmillion bedeute 5000 Arbeitsplätze. Zehntausend habe man in dieser Rechnung bereits auf dem „Europa-Altar" durch Sinken des deutschen Anteils an der EG-Produktion seit 1974 auf nur noch 31,9 (34,2) Prozent geopfert: obendrein, „weil wir noch Privatunternehmen sind", entgegen dem in Europa vorherrschenden Branchentrend schon vor der Krise massiv Arbeitsplätze abgebaut.

Zweites Forderungsbündel: Die bislang anvisierte Staatshilfe von drei Milliarden DM für die deutschen Stahlunternehmen könne nicht verhindern, daß der in den Strukturkonzepten der Unternehmen vorgesehene Personalabbau um nochmals 33 000 (seit 1965 schon 81 000) Leute in „bedeutender Größenordnung" wachsen müsse. Wolle man das vermeiden, wäre eine Aufstockung dieses Subventionsvolumens bis auf maximal sechs Milliarden DM unerläßlich.

Distanziert äußert sich in erster Stellungnahme zu dem „Positionspapier" des Verbandes das Bundeswirtschaftsministerium. Einerseits wird betont, daß die vom Verband angeführte (und von der EG-Kommission im wesentlichen bestätigte) 80-Milliarden-Subventionssumme der Nachbarn in Wahrheit (wenn man „Notifiziertes" auf „Gezahltes" reduziere) nur halb so hoch sei. Obendrein sei auch aus „haushaltspolitischen Gründen" eine Aufstockung der geplanten Drei-Milliarden-Stahlhilfe „vor dem Steuerzahler nicht vertretbar", zumal da es der Bundesregierung „zunehmend schwerer" falle, die endgültigen Neustrukturierungspläne der deutschen Stahlunternehmen zu verstehen.

Andererseits verweist das Ministerium darauf, daß nach seiner Kenntnis die deutsche Stahlindustrie in Europa bislang keine Produktionsanteile verloren habe. Die „berechtigte" Forderung nach Subventionsausgleich durch Quotenerhöhung hingegen werde sich schwerlich in Brüssel durchsetzen lassen.

EINZELHANDEL

Warenhäuser hoffen auf Belebung der Nachfrage

HANNA GIESKES, **Köln**

„Wir haben das Tief überwunden." Heinrich W. Heyer, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG), Köln, hofft in diesem Jahr auf ein Umsatzplus zwischen 0,5 und 1,5 Prozent, das real allerdings einem Rückgang um 1,5 bis 2,5 Prozent gleichkäme. Während der Vorlage des BAG-Jahresberichts 1982 begründete Heyer seine Zuversicht unter anderem mit der sinkenden Preissteigerungsrate: „Trotz Mehrwertsteuererhöhung rechnen wir im zweiten Halbjahr mit einer Zwei vor dem Komma."

Mehr kaufkräftige Nachfrage erwartet der Verband, in dem die Warenhäuser das Schwergewicht haben, auch vom deutlich abgesenkten Zinsniveau; dies erleichtere dem Verbraucher die Verschuldung zwecks Finanzierung langlebiger Konsumgüter. Dankbar wird das Bauprogramm der neuen Bundesregierung registriert, denn die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ist gegenüber dem Vorjahr kräftig angestiegen, „und jede neu errichtete Wohnung bringt eine Vielzahl von Kaufimpulsen".

Im vergangenen Jahr mußten die BAG-Mitglieder einen Umsatzrückgang um drei Prozent hinnehmen, weit mehr als der gesamte Einzelhandel, der – ohne Kraftfahrzeuge, Kohle, Mineralölerzeugnisse und Apotheken – noch um winzige 0,4 Prozent auf 341,6 Milliarden Mark wuchs, wenn auch lediglich nominal. Allerdings habe sich im zweiten Halbjahr 1982 die Schere zwischen Fachhandel und Warenhäusern wieder geschlossen, sagte Heyer weiter, „und diese Entwicklung hat sich in den ersten Monaten 1983 fortgesetzt". So hätten die Warenhäuser ihre Umsätze in den ersten fünf Monaten um ein Prozent steigern können.

Sorge erfüllt den Präsidenten angesichts der „Übersteigerung des Wettbewerbs, vor allem im Lebensmittelbereich". Der Ruf nach dem Gesetzgeber sei indes verfehlt, denn zuerst einmal sollten die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die vierte Kartellnovelle eröffnet hat. Sie werden derzeit vom Bundeskartellamt und von der bayerischen Landeskartellbehörde in zwei Verfahren getestet, bei denen es um das leidige Problem „Verkauf unter Einstandspreis" geht.

Das Ladenschlußgesetz, das die FDP jetzt wieder in die Diskussion gebracht hat, „ist für uns kein Thema", stellte Heyer kategorisch fest. Die Mehrheit der Verbraucher habe die jetzige Regelung längst akzeptiert, und jegliche Neuerung würde lediglich zu höheren Kosten und damit zu höheren Preisen für die Verbraucher führen". Nach 17 Uhr lasse der Besuch in den Geschäften deutlich nach, weil die Hälfte der Bevölkerung vor dem Bildschirm sitze; „es ist kaum anzunehmen, daß die andere Hälfte dann einkaufen möchte".

AUF EIN WORT

„Wären alle deutschen Hausbesitzer bereit, jetzt bei Ende der Heizperiode ihre Zentralheizung auf den neuesten technischen Stand bringen zu lassen, wären wir im Umweltschutz einen gewaltigen Schritt vorangekommen."

Hans Gerd Sander, Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Zentralheizungswirtschaft e. V.

FOTO: TADEUSZ DRABROWSKI

UNCTAD VI

Währungsfonds zuversichtlich

VWD, **Belgrad**

Das Wirtschaftswachstum in der westlichen Welt wird sich nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Verlaufe dieses Jahres deutlich beschleunigen. Auf der sechsten Welthandelskonferenz (Unctad) betonte der geschäftsführende IWF-Direktor Jaques de Larosiere am Mittwoch in Belgrad, der Währungsfonds erwarte eine reale Zunahme des Bruttosozialprodukts in den Industrieländern von „vielleicht" drei Prozent vom 1. zum 2. Halbjahr 1983.

Im Gegensatz zu den meisten Vertretern aus den rund 175 Ländern auf der Weltwährungskonferenz äußerte sich Larosiere relativ zuversichtlich über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Auch das Wirtschaftswachstum in den Ländern der Dritten Welt (ohne Öl-Förderstaaten) werde 1983 bei 2,5 Prozent liegen. Das Leistungsbilanzdefizit dieser Ländergruppe werde 1983 mit weniger als 70 Milliarden Dollar (175 Milliarden DM) um rund 40 Milliarden Dollar niedriger ausfallen als 1981.

Der Rückgang des Zinsniveaus im Westen werde zu einer Entlastung der hochverschuldeten Staaten führen: Jedes Prozent weniger an Zinsen bedeute nach etwa einjähriger Zeitverzögerung rund vier Milliarden Dollar (zehn Milliarden DM) weniger an Zinsbelastung für die nicht-ölfördernden Entwicklungsländer, sagte Larosiere.

ILO

Mubarak fordert verstärkte Hilfe

IRENE ZUECKER, **Genf**

„Zur Stabilisierung der bestehenden Weltlage sollte die internationale Arbeitsorganisation vermehrt ihre Rolle als Vermittlerin wahrnehmen zwischen Norden und Süden, Produzenten und Konsumenten sowie zwischen Arbeit und Kapital", erklärte der ägyptische Staatspräsident Mubarak gestern vor der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, nachdem Iran, Syrien und Libyen demonstrativ den Saal verlassen hatten und die Staaten Algerien, Südjemen sowie die PLO und Afghanistan durch Abwesenheit glänzten.

Mubarak regte an, daß die ILO ihre Hilfe gegenüber den Entwicklungsländern verstärke, etwa in den Bereichen Technologietransfer sowie in der Arbeiter- und Berufsschulung. Zudem müßten neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden – besonders für junge Menschen.

Als weiteren Problemkreis wies er auf den steigenden Exodus von Spezialisten aus der Dritten Welt in die Industriestaaten hin, da die Entwicklungsländer ihren Spitzenleuten nicht die gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen anbieten könnten. Zur Lösung schlug Mubarak vor, die ILO solle einen internationalen Fonds für berufliche Schulung schaffen, mit dessen Hilfe die Bildungslücken in der Dritten Welt wieder geschlossen werden könnten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Inflationsrate könnte unter drei Prozent sinken

München (rtr) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg geht davon aus, daß die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende dieses Jahres auf unter drei Prozent sinkt. Um dies zu erreichen, müßten aber die Neuverschuldung eingedämmt und die Tarifabschlüsse weiter maßvoll ausgehandelt werden, sagte Stoltenberg in einem am Mittwoch vorab veröffentlichten Interview der Illustrierten „Quick". Keine Chance sieht der Minister für eine schnelle Zinssenkung in der Bundesrepublik. Die deutsche Wirtschaft könne sich nicht völlig vom amerikanischen Trend loslösen, sagte Stoltenberg.

Freibeträge erhöht

Bonn (AP) – Bürger der „DDR" sollen künftig leichter über D-Mark-Konten verfügen können, die sie bei Banken in der Bundesrepublik unterhalten. Die Bundesregierung hat eine entsprechende Neufassung der Allgemeinen Genehmigung zum *Militärregierungsgesetz 53* durch die Bundesbank „zustimmend zur Kenntnis genommen". Nach Schätzungen des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen halten „DDR"-Bürger gegenwärtig zwischen einer und zwei Milliarden Mark auf Sperrkonten bei bundesdeutschen Banken.

Rekord beim Einzelhandel

London (fu) – Nach den jüngsten Statistiken kurz vor den heute stattfindenden Unterhauswahlen, sind die Einzelhandelsverkäufe in Großbritannien im April auf ein Rekordniveau gestiegen, haben sich die Erzeugerpreise im Mai nur um 0,6 Prozent erhöht und das Geldmengen-Wachstum erheblich verlangsamt. Die sich abzeichnende Konjunkturbelebung in Großbritannien scheint nahezu ausschließlich von der anhaltend starken Verbraucher-Nachfrage getragen zu werden. Im April sind die Einzelhandels-Umsätze gegenüber dem Vormonat um fast ein Prozent gestiegen. Damit erreichte der Index der Einzelhandels-Verkäufe mit 112,9 (1978 = 100) einen Rekordstand und liegt deutlich über den vorläufigen Schätzungen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres liegen die Konsumausgaben im Schnitt um drei Prozent über dem Durchschnitt des Vorjahres.

Neue Anleihen

Frankfurt (DW.) – Der Wiedereingliederungsfonds des Europarates, Straßburg/Paris, begibt über ein unter der Führung der Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank) stehendes, internationales Bankenkonsortium zwei Anleihen in Höhe von insgesamt 200 Millionen Mark. Für eine 50-Millionen-Anleihe mit fünfjähriger Laufzeit ist ein Zinssatz von 8⅛ Prozent und für eine 150-Millionen-Tranche mit einer Laufzeit von 10 Jahren 8⅜ Prozent vorgesehen. Die Emissionen sollen an der Frankfurter Wertpapier-Börse eingeführt werden. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und Mitführung der Dresdner Bank, Commerzbank und Westdeutschen Landesbank eine neue Anleihe im Betrag von 250 Millionen Mark. Die Anleihe mit einer Laufzeit von zehn Jahren wird mit einem Zinssatz von 8¼ Prozent zum Kurs von 100 Prozent öffentlich zum Verkauf angeboten. Sie wird zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.

Meistbegünstigung behalten

Bonn (DW.) – US-Präsident Ronald Reagan hat Rumänien die Beibehaltung der Meistbegünstigungs*klausel im Handel zwischen* den beiden Ländern zugesagt. Noch im März hatten die USA angekündigt, Rumänien die begehrte Vorzugsklausel aufgrund seiner neu eingeführten hohen „Ausreisesteuer" für Ausreisewillige zu entziehen. Rumänien spricht inzwischen von einer Rücknahme dieser Ausreisebestimmungen.

Novellierung angekündigt

Bonn (Mk.) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat vor dem Finanzausschuß des Bundestages die Vorlage des Entwurfs einer Novelle zum Kreditwesengesetz noch für dieses Jahr angekündigt. Im Kern werde es darum gehen, die Informationen der deutschen Bankenaufsicht über die Resikolage der meist international arbeitenden deutschen Bankkonzerne zu verbessern und das von ihnen aufgebaute Gesamtkreditrisiko zu begrenzen. In welchem Umfang die Novelle weitergehende Themenbereiche behandeln werde, sei noch offen.

Kritik am Konkursrecht

Bonn (K. S.) – Nach Auffassung des Bundesministers Hans A. Engelhard hat die „Pleitewelle" in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur wirtschaftliche Ursachen. Viele Firmenzusammenbrüche würden zusätzlich durch das geltende, aus dem vorigen Jahrhundert stammende Konkursrecht belastet. Engelhard fordert eine baldige *Neuordnung* des gesamten Insolvenzrechts – also eine Novellierung der Konkursordnung von 1877 und der Vergleichsordnung von 1935.

BERLINER WIRTSCHAFT

Mehr Investitionen, aber geringere Beschäftigung

PETER WEERTZ, **Berlin**

In Berlin erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in diesem Jahr noch keine konjunkturelle Erholung. Vielmehr werde sich die Berliner Wirtschaft 1983 ungünstiger entwickeln als die deutsche Volkswirtschaft insgesamt. Schwachstellen sind vor allem das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung.

Im Jahresdurchschnitt rechnet das Berliner Institut mit einer Arbeitslosenzahl von etwa 90 000, sie liegt damit um knapp ein Viertel höher als im Vorjahr. Mit einer Arbeitslosenquote von 10,6 Prozent ist außerdem die Beschäftigungslage deutlich ungünstiger als im Bundesdurchschnitt (8,8 Prozent). Zugleich geht das Konjunkturforschungs-Institut davon aus, daß die Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe weiter abnehmen werden. Sie sind im Vergleich zum Frühjahr des Vorjahres wieder um 9000 gesunken.

Der Auftragseingang, der zur Jahreswende aufgrund der Investitionszulage zugenommen hatte, ist danach wieder zurückgefallen. Verbessert hat sich allerdings der Auftragseingang im Baugewerbe.

Für dieses Jahr wird aufgrund von Befragungen des Instituts bei den gewerblichen Investitionen ebenfalls mit einem Zuwachs gerechnet. Der Investitionsrückgang des Vorjahres konnte aber gestoppt werden. Im Vorjahr haben vor allem die Elektroindustrie (plus drei Prozent), der Straßenfahrzeugbau (plus 54 Prozent) und die Kunststoffwarenhersteller (plus 60 Prozent) „antizyklisch" investiert. *Für 1983 plant das verarbeitende* Gewerbe insgesamt Investitionen von 1,8 Mrd. DM (plus vier Prozent).

DEUTSCHER HANDWERKSTAG / Paul Schnitker lobt neue Gesetzgebung

„Größte Lehrwerkstätte der Nation"

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Wieder einmal hat der Wirtschaftszweig mit dem „goldenen Boden" die Gelegenheit genutzt, zu dokumentieren, daß er keineswegs in seiner jahrhundertealten Tradition verhaftet ist, sondern – nach bestem Handwerksbrauch – mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Realität steht. Auf dem Deutschen Handwerkstag in Frankfurt bezog Verbandspräsident Paul Schnitker sehr klar Stellung zu den wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die ihn und seine Kollegen betreffen.

Wohlüberlegt an erster Stelle in Schnitkers Ausführungen standen die Ausbildungsplatz-Probleme. Das Handwerk nimmt mit 670 000 Lehrlingen, bei insgesamt 4,1 Millionen Beschäftigten, ohnehin *schon den ersten Platz unter allen* Wirtschaftszweigen ein. In diesem Jahr will die „größte Lehrwerkstätte der Nation" auf 243 000 neu zu besetzende Ausbildungsplätze kommen – genausoviel wie in dem jetzt ausscheidenden Spitzenjahrgang 1980. Im vergangenen Jahr hatten die 495 000 Betriebe 232 000 „Azubis" neu eingestellt, 7,4 Prozent mehr als 1981.

Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen müssen nach Schnitkers Meinung freilich nicht nur die Betriebe machen. Auch der Staat und die Gewerkschaften seien gefordert: „Es ist doch klar, daß wir nicht alles zur gleichen Zeit haben können: die teuersten Lehrstellen und auch die meisten Lehrstellen." Ein Lob hatte der Handwerkspräsident in diesem Zusammenhang für jene Gewerkschaften übrig, die mit den Forderungen nach höheren Ausbildungsvergütungen unter den Steigerungsraten der übrigen Löhne *geblieben sind.*

Gute Noten auch in Richtung Bundesregierung: Mit den Korrekturen am Jugendarbeitsschutzgesetz werde endlich eine Reihe von Vorschriften beseitigt, die die Qualität der Ausbildung beeinträchtigten und Ausbildungsbereitschaft der Betriebe belasteten. Damit seien jedoch noch nicht alle Probleme gelöst. Hemmende Vorschriften gebe es auch noch im Schwerbehindertengesetz und in der Arbeitszeitverordnung.

Mit „Befremden" habe das Handwerk zudem die Einsparungsabsichten im Bereich der Fortbildungsförderung – Umstellung der Individual-Förderung auf die Rechtsgrundlage einer „Kann-Leistung" – zur Kenntnis genommen. Schon das Arbeitsförderung-Konsolidierungsgesetz 1982 habe im Vollzeitbereich der Meisterschulen Rückgänge um 50 Prozent gebracht. Auch das gehe zu Lasten der Lehrlingsausbildung, und: „Jeder neugegründete Meisterbetrieb bringt im Schnitt vier Arbeitsplätze."

Seite 2: Der „zweite Arbeitsmarkt"

LEBENSMITTEL

Selex/Tania-Fusion perfekt

dpa/VWD, Berlin

Gegen den Zusammenschluß der Selex Handelsgesellschaft und des Einkaufskontors Tania Vereinigte Handelsgesellschaft zur Bundeszentrale Selex + Tania Handels-AG, Offenburg/Hamburg, war fusionsrechtlich keine Eingriffsmöglichkeit gegeben, bestätigte das Bundeskartellamt. Allerdings werde der Fall in größerem Zusammenhang nach Paragraph 1 (Kartellverbot) weiter geprüft. Denn im Bereich der Einkaufsorganisationen des Handels läuft eine beachtliche Konzentrationswelle, so schloß sich der Kaufhof Tania an, Stüssgen und Asko gingen zu Rewe und co op und Massa gründeten ein Einkaufskontor.

Mitglieder von Selex sind unter anderem die Gruppe Wertkauf, die Lebensmittelhandelsgruppe von Werhahn, bei Tania neben dem Kaufhof die Verbrauchermarktgruppe Allkauf, die Einkaufsgenossenschaft der Drogisten Esuedro, der Globus Handelshof, Hussel, Kathreiner und Adolf Schaper. Die 120 Gesellschafter unterhalten über 300 Verbrauchermärkte und Selbstbedienungs-Warenhäuser sowie etwa 100 Cash-and-carry-Großmärkte. Sie erwarten für 1983 einen Außenumsatz von etwa 18 Mrd. DM. Außerdem beliefern sie als Großhändler etwa 12 000 selbständige Einzelhändler.

Raiffeisen: Mehr Eigenkapital nötig

H. LAVALL, Bonn

Steigende Überschüsse, stagnierende Inlandsnachfrage und begrenzte Exportchancen sind Herausforderungen, vor denen die Raiffeisen-Genossenschaften als Marktorganisation der deutschen Landwirtschaft stehen. Um diese zu bewältigen, müßten nicht nur die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Willi Croll, erklärte gestern in Bonn, die Genossenschaften hätten jetzt verstärkt in Produktentwicklung und Markterschließung zu investieren. Voraussetzung dafür sei zusätzliches Eigenkapital, das nur durch verbesserte Überschüsse gewonnen werden könne. Die Bauern wies er darauf hin, daß sie in den nächsten Jahren mit stagnierenden Erlösen beim Verkauf ihrer Produkte an die Genossenschaften rechnen müssen.

Nach Angaben des Generalsekretärs der Organisation, Hans-Jürgen Wick, erzielten die 7015 Genossenschaften im vergangenen Jahr mit einem Umsatz von 79,4 Mrd. DM nur noch einen realen Zuwachs von 0,3 Prozent. Gegenüber dem unbefriedigenden Vorjahr hätten sich die Erträge insgesamt etwas gebessert.

Sorgen bereiten dem Deutschen Raiffeisenverband in zunehmendem Maße die mehr oder weniger versteckten Handelsbehinderungen innerhalb der EG. „Gerade unser Nachbar Frankreich", so erklärte Wick, „hat sich in letzter Zeit hervorgetan."

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Europair GmbH; **Darmstadt:** DBG Dachbau GmbH; **Frankfurt/Main:** Wingah-Wasserinstallations-Gasheizungs-Hoch- u. Tiefbau GmbH; **Hamburg:** Kranich & Reimers GmbH Auto-Motor-Service; **Hamm:** Wolfgang Kauffmann; Egon Stiel, Kaufmann, Unna; **Mainz:** Georg Bräunig & Co. GmbH, Bodenheim; **Regensburg:** Nachl. d. Werner Schien, Abensberg-Sandharlanden; **Vechta:** Wenzeslaus Pundsack, Kaufmann, Lohne; **Wesel:** Ing. Eugen Mölleken, Dinslaken.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hamburg: Harald Osterwisch.

Vergleich eröffnet: Höxter: Rose Möbel GmbH.

Vergleich beantragt: Aachen: Inga-Moden Bekleidungsfabrikation GmbH; **Schweinfurt:** Hans-Peter Strelzyk, Elektro-Fachmann, Bad Kissingen, Alleininh. d. Elektrofirma Jung; **Tettnang:** Henke-Hydraulik GmbH & Co. KG, Kressbronn a. Bodensee; Henke Hydraulik GmbH, Kressbronn a. Bodensee.

MOBIL OIL / 426 Millionen Verlust im gesamten Ölgeschäft – Klage über zu hohe Förderabgaben

Schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit vorgelegt

JAN BRECH, Hamburg

Das mit Abstand schlechteste Jahresergebnis der Nachkriegszeit hat die Mobil Oil AG, Hamburg, im Berichtsjahr 1982 erzielt. Für den Vorstandsvorsitzenden Herbert C. Lewinsky ist es eine „traurige Aufgabe", die Verschlechterung des Ergebnisses von 225 Mill. DM Gewinn auf 171 Mill. DM Verlust kommentieren zu müssen. Dies gilt um so mehr, als Anzeichen für eine nachhaltige Trendwende nicht zu erkennen sind und Mobil voraussichtlich auch in diesem Jahr an der Null-Linie operieren wird.

Der Ertragseinbruch bei Mobil resultiert einmal aus der desolaten Lage am Mineralölmarkt. Überangebot bei Öl, ein gespaltenes Rohölpreisniveau und dementsprechend harter Preiswettbewerb führten bei Mobil zu einem Verlust pro Tonne von 64 DM. Im gesamten Ölgeschäft schrieb Mobil die Zahl 426 Mill. DM in Rot. Die überdurchschnittlich hohen Ölverluste bei Mobil ergeben sich auch aus der ungünstigen Versorgungsstruktur. Der Anteil von Rohöl aus Saudi-Arabien zu offiziellen Kontraktpreisen lag bei 42 Prozent. Die daraus entstandenen Belastungen von 80 bis 100 Mill. DM nimmt Lewinsky als Beleg dafür, daß der Konsument nicht mehr Versorgungssicherung, sondern nur noch den Preis honoriert.

Der Fall aus lichten Gewinnhöhen in die Verlustzone wurde bei Mobil dadurch beschleunigt, daß auch im Bereich Exploration und Produktion heimischen Öls und Erdgases 1982 die Erträge weit mäßiger als in den Vorjahren sprudelten. Mobil, mit rund 13 Prozent an der deutschen Ölförderung und mit 19 Prozent an der Erdgasproduktion beteiligt, flossen aus diesen Aktivitäten nur noch 255 (344) Mill. DM zu.

Als wesentlichen Grund für die Verschlechterung nennt Lewinsky einen um 20 Prozent geringeren Erdgasabsatz und eine gleichzeitige Erhöhung der Förderabgaben um 113 auf 420 Mill. DM. Lewinsky, der über die Förderabgabe-Regelung seit Jahren in Rage gerät, kündigte Verhandlungen mit dem Ziel an, die Abgabesätze so bald wie möglich zu senken. „Es gibt jetzt nicht mehr, sondern weniger abzuschöpfen", erklärt Lewinsky.

Auf einen Ausgleich des Jahresfehlbetrags durch Auflösung von Preissteigerungsrücklagen, die Ende 1981 mit rund 500 Mill. DM zu Buch standen, hat Mobil für 1982 verzichtet. Die aufgelösten 138 Mill. DM nutzte das Unternehmen, um außerordentliche Aufwendungen im Ergebnis zu neutralisieren. So vor allem eine Teilwertberichtigung von 91 Mill. DM auf die Raffinerie Wilhelmshaven wegen andauernder Minderauslastung. Die Anlage – auf einen Jahresdurchsatz von 8 Mill. t ausgelegt – ist seit dem 15. Mai für fünf Wochen stillgelegt worden.

Mit etwa 40 bis 50 DM Verlust pro Tonne in den ersten Monaten dieses Jahres hat der Negativtrend im Ölgeschäft angehalten. Gleichwohl sieht Lewinsky Chancen, die Verluste im Laufe des Jahres abzubauen. Voraussetzung seien einmal weitere Preisanhebungen, deren Durchsetzung am Markt nach Meinung von Lewinsky nur an der Dickköpfigkeit der Mitkonkurrenten scheitern könnte. Zum anderen werde Mobil Einsparungen im eigenen Unternehmen durchsetzen, nicht zuletzt auch durch die eingeleitete Straffung bei der Beteiligungsgesellschaft Aral AG über die Mobil vor allem seine Kraftstoffe absetzt. Schließlich wird Mobil die Versorgungspolitik mit Rohöl und Produkten flexibler gestalten.

An wieder steigende Erträge aus dem Bereich Exploration und Produktion glaubt Lewinsky nicht. Dieser Bereich, in den bereits im Vorjahr 80 Prozent der Gesamtinvestitionen flossen, bleibt gleichwohl Investitionsschwerpunkt. Allerdings will Mobil bei den Auslandsengagements eine Denkpause einlegen. Die Aktivitäten in Tunesien bezeichnet Lewinsky als enttäuschend und Probleme gibt es auch in Ägypten. Im Bereich Erdgas hat Mobil zur Sicherung der Lieferfähigkeit der eigenen Förderung langfristige Verträge über Norwegen-Gas abgeschlossen. Ab 1986 sollen jährlich 800 Mill. m³ importiert werden.

Mobil Oil	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	11 800	+ 7,2
Absatz	10,9	+ 10,1
(Mineralöl (Mill. t)	10,3	+ 16,1
(Erdgas (Mrd cbm)	3,1	–19,4
Belegschaft	2 491	+ 0,5
Jahresüberschuß	–171	(+ 225)
in % vom Umsatz	–	(2,0)
Investitionen	408	+ 6,0
Brutto-Chas-flow	– 49	(+ 447)

FRANKREICH / Sanierung der Sozialversicherung

Höhere Leistungen verschoben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zur Sanierung der gesetzlichen Sozialversicherung (Securité Sociale) hat die französische Regierung verschiedene neue Maßnahmen beschlossen, die in diesem Jahr Einsparungen von 4 Milliarden Franc bringen sollen. Die Versicherungsleistungen werden dadurch aber nicht beeinträchtigt. Insbesondere wurde der Plan einer Beteiligung der Sozialversicherten an gewissen Kosten der Chirurgie aufgegeben.

Dagegen werden verschiedene für Mitte 1983 angekündigte Leistungsverbesserungen bis zum Jahresende vertagt. Auch die Zahl der 24 „Hauptkrankheiten", die von einer Selbstbeteiligung der Versicherten vollständig befreit sind, wird vorerst nicht erweitert.

Um drei Monate auf den 1. Oktober vertagt wurde die zweiprozentige Preiserhöhung für erstattungspflichtige Medikamente – eine Maßnahme, die zu Lasten der Arzneimittelindustrie geht, während die Apotheken erneut eine noch nicht näher bezifferte Sonderabgabe an die Securité Sociale abzuführen haben. Im letzten Jahr waren das vier Prozent ihrer in 1981 erzielten Bruttogewinne. Andererseits wird die Beteiligung der Securité Sociale an den Investitionen des Krankenhaussektors reduziert.

Sozialminister Pierre Bérégovoy erwartet aufgrund dieser Sparmaßnahmen für 1983 eine Begrenzung des Leistungsanstiegs zur Erstattung der Krankenhauskosten auf 14 Prozent. Im letzten Jahr waren es 20,1 Prozent. Insbesondere durch die am 1. April erfolgte Einführung einer Selbstbeteiligung an den Verpflegungskosten der Krankenhäuser von 20 Franc täglich sollte der Leistungsanstieg auf 15 Prozent reduziert werden.

Unverändert bleibt dagegen das Ziel, die Expansion der gesamten Gesundheitsausgaben von 18,5 Prozent 1982 auf 12,2 Prozent 1983 zu vermindern, was bei Einhaltung der amtlichen Inflationsziele eine Kürzung des realen Zuwachses von 6 auf 4 Prozent bedeuten würde. Ob das aufgrund der derzeitigen Maßnahmen gelingt, wird aber allgemein bezweifelt.

Allerdings hat sich die Regierung im Rahmen des Sanierungsplans von Ende März zur Verminderung des Sozialversicherungsdefizits bedeutende Mittel beschafft. So durch die Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer sowie durch die einprozentige Sonderabgabe auf steuerpflichtige Einkommen, die allein in diesem Jahr der Securité Soziale 11 Milliarden Franc zusätzliche Einnahmen bringen soll.

OSTHANDEL / Deutsch-bulgarische Wirtschafts-Gespräche

Weitere Abkommen angestrebt

HERBERT KLAR, Bonn

Die Volksrepublik Bulgarien setzt weiter auf den Ausbau seines Handels mit der Bundesrepublik. Dies unterstrich der für den Westen zuständige stellvertretende Außenhandelsminister Baschikarov, vor den deutsch-bulgarischen Gesprächen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, die am 8. und 9. Juni in Sofia stattfinden.

Bulgarien legt großen Wert darauf, nicht mit den stark verschuldeten Ländern wie Polen oder Rumänien in einen Topf geworfen zu werden. Im Vergleich zu diesen beiden nehmen sich die von Experten geschätzten drei Milliarden Dollar West-Schulden sehr gering aus. Nach Angaben westlicher Vertreter waren die Bulgaren bislang denn auch ein zuverlässiger Handelspartner.

Der gesamte Außenhandel Bulgarien nahm 1982 um 8,7 Prozent auf 21,61 Milliarden Lewa (rund 54 Milliarden Mark) zu. Etwa drei Milliarden Lewa entfallen auf den West-Handel, davon 670 Millionen Lewa (rund 1,7 Milliarden Mark) auf den mit der Bundesrepublik. Die deutschen Exporte nach Bulgarien erreichten 1982 den Wert von 480 Millionen Lewa, die Importe 190 Millionen Lewa.

Derzeit gibt es 11 Rahmenabkommen und 35 Projektverträge zwischen bulgarischen Staatsbetrieben und deutschen Unternehmen. Interesse bekunden die Bulgaren vor allem am Joint Ventures. Nur zwei, mit einem japanischen und einem italienischen Unternehmen, bestehen gegenwärtig in der Volksrepublik. Gerne würden die Bulgaren ihnen weitere hinzufügen, gerade auch mit deutschen Unternehmen.

Das größte Hindernis, um dieses Ziel zu erreichen, ist jedoch der bislang nicht ausreichende Schutz deutscher Investitionen in Bulgarien. Auch auf der 7. Tagung der deutsch-bulgarischen gemischten Regierungskommission ist dies ein wesentlicher Teil der Gespräche.

Auf bulgarischer Seite gibt man sich zuversichtlich und hofft, noch in diesem Jahr ein sogenanntes Investitionsförderungs-Abkommen unter Dach und Fach zu bringen, doch sind aus dem Bundeswirtschaftsministerium weniger optimistische Töne zu vernehmen. Die Bulgaren müßten weit über das bisher Gesagte hinausgehen, um einen erfolgreichen Abschluß zu ermöglichen, heißt es.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Flachglas kürzt

München (sz.) – Die Ausschüttung einer auf 8 (10) DM gekürzten Dividende für 1982 auf das unveränderte Grundkapital von 135,52 Mill. DM schlägt die Flachglas AG, Fürth, der Hauptversammlung am 12. Juli vor. Zur Verfügung steht dafür ein Bilanzgewinn von 21,68 (27,1) Mill. DM.

7 DM Dividende bei Hartmann

Heidenheim (VWD) – Die Verwaltung der Paul Hartmann AG, Heidenheim/Brenz, schlägt vor, für 1982 eine Dividende von 7 (7,5) Prozent und einen Bonus von 1 Prozent auszuschütten. Unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung von 1982 um 2,9 Mill. DM auf 32,9 mit halber Gewinnberechtigung der neuen Aktien für 1982, steigt damit der Ausschüttungsbetrag auf rund 2,5 (1,6) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 5,3 (5,1) Mill. DM sollen, wie aus der Tagesordnung zur Hauptversammlung am 8. Juli in Stuttgart hervorgeht, rund 1,9 (2,4) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt werden, wodurch ein zusätzlicher Aufwand von rund 875 000 DM entsteht.

Hochtief in Australien

Essen (rtr) – Der Essener Baukonzern Hochtief wird mit einer Beteiligung von 40 Prozent Großaktionär bei einem noch zu genehmigenden Zusammenschluß zweier australischer Baugesellschaften. Wie der Hochtief-Konzern mitteilte, haben die australische Leighton Holdings Ltd. und Thiess Consortium Ltd. einen Fusionsbeschluß gefaßt, der indessen noch der Genehmigung der australischen Regierung und der Leighton-Aktionäre bedarf. Am Grundkapital von Thiess von 16 Mill. australischen Dollar war Hochtief bislang zu 50 Prozent beteiligt.

Wilkens erhöht Kapital

Bremen (ww.) – Die Wilkens Bremer Silberwaren AG, Bremon, wollen eine Dividende von 18 Prozent ausschütten. Außerdem soll die Hauptversammlung über eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 5:1 zum Ausgabekurs von 300 Prozent beschließen. Dadurch steigt das Grundkapital auf 5,1 Mill. DM. Die neuen Aktien – es sind auch solche im Nennwert von 50 DM vorgesehen – sollen eine halbe Gewinnanteilsberechtigung für das Geschäftsjahr 1983 haben. Die Entwicklung der ersten fünf Monate des laufenden Jahres war recht befriedigend, die Umsätze stiegen um über 10 Prozent.

DAB / Kooperationsvertrag mit Osnabrücker Aktien

Einwegware im Aufwind

HANS BAUMANN, Essen

Vom 1. August an wird die Dortmunder Actien-Brauerei (DAB), Dortmund, über einen Kooperationsvertrag gegen die Zahlung von Pacht die Geschäfte der Osnabrücker Aktien-Brauerei (OAB), Osnabrück, übernehmen. Eine Hauptversammlung der OAB muß darüber noch entscheiden. Es gilt als sicher, daß der Vertrag zustande kommt, da die qualifizierte Mehrheit der OAB bei der DAB-Mutter Oetker in Bielefeld liegt.

Die OAB hat einen Ausstoß von rund 130 000 Hektoliter, davon rund 35 Prozent im Faß. Mit der Stärkung des traditionellen Dreiecks Münsterland, Ostwestfalen, Osnabrück will die DAB nach Auskunft von Vorstandsmitglied Justus Stange ihren Markt gegen den Wettbewerb aus dem Norden und dem Osten verteidigen. Die OAB hat noch etwa 140 Beschäftigte. Sie hat für die beiden letzten Jahre keine Dividende gezahlt, weil sie Verluste in der Gastronomie hinnehmen mußte. Aus diesem Bereich und aus der Pacht wird sie künftig ihre Erträge beziehen, weil die DAB das Marktgeschäft übernehmen wird.

Der DAB-Ausstoß ist im Geschäftsjahr 1982 um 0,4 Prozent auf rund 2,8 Mill. Hektoliter zurückgegangen. Der Konzernumsatz erhöhte sich von 345 auf 358 Mill. DM. Der Konzerngewinn wird mit rund 2 (1) Mill. DM ausgewiesen. Damit wurde ein Gewinn je Aktie (50 DM nom.) von 3,91 DM voll aus dem Betriebsergebnis erzielt, im Vorjahr trug er nur zur Hälfte zu den wieder 6 Prozent Dividende auf 33 Mill. Aktienkapital bei.

Der Faßbieranteil bei DAB ist mit 27 Prozent weiter fallend. Im mengenmäßigen Aufwind liegt Einwegware mit jetzt rund 10 Prozent des Ausstoßes. Der Pilsanteil erhöhte sich auf 78 Prozent. Export mit rund 15 Prozent fällt weiter zurück. Positiv ist auch das Auslandsgeschäft, sagt Vorstandsmitglied Heinz Möllmann. Es hat einen Ausstoßanteil von 10 Prozent. Größter Abnehmer ist inzwischen Italien mit gut 100 000 Hektoliter.

Von dem gesamten Finanzaufwand der Gruppe von 52 Mill. DM im Berichtsjahr kamen 36 Mill. DM aus eigener Kraft. 17 Mill. DM mußten durch Aufnahme von Krediten finanziert werden. Im Gesamtbetrag ist eine Rückzahlung eines Oetker-Genußrechtes von 12,5 Mill. DM enthalten, das jetzt ganz abgebaut ist. Für 1983 sind Investitionen in Sachanlagen von 15 Mill. DM und weitere 5 Mill. für den Markt vorgesehen. Die Belegschaft wird um 5 Prozent in 1983 abgebaut. Schon im Berichtsjahr stieg die Produktivität pro Mitarbeiter um 6,4 Prozent auf 2500 Hektoliter. Die Verwaltung hofft, daß sich die augenblicklich negative Absatzsituation im Laufe des Sommers umkehrt. Sie hält eine Dividende von 6 Prozent nicht für ausgeschlossen.

AACHENER UND MÜNCHENER / Weiter auf Beteiligungssuche – Neue Investitionen in den USA

In der Gruppe wird die Finanzstruktur verstärkt

HARALD POSNY, Aachen

Die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, Finanzholding der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe, hält weiterhin nach Beteiligungen Ausschau, vorzugsweise nach solchen, die eine nahe Beziehung zum Dienstleistungsbereich Versicherungen haben und die traditionelle Geschäfte in besonderer Weise befruchten können. Für den Vorstandsvorsitzenden Helmut Gies stellt sich angesichts begrenzter gewordener Gewinnerwartungen für Versicherungsanteilseigner verstärkt „die Frage nach einer Veränderung der Mono-Struktur der Gesellschaft".

Sicher wünscht sich die Gesellschaft ein so „glückliches Händchen" wie in den beendeten bzw. neu gestarteten US-Engagements. Die nicht ganz vier Jahre dauernde, dann wegen des enormen Kapitalbedarfs der rasch wachsenden US-Lebensversicherung First Colony Life beendete Beteiligung machte aus 45,5 Mill. DM einschließlich der noch in diesem Jahr verbuchten Dollar-Kursgewinne einen a. o. Ertrag von 166 Mill. DM.

Etwa drei Viertel dieses Verkaufserlöses bleiben wegen der Holding-Verflechtungen in der AM-Gruppe, kommen mittelbar auch den Aktionären der AM Beteiligungs-AG zugute, wenn auch zeitlich versetzt. Gies kündigte jedoch für 1983 eine Ausschüttung von 10 (9) DM je 50-DM-Aktie an. Für 1982 freilich profitieren nach den Aachener Rück-Aktionären erst einmal die Anteilseigner (24,6 Prozent Streubesitz) der AM Versicherungs-AG mit 6 (5) DM je 50-DM-Aktie zuzüglich eines Bonus von 1 DM, das sind einschließlich Steuergutschrift 10,94 DM. Das Ergebnis der Aktie stieg hier auf 11,89 (9,52) DM.

Der Verkaufserlös aus der US-Beteiligung hat wesentlich zur Stärkung der AM-Finanzstruktur beigetragen, während ein anderer Teil (44 Mill. Dollar) für eine neuerliche 20,2-Prozent-Beteiligung an einem schnell wachsenden US-Lebensversicherer, der Academy Insurance Group, einem Spezialisten im TV-Direktverkauf, genutzt wurde. In den Rahmen der Diversifikationspläne gehört auch die von einer Schachtel auf eine 59,15-Prozent Mehrheit aufgestockte Beteiligung an der Badenia Bausparkasse.

Nach 37,7 (28) Mill. DM Beteiligungserträgen werden aus dem Jahresüberschuß von 19,1 (15,8) Mill. DM 8,4 (5,6) Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Der Konzerngewinn hat sich 1982 nach Rücklagendotierung (30,1 nach 13,7 Mill. DM) auf 37,2 (31,9) Mill. DM gesteigert.

Bei der AM Versicherungs-AG, dem Kompositversicherer des mit Prämieneinnahmen von 3,5 Mrd. DM fünftgrößten deutschen Versicherungskonzerns, hat sich das technische Ergebnis drastisch verschlechtert. Dies war zum erheblichen Teil jedoch eine Folge der „verordneten" Erhöhung der Rückstellung für drohende Verluste auf 19,3 (4,7) Mill. DM der Sorgensparten Einbruch/Diebstahl, Hausrat, Wohngebäude und Rückversicherung, doch dank der a. o. Gewinne aus den USA leicht zu verdauen. Die Sanierung der Verlustsparten kam nur langsam voran.

AM-Versicherung	1982	+/-%
Bruttoprämie (Mill. DM)	989	+ 5,9
Nettoprämie[1]	741	+ 7,7
Aufw. f. Vers.-Fälle	538	+ 8,3
Ves.-techn. Ergebnis[2]	–36,9	(–16,3)
Kapitalanlagen[3]	975	+ 6,9
Kapitalerträge[4]	79	+ 4,6

in % d. verd. Beiträge	1982	1981	1980
Selbstbeh.-Quote (%)	75,0	73,8	73,3
Schadenquote	73,5	73,5	73,5
Verw.-Kostenquote	27,5	27,8	27,8
Rückstellg.-Quote[5]	118,3	119,6	119,9
Eigenkapitalquote	25,7	26,8	27,8

[1] Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Zuführung von 7,4 (0,3) zur Schwankungsrückstellung; [3] oh. Depotford.; [4] netto; Durchschnittsrendite; 8,2 (8,3) Prozent; [5] vers.-techn.-Rückstellg.

NAMEN

Paul J. Hoenmans, Vizepräsident der Mobil Oil Corporation, wurde zum Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft bestellt. Er ist Nachfolger von **Everett S. Checket**.

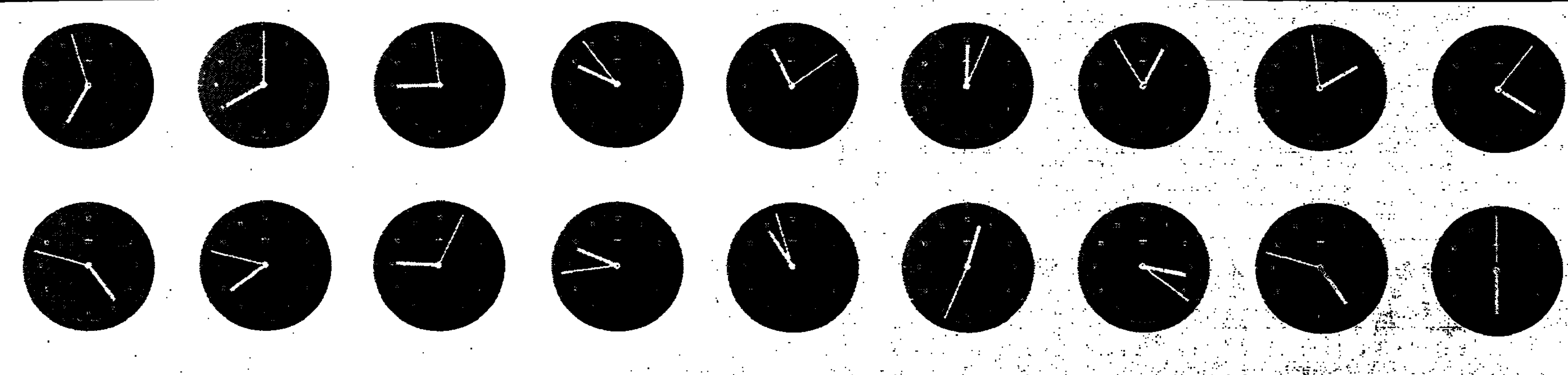
Dr. **Hellmut K. Albrecht** (43), Vorsitzender der Geschäftsführung der Schmalbach-Lubeca GmbH, wurde zum Vorsitzenden des Verbandes Metallverpackung bestellt. Er löst **Waldemar Herrig** ab.

Fritz Michael Klein (39), technischer Direktor der Küppers Kölsch AG, Köln-Bayenthal, ist zum Vorstandsmitglied bestellt worden.

Willem Schutte, Vorstandsmitglied der Deutschen Shell AG für Finanzen und Rechnungswesen, tritt am 30. Juni in den Ruhestand. Nachfolger wird Vorstandsmitglied Dr. **Klaus-Walter Müller**, bislang zuständig für Verkauf und Beschaffung von Mineralöl. Dessen Aufgaben übernimmt ab 1. Juli **Ferdinand Anton Berger** als neu bestelltes Vorstandsmitglied. Dr. **Hans-Carsten Runge**, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und verantwortlich für Exploration, Produktion, Erdgas und Kohle, tritt Ende September in den Ruhestand. Seine Nachfolge übernimmt ebenfalls Klaus-Walter Müller.

Direktor **Rudolf Böhm** wurde für weitere vier Jahre zum Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels e. V., Bonn, gewählt. Vizepräsidenten wurden für den Groß- und Außenhandel Dr. **Karl Wille** und **Kurt A. Becher**, und Vizepräsidenten für den Landhandel wurden **Gunter Nicklaus** und **Franz Schebben**.

Die Geschäftsleitung der Herberts GmbH, Wuppertal, setzt sich künftig zusammen aus Dr. **Franz Josef Rankl** (Vorsitzender), **Dieter Johannsen-Roth** (stellvertretender Vorsitzender) und Dr. **Rolf Engelmann** (Arbeitsdirektor).



KEMPINSKI

Lufthansa weckt Hoffnungen

tb. Berlin

Eine Beteiligung der Lufthansa an der Kempinski AG, Berlin, würde der Vorstand dieser Hotel-Gruppe begrüßen. „Was Besseres kann uns gar nicht passieren", sagte Vorstandsmitglied Karl Th. Walterspiel. Denn ein Einstieg der Lufthansa könne das Kempinski-Geschäft nur beflügeln. Im übrigen sei die Zusammenarbeit mit der Fluglinie sehr gut.

Die Lufthansa ist zu 25 Prozent am Kempinski-Hotel Vier Jahreszeiten in München beteiligt. Seit 1980 besteht zwischen der Hotel-Gruppe und dem Airliner ein weltweiter Verkaufsförderungsvertrag. Die Zahl der von der Lufthansa verkauften Kempinski-Übernachtungen wurde zum Beispiel für das Hotel München mit 8 bis 10 Prozent angegeben. Insgesamt zählte die Gruppe im vergangenen Jahr 396 106 (402 486) Übernachtungen. Rund 80 Prozent des Kempinski-Kapitals von 13,75 Mill. DM liegen bei der Dresdner Bank und der Commerzbank.

Für 1983 äußerte sich Vorstandsmitglied Rolf Rödig recht zuversichtlich. Die Auslastung der Hotels in Berlin, Hamburg, München und Frankfurt liegt bis Ende Mai über dem Jahresdurchschnitt von 1982.

Der Gesamtumsatz einschließlich der im Management geführten Betriebe hat sich 1982 gegenüber dem Vorjahr mit 149 (148) Mill. DM – ohne Mehrwertsteuer – kaum verändert. Es wird ein Bilanzgewinn von wieder 0,97 Mill. DM ausgewiesen, aus dem der Hauptversammlung am 8. Juli in Berlin wieder 3,50 DM Dividende je 50-DM-Aktie vorgeschlagen werden. Investiert wurden 2,5 Mill. DM, denen 3,9 Mill. DM Abschreibungen gegenüberstanden.

DEUTSCHE CONTI

Beim Neugeschäft zurückhaltend

D. SCHMIDT, Hannover

Die Deutsche Continental Rückversicherungs-AG, Hannover, Nachfolgegesellschaft der Magdeburger Rückversicherungs-AG, geht davon aus, die Folgewirkungen des Mitte 1981 erfolgten Besitzwechsels mit dem Jahresabschluß 1982/83 (30. 6.) zu bereinigen. Die Basis dafür soll durch eine Kapitalerhöhung von derzeit knapp 6,2 Mill. DM auf 10 Mill. DM geschaffen werden, die einer außerordentlichen Hauptversammlung am 30. Juni vorgeschlagen wird.

Die neuen Aktien sollen im Verhältnis 3:2 zum Ausgabepreis von 125 DM je 50-DM-Aktie angeboten werden und vom 1. Juli 1983 an gewinnberechtigt sein. Der Großaktionär, die Continental Corp., New York, verzichtet dabei auf Bezugsrechte für Aktien im Nennwert von knapp 0,47 Mill. DM.

Nach Angaben des Vorstands sind die Garantiemittel erheblich geschrumpft, weil an den früheren Großaktionär im Rahmen der Ausgliederung Liquidität abgegeben werden mußte (insgesamt rund 30 Mill. DM). Vor allem deshalb werde die Zufuhr neuen Kapitals erforderlich. Hinzu komme die erwartete Geschäftsausweitung.

Die endgültigen Zahlen für 1982/83 liegen zwar noch nicht vor. Die anhaltend ungünstige Situation im Rückversicherungsgeschäft werde jedoch erneut zu einem technischen Verlust führen, obwohl beim Abschluß vor Neugeschäften Zurückhaltung geübt wurde. Vorstandsmitglied Klaus Meidorn rechnet bei den Beitragseinnahmen mit einem Minus von gut 2 Prozent auf 165 Mill. DM. Das versicherungstechnische Defizit (i. V. 11,9 Mill. DM) dürfte durch die Erträge aus dem allgemeinen Geschäft kompensiert werden.

ALLIANZ VERSICHERUNG / Neues Engagement in Großbritannien?

Schadenentwicklung weiter günstig

D. SEITZ/fu, München/London

Obwohl das Jahr 1982 angesichts der weltweit ausgeprägten Wirtschaftsrezession für die Versicherungsbranche nicht gerade berauschend war, kann die Allianz Versicherungs-AG, München, ihr bisher bestes Jahresergebnis präsentieren. Zwar hat auch das international zur Spitzengruppe der Assekuranz zählende Unternehmen die konjunkturellen Schwierigkeiten, wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang Schieren vor der Presse mitteilte, in einer Verringerung des Beitragszuwachses von 11,3 auf 7,4 Prozent zu spüren bekommen. Doch ein günstigerer Schadenverlauf und ein deutlich besseres allgemeines Geschäft machten dies mehr als wett.

Nicht ohne Stolz verwies Schieren darauf, daß mit 325,4 Mill. DM (plus 39 Prozent) im allgemeinen Geschäft der bisher höchste Betrag erzielt werden konnte. Die auf fast 10 Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen trugen dazu bei wesentlich geringerem Abschreibungsbedarf mit einer Ertragssteigerung von 63,8 auf 731,2 Mill. DM bei. Hinzu kam, daß erstmals der seit Jahren beobachtete Trend zu ungünstigeren versicherungstechnischen Ergebnissen unterbrochen wurde, was sich in einem Anstieg des Überschusses von 70,4 auf 120,3 Mill. DM dokumentiert. Der überwiegende Teil davon stammt aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft in den Zweigen Haftpflicht-, Unfall- und Krankenversicherung. Verluste ergaben sich dagegen in der Einbruch-Diebstahl- und Hausratsversicherung.

Diese Entwicklung brachte ein Gesamtergebnis vor Steuern von 445,7 (304,4) Mill. DM und einen Jahresüberschuß von 204,9 (150,2) Mill. DM. Nach Zuführung von 101,8 (66,8) Mill. DM in die offenen Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 103,0 (83,4) Mill. DM. Der Hauptversammlung am 13. Juli wird vorgeschlagen, daraus nochmals 13,5 Mill. DM den Rücklagen zuzuweisen und eine Dividende von unverändert 10 DM je 50-DM-Aktien auszuschütten. Das Ergebnis je Aktie wurde mit 28,15 (20,40) DM angegeben.

Weltweit konnte die Allianz 1982 ihre Beitragseinnahmen auf 13,9 (12,9) Mrd. DM steigern, davon über 2 Mrd. DM im Auslandsgeschäft. Während die Lebensversicherung noch eine Zuwachsrate von 8,0 (8,8) Prozent auf 4,8 Mrd. DM verzeichnete, fielen die Beitragseinnahmen der im Konzernabschluß zusammengefaßten Sachgruppe mit einem Plus von 5,8 (8,4) Prozent auf 7,9 Mrd. DM doch deutlich zurück. Dies beruht vor allem auf der Entwicklung in der Kfz-Sparte, die nur auf ein Umsatzplus von 1,7 Prozent kam, mit 42,7 (44,1) Prozent aber immer noch den größten Anteil der Beiträge stellt.

Gerade der Kfz-Versicherung war es aber auch zu verdanken, daß das versicherungstechnische Geschäft durch einen merklich geringeren Anstieg der Schadenentwicklung positiv beeinflußt wurde. Insgesamt stieg die Zahl der gemeldeten Schäden gegenüber dem Vorjahr nur um 1,6 (3,0) Prozent auf 2,9 Millionen.

Für 1983 erwartet Schieren, wieder einen „befriedigenden" Abschluß vorlegen zu können. Wenn auch eine Aussage derzeit zum versicherungstechnischen Ergebnis noch nicht möglich sei, lasse das allgemeine Geschäft schon heute ein befriedigendes bis gutes Ergebnis erwarten. Allerdings müsse man sich weiter auf niedrigere Wachstumsraten in der Sachgruppe einstellen. In den ersten vier Monaten sei man mit plus 6 Prozent deutlich unter dem Vorjahresniveau (9 Prozent) geblieben. Die Schadenentwicklung zeige dabei aber eine anhaltend günstige Tendenz.

*

Zu in London bekannt gewordenen Gerüchten heißt es bei der Allianz auf Anfrage, man habe sich zwar informiert, aber Kaufabsichten bestünden in England nicht. Die Gerüchte besagen, daß die Allianz die britische Versicherungsfirma Cornhill Insurance von der Mutterfirma Thomas Tilling erwerben will. Thomas Tilling wehrt sich zur Zeit gegen einen Übernahmeversuch des großen britischen Mischkonzerns BTR. Die Allianz weist auch die Gerüchte zurück, daß das Unternehmen seinen vor zwei Jahren erworbenen Anteil von 28,1 Prozent am britischen Versicherungsunternehmen Eagle Star wieder abgeben will.

Allianz Vers.	1982	+/-%
Bruttoprämie (Mill. DM)	6870	+ 5,8
Nettoprämie[1]	4761	+ 6,3
Aufw. f. Vers.-Fälle	3016	+ 2,8
Vers.-techn. Ergebnis[2]	120,3	+ 70,9
Kapitalanlagen[3]	9849	+ 9,5
Kapitalerträge[4]	490	+ 9,5

in % d. verd. Beiträge	1982	1981	1980
Selbstbeh.-Quote (%)	69,3	69,0	69,2
Schadenquote	63,9	66,4	65,8
Verw.-Kostenquote	24,9	24,7	24,4
Rückstellg.-Quote[5]	205,9	200,8	197,1
Eigenkapitalquote	39,6	39,5	41,2

[1] Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Zuführung (Entnahme) von 9,1 (14,3) zur (aus) Schwankungsrückstellung; [3] oh. Depotford.; [4] netto; Durchschnittsrendite: 7,1 (6,9) Prozent; [5] vers.-techn.-Rückstellg.

PFAFF / Neugründung in den USA

Noch achtbar geschlagen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Höhe seiner Aufwendungen für Forschung und Entwicklung mag der Vorstand der G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern, aus Wettbewerbsgründen nicht nennen. Die Jahr für Jahr aus der Ideenküche der Pfaff kommenden Neuheiten zur „Optimierung des kompletten Fertigungsablaufs in der nähfadenverarbeitenden Industrie" lassen jedoch auf ein beträchtliches, sorgfältig gepflegtes Innovationspotential bei dem traditionsreichen Nähmaschinen-Hersteller schließen.

Damit hat sich Pfaff auch in dem schwierigen Jahr 1982 „achtbar geschlagen", wie es Vorstandsmitglied Ernst Wagner kennzeichnet. Im Umsatz hat sich das in einer vierprozentigen Steigerung auf 763 Mill. DM (Konzern) niedergeschlagen. Davon wurden 502 Mill. DM (plus 8 Prozent) im Ausland erzielt.

Das Industriemaschinengeschäft lief dabei mit einem Plus von 5 Prozent auf 490 (467) Mill. DM besser als das Geschäft mit den Haushaltsnähmaschinen. Zwar spürte auch Pfaff im Inland den weiteren Nachfragerückgang der notleidenden Abnehmerindustrien (Schuhe und Bekleidung), aber im europäischen Ausland zogen die Verkäufe deutlich an, ebenso in einigen lateinamerikanischen Ländern (Anteil am Umsatz 20 Prozent). Allerdings wirkten sich Import- und Devisenrestriktionen in Argentinien und Mexiko negativ aus, was den Vorstand zu „Risikovorsorge" in ungenannter Höhe bewegte.

Im südostasiatischen Raum konzentriert sich Pfaff wegen der „Standortvorteile der Anbieter aus Fernost" auf Spitzentechnologie. Der scharfe Wettbewerb im dortigen Raum verhindert aber nicht die ersprießliche Zusammenarbeit mit den Japanern auf Drittmärkten: An der Neugründung Pfaff Pegasus of USA ist die japanische Pegasus, Osaka, mit 20 Prozent beteiligt (weitere 29 Prozent halten die amerikanischen Partner, bei Pfaff liegen 51 Prozent). Pegasus-Maschinen vertreibt Pfaff unter der Marke „Mauser Spezial" auch auf anderen Märkten.

Im Haushaltsnähmaschinenbereich (Umsatz weltweit 273 (269) Mill. DM) blieb Pfaff bei schrumpfendem deutschem Markt (Schätzung rund 420 000 verkaufte Maschinen) bei einem Marktanteil von etwa 30 Prozent gut im Rennen; das Auslandsgeschäft wird mit „zufriedenstellend" gekennzeichnet.

Investiert wurden im vergangenen Jahr mit Schwerpunkt Rationalisierung 30,8 Mill. DM bei 26,8 Mill. DM Abschreibungen. Weltweit arbeiteten am Jahresende 9490 (9495) Beschäftigte bei Pfaff, davon 7540 (7776) im Inland. Die „Generalreinigung" bei der J. Sandt AG, Pirmasens, kostete rund 4 Mill. DM, in diesem Jahr will man dort „nahe an einen Ergebnisausgleich" kommen.

Die Erfolgsrechnung der AG schließt mit 6,79 (5,3) Mill. DM Jahresüberschuß, aus dem nach Einstellung von 2,5 (1,0) Mill. DM in die offenen Rücklagen wieder 5 DM Dividende auf 43 Mill. DM Grundkapital gezahlt werden sollen. Der Hauptversammlung am 6. Juli wird darüber hinaus die Schaffung von 10 Mill. DM genehmigtem Kapital vorgeschlagen.

Die aktuelle Entwicklung (Umsatz in den ersten vier Monaten plus 9 Prozent auf 250 Mill. DM) stimmt den Vorstand für das Gesamtjahr „vorsichtig optimistisch". Bisher ist freilich in Teilbereichen noch Kurzarbeit erforderlich.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian [illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.



Wenige Sonderbewegungen nach oben

Die deutschen Aktienmärkte verloren noch mehr an Schwung

DW. – Die Anleger verhielten sich an der Mittwochbörse noch stärker selektiv als an den Vortagen. Aber die auf ausgewählten Käufen beruhenden Kurssteigerungen wurden noch spärlicher. Im Grunde entwickelten sich die Notierungen seitwärts, wie es in der Börsensprache heißt. Das bedeutet, daß es keine eindeutige Tendenz gab, sondern überwiegend kleinere Abweichungen nach oben und unten. Die abwartende Haltung der Anleger ist also nur etwas stärker ausgeprägt gewesen als an den vorangegangenen Tagen.

Die Commerzbank-Aktie, die am Dienstag noch Zugpferd für die gesamte Aktientendenz war, notierte am Mittwoch 1,50 DM niedriger mit 179 DM und hat damit den Ansatz, die Dresdner Bank-Aktie zu überholen (180 DM), erst einmal eingestellt. Ausländer kauften offensichtlich wieder Siemens, die vorübergehend bis auf 336,50 DM (plus 0,50 DM) stiegen und dann auf 334,50 DM abbröckelten.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 3 DM auf 150 DM und Leffers um 4 DM auf 340 DM. Rheinwestkalk stockten um 7 DM auf 158 DM auf und Schubsa um 3 DM auf 82 DM. Verseidag schlossen mit 70 DM (plus 3 DM). Nachgeben mußten Bilfinger um 5 DM auf 245 DM und Kochs Adler um 3 DM auf 289 DM. Stahlwerke Bochum verminderten um 5 DM und Stinnes um 10 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Köln. Rück um 10 DM auf 610 DM und Colonia gaben um 7 DM auf 238 DM nach.

Frankfurt: Die Standardwerte schlossen entweder knapp behauptet oder bis zu 2 DM niedriger. Von Nebenwerten blieben Verseidag bei Doppelplus 75 DM plus 9,20 DM, Deutsche Steinzeug 215 DM plus 15 DM, Krupp Vorzüge 87 DM plus 9 DM, Kupferberg 635 DM plus 20 DM, Binding 258 DM plus 7 DM, Rütgers 380 DM minus 10 DM.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM auf 112 DM, NWK Vorzüge um 0,50 DM auf 159 DM nach. Phoenix Gummi gingen um 1,50 DM niedriger auf 119 DM und Conti Gummi um 1 DM auf 91 DM zurück. Für Triton wurden 140,50 DM (minus 4,50 DM) bezahlt. Nordd. Steingut gingen zu 84 DM (minus 1 DM) aus dem Markt. Von den Regionalbanken gelangte die Hypothekenbank Hamburg zu 455 DM (plus 5 DM) zur Notiz.

München: Audi NSU verminderten um 8 DM auf 230 DM und Flachglas um 2,50 DM auf 297 DM. Gehe AG gaben um 6 DM auf 206 DM nach und Leonische Draht um 3 DM auf 324 DM. NAK Stoffe stockten um 3 DM auf 70 DM und Zahnräder Renk um 10 DM auf 310 DM auf.

Berlin: Dub-Schultheiss wurden um 6 DM heraufgesetzt. Herlitz Stämme und Orenstein lagen um je 2 DM, Berliner Kindl um 1,80 DM, Bekula und Berthold um je 1 DM freundlicher. Herlitz Vorzüge büßten 4,50 DM ein. Im geregelten Freiverkehr zogen Bergmann um 9 DM an.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate · Ungeregelt. Freiverkehr · Freiverkehr · Unnotierte Werte · Auslandszertifikate (DM) · Fremde Währungen · Junge Aktien

DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · London · Amsterdam · Mailand · Wien · Tokio · Zürich · Kopenhagen · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 8. 6.: 447 Optionen, 24 550 (29 550) Aktien, davon 125 Verkaufsoptionen = 7750 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-75/6,40, 1-75/7,50, 1-80/6, 1-90/3,80, Siemens 10-318,05/25,80, 10-320/24, 10-330/15, 10-360/5, 1-320/33, 1-328,05/27,90, 1-330/25,20, VEBA 10-160/8,20, 1-190/1,50, BASF 1-150/7,40, Bayer 10-140/4, 1-140/8, Hoechst 10-150/4, BMW 10-340/12, 10-350/6, VW 7-170/10, 10-160/20, 10-180/7, 1-160/32, 1-170/22, 1-180/15, 1-190/9, Conti 7-90/4, 1-100/5,45, Commerzbank 7-180/4 und 3,95, 7-190/2,50, 10-170/16, 10-180/9,50, 10-190/5,10, 1-190/10, 1-200/5, 1-210/4, Deutsche Bank 10-330/11, 10-340/6,50, 1-330/15,60, Dresdner Bank 10-190/8,40, Hoesch 7-50/4,50, 7-55/3, 7-60/1,10, 10-50/8, 10-50/6, 10-60/4, 1-55/9, 1-60/5, 1-65/3,85, Mannesmann 7-160/2, 10-170/6, 10-150/9,85, 1-150/18, 1-160/9,40, Preussag 1-270/5,50, Thyssen 10-80/8,70, 10-85/4,50, 1-85/6,90, 1-90/5,40, Bewag 1-100/10,20, 1-110/6,40, Daimler 1-590/3,50, Deutsche Babcock 10-160/9,40, Degussa 1-320/29, Kali + Salz 1-170/28, Kloeckner 7-45/2, 1-40/7,50, 1-45/4, 1-50/2,85, Metallgesellschaft 1-240/15, Schering 10-360/8, 1-340/45, VEW 7-130/5, Chrysler 7-65/6, 1-70/11, IBM 1-290/30, Xerox 1-120/13,40, Philips 10-40/4,60, 1-40/6, 1-45/3, Royal Dutch 10-110/5, 1-100/14,40, 1-110/9, Elf Aquitaine 10-60/3, Norsk Hydro 10-140/10, 1-140/14,40. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-65/1,10, 10-70/5,40, 1-60/1,90, 1-65/3,90, 1-75/10,50, Siemens 7-330/6,10, 10-310/3, 10-320/6, 10-330/8 und 7,50, 10-340/12, Veba 10-170/14,80, Hoechst 7-140/2,40, 1-140/6, BMW 10-340/24,20, VW 10-170/5, 1-160/5,50, 1-170/7,90, Conti 7-90/2,50, Lufthansa 1-120/11,10, Lufthansa Vorzüge 1-120/11, Commerzbank 10-170/5, 1-170/6,90, Deutsche Bank 7-330/15, Dresdner Bank 7-180/5, Hoesch 7-55/2,90, Mannesmann 10-150/7, Preussag 1-280/13,40, Thyssen 1-80/4, BHF-Bank 7-290/11,40, BBC 7-190/4,40, 10-190/5, 10-200/11, 1-200/14,60, Daimler 7-530/10, 7-540/12, Deutsche Babcock 7-160/5, Deutsche Babcock Vorzüge 7-160/9,80, Kali + Salz 1-190/15,95, Kaufhof 7-260/22, Chrysler 7-70/3, 10-60/3,40, Philips 10-40/2, 10-45/7, 1-40/3, Unilever 1-180/15,40.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	5¼–5⅜	4⅞–5¼
3 Monate	9¾–10⅛	5½–5⅝	4⅞–5¼
6 Monate	10 –10⅛	5½–5⅞	5 –5¼
12 Monate	10¼–10½	6⅛–6¼	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1290,00	1570,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1060,00	1256,70
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,60
1 £ Sovereign alt	238,00	291,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	236,00	289,28
20 belgische Franken	179,00	236,17
10 Rubel Tscherwonez	250,00	310,75
2 südafrikanische Rand	234,00	287,02
Krüger Rand, neu	1047,00	1228,31
Maple Leaf	1046,00	1227,18
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	246,00	311,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	210,00	265,55
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	989,00	1162,77
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	242,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	132,21
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	449,00	546,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	142,38

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte vom 8. 6. 1983

Am New Yorker Markt wurde der Dollar noch deutlich unter 2,57 gehandelt, machte aber zu Beginn des Handels im Fernen Osten einen weiteren Sprung und wurde bis 2,5780 am Morgen gehandelt. Die Dollar-Zinssätze lagen erneut höher, 6 Monate wurden z. B. mit 10⅛ Prozent gehandelt. Die seit Tagen erwarteten Liquiditätsanreicherungen der FED sind seit dem 1. 6. ausgeblieben und verstärkten die Zinsängste. Die Bundesbank gab zur amtlichen Notiz heute einen Betrag von 45,15 Mio Dollar ab. Der Dollar schloß bei 2,5730. Die anderen amtlich notierten Währungen verzeichneten fast alle Pluskorrekturen, wobei das Englische Pfund mit einem Anstieg um 6,7 Promille auf 4,052 den größten Gewinn verbuchte. US-Dollar in: Amsterdam 2,8880; Brüssel 51,4450; Paris 7,7425; Mailand 1525,20; Wien 18,1290; Zürich 2,1338; Pfund/Dollar 1,5744.

Ostmarktkurs am 8. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,00; Verkauf 24,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Erneut höher notierten am 8. Juni die Dollar-Abschläge, da die Dollar-Zinssätze nochmals etwas höher quotiert wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,02/0,92	2,93/2,83	5,62/5,42
Pfund/Dollar	0,02/0,02	pari/0,05	0,12/0,17
Pfund/DM	2,30/0,90	5,20/3,80	9,20/7,80
FF/DM	29/13	84/68	183/167

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 6.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,60–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 8. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,00 (5,61)–7,50 (6,04)–8,00 (6,38)–9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,00 (5,66)–7,50 (6,12)–8,00 (6,49)–9,00 (6,90)–9,00 (7,20). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,72. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 99,00, Rendite 7,75.

Bundesanleihen

		8. 6.	7. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bund 75 II	7/83	100,15G	100,15G
5½ dgl. 78 I	1/84	99,7	99,7
6 dgl. 84 I	1/84	100	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,7	100,7
7 dgl. 77	3/84	100,2	100,25G
7½ dgl. 76 II	4/84	100,65G	100,75
5 dgl. 78	5/84	98,05	98,05
8 dgl. 76 III	9/84	99,25	99,35
8¼ dgl. 78	9/84	101,9	101,9
6 dgl. 78 IV	12/84	99	99
6¾ dgl. 79	1/85	99,3	99,3
8½ dgl. 73 I	3/85	102,3	102,3
7 dgl. 79	4/85	99,8	99,7
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,3	100,3
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,3	101,3
5½ dgl. 78 II	3/86	95,7	95,6
5¾ dgl. 78	5/86	95,5	95,5
7¼ dgl. 78 I	12/86	98,5	98,7bG
6½ dgl. 78	1/87	96,1	96,3
7½ dgl. 76 II	1/87	98,1G	98,1
6¾ dgl. 77	4/87	96,75G	96,75
6½ dgl. 77	7/87	95,95	95,95
6 dgl. 77	10/87	93,9	93,95
6 dgl. 78 I	1/88	93,9	93,95
6½ dgl. 78 I	9/88	93,4	95,3
6¾ dgl. 78 II	12/88	95,3	95,05
6¾ dgl. 79	1/89	96,1	96,7
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,55	98,55
10 dgl. 81	4/89	107,65	108
7½ dgl. 79 I	6/89	97,35	97,35
8 dgl. 79 I	7/89	99,4	99,4
8 dgl. 79 II	8/89	99,25	99,25
7½ dgl. 79 II	8/89	96,75	96,9
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,85	97,85
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,7	98bG
10 dgl. 80	4/90	109,1	109,1
5½ dgl. 78	5/90	92,6	92,6
8¾ dgl. 80 I	7/90	100,2G	100,2
8¾ dgl. 80 II	11/90	100,2G	100,2
7¾ dgl. 82	11/90	97	97
9 dgl. 81	2/91	104,25	104,25
10½ dgl. 81	7/91	110,9	111,2
10¾ dgl. 81	9/91	114,3	114,3
10 dgl. 81 II	12/91	109,5	110
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,25	108,25bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,35	108,6
6 dgl. 78 II	3/93	92,25	92,25
9,5 dgl. 82	4/92	107,35G	107,35
9 dgl. 82	5/92	104,4	104,45G
8½ dgl. 82	6/92	101,55	101,7
9 dgl. 82	8/92	104,4	104,65bG
8¾ dgl. 82	9/92	102,65	102,9bG
7¾ dgl. 82	12/92	96,8	97
7½ dgl. 83	1/93	95,25	95,35
7½ dgl. 83 II	3/93	95,8	95,8
7½ dgl. 83 III	5/93	97	97
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,2	101,3
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,5G	101,5
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,9G	101,9
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	103	103
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,4	102,4
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	102,1	102,1
8 dgl. 80 S.7	6/85	103G	103G
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,55	100,5
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	102,1	102,1
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103	103G
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,95	102,95
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,8	104,8
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,05	105,05
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,2	104,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,45	105,45
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107	107
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,45	108,45
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,5	107,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,95	105,95G
9¾ dgl. 81 S.20	11/86	104,75G	104,75G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,9	106,9
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,1G	106,1G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,85	104,85
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,2	105,2
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,35	104,35
9¾ dgl. 82 S.26	4/87	103,8	103,8
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,05	103,1
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,5	101,55
9¾ dgl. 82 S.29	7/87	104,55	104,55
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,85	103,05
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102	102,2
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,4	100,5
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,85	99,8
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,85	98,95
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,9	98,05
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	96,85	96,95
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,1	95,15
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,95	95,95
7½ dgl. 83 S.39	6/88	96,75	–

Bundesbahn

		8. 6.	7. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,6	101,7
7½ dgl. 72	2/84	100,5	100,55
8 dgl. 72	9/84	101,65	101,7
8¼ dgl. 76	9/84	101,9	101,95
6 dgl. 78 III	11/84	99	99
6½ dgl. 79	2/85	98,96	98,9
8½ dgl. 73	2/85	101,95	101,95
7 dgl. 77	2/87	97,1G	97,1

		8. 6.	7. 6.
F 6 dgl. 77	9/87	94,25G	94,25
6 dgl. 78 II	7/88	92,9	93,05
6¾ dgl. 77	5/88	94,25G	94,25
8 dgl. 79 I	7/89	99,75	100
6 dgl. 78 I	2/90	91,35	91,35
8 dgl. 80 II	7/90	99,15	99,4
9 dgl. 81	3/91	104,5G	104,6
10½ dgl. 81	9/91	113,2	112,2G
10¼ dgl. 81	11/1	111,9	112,2G
9 dgl. 80 I	2/92	99,2	99,4
10 dgl. 82	2/92	110,85	111,15
9½ dgl. 82	7/92	108,2G	108,2
8 dgl. 82	11/92	98,9	98,9
7¾ dgl. 83	1/93	97,95	98,35

Bundespost

		8. 6.	7. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,1G
6 dgl. 63 II	7/83	100G	100G
8 dgl. 72 II	12/83	101,15	101,15
6½ dgl. 68	6/88	98,5	98,5
8 dgl. 72 I	9/87	101,6	101,6
10 dgl. 81	3/89	108,95	108,95
10½ dgl. 81	6/89	109,35G	109,35
8 dgl. 80	3/90	99,45	99,45bG
7¾ dgl. 80	9/90	97,9	97,9
8¾ dgl. 80	12/90	103,2	103,2
10½ dgl. 81	10/81	112,5	112,6
9¾ dgl. 82	2/92	108,7	108,95
8¾ dgl. 82	6/92	102,85	103,15
8½ dgl. 82	10/92	101,35	101,6
7¾ dgl. 83	2/93	98,4	98,4

Länder – Städte

		8. 6.	7. 6.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100,5	100,5G
6½ dgl. 78	86	96,25	96,25
8¾ dgl. 82	92	100G	100
M 7 Bayern 66	86	100,25G	100,25G
6½ dgl. 67	87	100	100G
6 dgl. 68	85	98,25G	98,25
7 dgl. 72	84	100,2G	100,2G
7½ dgl. 76	84	100,6	100,6
6 dgl. 78	88	92,5	91,5
8¾ dgl. 80	90	102,75G	103G
8¾ dgl. 82	90	102,35G	102,3G
7½ dgl. 83	93	96,25G	96,25G
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5G
8 dgl. 72	85	101,5G	101,5
7½ dgl. 76	84	100,75G	100,75
7 dgl. 77	85	99,8G	99,8G
6½ dgl. 78	88	97,15	97,25G
8¾ dgl. 80	88	104,85	105G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 72	87	101G	101
7½ dgl. 83	93	95,75G	95,75G
H 8½ Hamburg 70	85	101,9	101,8
6¾ dgl. 77	92	94,3	94,2G
8 dgl. 80	92	98G	98,7
9¾ dgl. 82	92	107,75G	107,5
7½ dgl. 83	92	95,5G	95,5
F 8 Hessen 71	86	100,5	100,75
6¾ dgl. 78	88	93,25	92,75
Hn6 Nieders. 69	84	99,6G	99,6G
8½ dgl. 70	85	–Zhg.	101,8G
7½ dgl. 72	87	99,3G	99,3G
8 dgl. 72	87	–Zhg.	99,5
7½ dgl. 79	87	97,85	98G
7¾ dgl. 82	92	96G	96
D 7½ NRW 71	83	100,2bG	100,35
8 dgl. 75	83	100bG	100,05bG
7½ dgl. 83	93	94,5	94,5
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,2G	99,2
8 dgl. 71	86	100	100
F 8½ Saar 70	85	101,25G	101,25
7 dgl. 72	87	97,9	97,9G
6 dgl. 78	88	91,75	92
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,7G	99,7G
7¼ dgl. 72	87	99,25G	99,25
8½ dgl. 73	85	102	102
D 7 Essen 72	85	100,2bG	100,2bG
M 6 München 64	84	99,5G	99,5G
S 6 Stuttgart 63	83	100G	100G
7½ dgl. 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100	100

Bankschuldverschreib.

	8. 6.	7. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	99	99
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	92G
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	109G	109
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 156	100,75T	100,75T
9 dgl. KS 169	104,2G	104,2G

Rentenpapiere uneinheitlich

„Die Kurse tanzten nur einen Tag", meinte ein Börsianer am Mittwoch mit Blick auf die Entwicklung der festverzinslichen Werte. Der Schwung war aus dem Geschäft heraus. Öffentliche Anleihen zeigten bei wenig Unternehmungslust der Anleger kleinere Abweichungen, bis um 0,5 Prozentpunkte nach unten und bis um ⅛ Punkt nach oben. DM-Auslandsanleihen lagen mit Abschwächungen bis um ¼ Prozentpunkt etwas leichter. Pfandbriefe bröckelten bei nur geringer Kaufneigung ebenfalls eher ab.

	8. 6.	7. 6.
M 5½ Bayer.Hdbk. Pf 14	99,5G	99,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,5G	93G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93G
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	94,75bG	94,75bG
7½ dgl. KS 27	100,9G	100,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	84G	84G
6 dgl. KS 1	98,25G	98,25G
M 6 Ldn. Anfb. IS 15	94,75G	94,75G
6 dgl. IS 16	93,25G	93,25G
8 dgl. IS 17	92,5G	92,5G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8¾ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkzz. Pf 103	99G	99G
9¾ dgl. Pf 105	103G	103G
10 dgl. KS 307	103,25G	103,25G
9½ dgl. IS 725	103G	103G
M 5 Bayer. Verbk. Pf.11	115G	115G
5½ dgl. Pf 28	77bG	79bG
6 dgl. Pf 4	89G	89bG
6½ dgl. Pf 3	89G	89G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	–	
7 dgl. Pf 31	99,75G	99G
6 dgl. Pf 34	96bG	95,5G
6½ dgl. Pf 37	98,5G	98,5G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn5 Br/Hann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	84G	84G
7½ dgl. Pf 87	99,25G	99,25G
8 dgl. KS 29	77G	77G
7 dgl. KS 30	96,75G	96,75G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	116G	116G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5G
6 dgl. Pf 109	82G	82G
6½ dgl. Pf 123	89G	89G
6½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	93G	93G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 113	100G	100G
8 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 215	103G	103G
8¾ dgl. KO 218	103,5G	103,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	76G	76G
6 dgl. Pf 84	100,1G	100,1G
9 dgl. KS 139	102,9G	102,9G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,5G	100,5G
8 dgl. Pf 239	102,4G	102,4G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,5G	108,5G
7 dgl. KS 35	97,8G	97,8G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90,5G	90,5G
8 dgl. IS 71	99,25G	99,25
6¼ dgl. IS 73	95,3G	95,3
6¾ dgl. IS 80	100	99,75
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1
7½ dgl. KO 105	94,9G	94,9G
9 dgl. KO 129	102,8G	102,8G
10 dgl. KO 125	102,75G	102,75G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 48	81G	81G
6 dgl. Pf 91	82,6G	82,6G
7 dgl. KS 101	99,5G	99,5G
10 dgl. KS 134	104,45G	104,45G
8¾ dgl. KS 140	102,55G	102,55G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70	70
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	81G	81G
6¾ dgl. KS 258	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73G	73G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brl. 482	103G	103G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	100bG	100G
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
6½ dgl. Pf 60	93,5G	93,5G
6¾ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
6¾ dgl. Pf 76	94,4G	94,4G

	8. 6.	7. 6.
Br 6½ dgl. Pf 77	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 42	91,75G	91,75G
8½ dgl. Pf 47	99,55G	99,55G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	101,75G	101,75G
5½ dgl. Pf 63	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 79	79,5	78G
6 dgl. Pf 130	90G	90G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	89,25G	89,25G
6 dgl. 47	79G	79G
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	100,2G	100,2G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	91,55G	91,05G
8 dgl. Pf 73	99,25	99G
4 dgl. KO 5	97G	97G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 46	79,75G	79
6½ dgl. Pf 60	88,75G	87,75G
8 dgl. Pf. 248	100,6G	100,65
9 dgl. KO 125	100,9G	100,7G
8 dgl. KO 175	100GG	99,7G
9 dgl. KO 259	100G	101,5G
9¼ dgl. KO 262	101,75G	103,3G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112G	112G
5 dgl. Pf 12	68,5G	70G
7 dgl. Pf 25	91,75G	91,75G
10 dgl. Pf 40	102,75G	102,75G
6 dgl. KO 30	99,25G	99,25G
9¾ dgl. K 84	102,75G	103,75
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 12	90,6G	90,5G
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	101G	101G
7½ dgl. KO 80	101G	101G
8¾ dgl. KO 81	98G	98G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8¼ dgl. KS 8	100G	100G
H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89	84,5G	84,5G
7 dgl. Pf 97	88,75G	88,75G
10 dgl. Pf 32	102G	102G
10 dgl. Pf 33	103,75G	103,75G
8½ dgl. KS 78	96,5G	96,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84,5G	84,5bG
8 dgl. Pf 118	100G	100G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	101G	101G
6½ dgl. Pf 42	86G	86G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	94G	94G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,15G	101,15G
9 dgl. KO 53	102,6G	102,6G
7½ dgl. IS 6	98,7G	98,7G
10 dgl. IS 37	103,8G	103,8G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	82,15G	82,15G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	101G	101G
D 5 RW Bodencr. Pf C	120bG	120bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	91G	91G
6 dgl. Pf 28	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 67	– Zhg	– Zhg
5½ dgl. KO J+E	103,75G	103,75G
9¾ dgl. KO 58	100G	100G
7½ dgl. KO 77	110G	110G
S 5 RhHyp. Manoh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	70G	70G
7 dgl. Pf 125	95G	95G
7 dgl. Pf 128	88G	88G
8 dgl. Pf 177	105G	105G
9 dgl. Pf 167	101,8G	101,8G
6 dgl. KS 77	80G	80G
6¼ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	100,5G	100,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 38	82G	82G
5½ dgl. Pf 43	82,75G	82,75G
6 dgl. Pf 56	77,25G	77,25G
7 dgl. Pf 61	86,5bG	86,5G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	102,4G	102,4G

	8. 6.	7. 6.
H 5 Schiffshyp. Pf 23	87G	87G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 6 Südboden Pf 41	87G	87G
5½ dgl. Pf 57	78G	78G
6½ dgl. Pf 143	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 87	92bG	92bG
7½ dgl. Pf 104	85G	85G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	103,6G	103,6G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 85	77G	77G
7 dgl. Pf 100	98,5G	98,5G
D 8 WestLB Pf 350	102,05G	102,05G
6¾ dgl. Pf 403	97,5G	97,5G
9½ dgl. Pf 1007	107,9G	107,9G
8 dgl. Pf 1015	99,95G	99,95G
7 dgl. KO 558	102bG	102bG
6¼ dgl. KS 420	95,75G	95,75G
9¾ dgl. KO 1301	108,85G	108,85G
8½ dgl. KS 1278	103,2G	103,2G
8 dgl. IS 1512	98,25T	98,25T
8 dgl. IS 1520	99,65G	99,65G
6½ dgl. IS 678	94,6G	94,6G
7½ dgl. IS 1503	101,5G	101,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 16	94,5G	94,5G
6½ dgl. Pf 19	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 20	91G	91G
D 8½ Westf.Hypo. Pf 550	101,3G	101,3G
9 dgl. Pf 584	102,85G	102,85G
9¾ dgl. KS 294	103,8G	103,8G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	98,35G	86,35G
7 dgl. Pf 5	100,15G	100,15G

Sonderinstitute

	8. 6.	7. 6.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 63	88,5G	88,5G
3½ dgl. PF 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	97,5G	97,9G
8 dgl. Pf 105	98G	98G
5½ dgl. RS 45	97,5G	97,5G
6 dgl. RS 73	95G	95G
8 dgl. RS 120	99,5G	99,5G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	93,75G	93,75G
9¾ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	105G	105G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6 IKB Abl. 68	100G	100G
8½ dgl. 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	101,1	101,1G
8 dgl. 70	102	102G
8 dgl. 76	100,75	100,75
7¾ dgl. 79	98,1	98,1
10 Kredit 81	109,5G	109,5
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,8G	100,8
F 6 Lawl.Rentbk. RS 13	100,15G	100,15G
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	95G	95G
6 dgl. RS 16	94,75G	94,75G
6 dgl. RS 18	100G	100G
6 dgl. RS 19	95,5	95,5
6 dgl. RS 20	98G	98G
6 dgl. RS 21	98G	98G
6 dgl. RS 26	98,5	98,5G
8 dgl. RS 29	100G	100G
6½ dgl. RS 60	95,5G	95,5G
7 dgl. 94	94T	94T
7 dgl. 99	99,25G	99,25
8 dgl. 101	98,5	98,25
7½ dgl. 102	96G	96
9½ dgl. 126	104,25G	104,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,7G	100,7G
8 dgl. TS 76	101,9G	101,9G
6½ dgl. TS 77	95,9G	95,9G
5½ dgl. 78	92,2G	92,2
7 dgl. 79	97,6	97,6

Industrieanleihen

	8. 6.	7. 6.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	94	94,25
5 BASF 59	97,5G	97,75T
5 Bayernw. 59	97,75G	97,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,5T	100,75
7¾ Cont. Gum. 71	-Zhg.	99,5
6 Dt. Texaco 64	99,25T	99,25G
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	96,25G	98,25G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	99,8G	99,8G
7¾ dgl. 71	100	100G
4½ Harpen 59	1870T	1850G
6 Hoechst 64	99,7G	99,7
8 Hoesch 64	99T	99G
7½ dgl. 71	99,5T	99,5T
7½ Karstadt 71	99,5	99,5G
7½ Kaufhof 71	99,5G	99,5G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
7½ dgl. 76	98,5	98,5G
8 Klöckner W. 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	98	98,25G
8 dgl. 72	98,8	99,9
6 Krupp 64	99,5G	99,5bG
6 Linde 64	99,5G	99,5G
5 Mannesmann 59	97,5	97,75G
6 Moselkraft 63	99,25G	99,25bG
8 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	98,3G	98,3G
6 dgl. 62	96,75	97
6 ObDon. Krwk. 64	95T	95T
5½ Ost.BayK. 58	99,5G	99,5G
D 6 Rat.Wib. Stk. 68	98,5T	98,5T
F 5½ Rh.Brkw. 58	98,25G	98,25G
6 dgl. 63	95,5bG	95,5T
6 dgl. 65	95,5G	95,5G
5½ RWE 58	98,5G	98,5G
8 dgl. 63	96T	96T
6 dgl. 65	95,5	95,5G
7¾ dgl. 71	100	99,85G
7 dgl. 72	98,5T	98,5T
6 Rh.-M.-Don. 62	95,75	95,75G
6½ dgl. 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100,1G	100,1G
5 STEAG 59	99G	99G
6 Thyssen 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	99,25	99,25
8 dgl. 72	100,5bG	100,5bG
7¼ dgl. 77	98,25G	98,25G
5 Veba 59	98,5T	98,5T
8 VEW 71	100,1	100,1G
6¾ dgl. 77	96,5T	95T
7 VW 72	98T	98G
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	8. 6.	7. 6.
F 4¾ AKZO 69	86G	86bGT
3½ All Nippon 78	91	91,75
3¼ Asahi Opt. 78	110G	110
4¾ Canon Inc. 77	363G	363G
3½ Cas. Comp. 78	238	240T
5 D Bk. Lux. 77	99,7G	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	113,5G	113,5
4¼ Fujitsu Lim. 78	432G	432G
5 dgl. 79	291	291
5¼ Hoogovens 68	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	93G	93G
3¼ Jusco Co. 78	95,8	95,7G
4 Kansai El. 79	100,25G	100,25G
6 Konishiroku Pho. 81	119G	120,5
6¾ dgl. 82	116,5G	117
6 Komatsu 76	150G	151
3½ Konizuan 78	94G	94G
7¼ Kraft Inc. 70	111G	111
3½ Marudai F 78	93,5G	93
6 Michelin Int. 70	94G	91G
5¾ Minolta 77	163G	164G
4 dgl. 79	127G	128G
6¾ Mitsub. Ch. 76	178G	178G
6,75 Mitsub. H 81	123	123G
6 dgl. 81	104,5	104T
6 Nichii Co Ltd 80	114G	114G
7 Nippon Sh. Gl. 82	115G	115G
3¾ Nippon Sh. 78	145	145G
3½ Nissan Mot. 78	93	93
4 Nisshin Steel 78	134G	134G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	223	223
3¾ Omron Tat 79	263G	272G
4¾ Orient Fin 79	240G	230G
3½ Ricoh Comp. 78	151	151T
6¼ Rothm. Int. 72	94G	94
3¾ SanyoElec. 78	104,25G	103,5G
3½ Sanyo Elec. 78	180G	180
3¾ Seiyu Stores 78	95,25G	95,25G
6¾ Sekisui 76	155T	155G
3½ Stanley 78	101	101
6 Taiyo Yuden Co. 82	120	120T
5 Texaco Int. 66	98,6G	95,6
3½ Tok. Elec. 78	363T	363T
4¾ Tok. Sanyo 77	272T	272T
4 Tokyu Land 79	100G	100G
3½ Trio Kenw. 78	100	99,75G
6½ Uny Ltd. 79	124G	123G

Optionsscheine

	8. 6	7. 6
F 11 BASF 82	36,3	38,1
7¼ Bayer Fin 79	35,5	35
10½ Bayer Fin 82	39 2	41
6¾ Ciba-Geigy 75	740	750
3¼ Commerzbk 78	44	45 6
4½ Dr. Bk. Comp. 77	130,8	131
10 Hoechst 75	175,5	179 8
6¾ dgl. 79	39,8	40,7
8 Hoechst 83	50 5	51
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1075	1080
Mitsui 82	305	313
7¾ Siemens 83	136,3	137,5
8½ Wells F 73	285	297

Optionsanleihen

	8. 6	7. 6
F 8¼ BASF 74 m O	138,2	138,5
8¼ BASF 74 oO	102,25	102,8
M 3½ Stumpf 88 mO	142T	142TB
M 3½ Stumpf oO	75G	75G

Währungsanleihen

	8. 6	7. 6
F 8 Brasilien 72	99,5G	99,45
6¼ Kopenhagen 72	97,5	97
7,875 Norwegen 78	–	–
9½ dgl. 79	100,25	100,25

Optionsanleihen

	8. 6	7. 6
F 3¼ ComBk. Int. 78 mO DM	107G	107G
F 3¼ dgl. 78 oO DM	87,75	87,5
4¼ C F DT Bk. 77 mO S	125T	125,5G
4½ dgl 77 oO S	81,5	82,5
7½ Jap. Synth. 82	140	139,5G
7½ dgl 82 oO	99,25	99,35
F 6½ Wells F. 73 mO DM	123T	123T
8½ dgl. 73 oO DM	97T	97

Optionsscheine

	8. 6	7. 6
F 8½ BASF 74	50,7	52,1
Stumpf 78	63,8	62bG

Wandelanleihen

	8. 6	7. 6
F 5 Bayer 69	101	100,9
5 Bay Wa 75	125	125
H 8 Beiersdorf 82	163bG	162G
F 4½ Commerzbk 78	99,1	99,1bG
D 9 Games 74	314	317

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	8. 6	7. 6
F 6 AKZO 84	98	98
6½ dgl. 86	98,75	98,75
7¾ Arbed 83	98,25T	98,25T
7½ dgl. 86	86,75	86,75
9 dgl 87	93,25T	93,25T
F 8¾ Ardal 89	96G	96G
10 dgl 88	104,75T	104,75T
8 Austr. 87	103	103
8½ dgl. 87	103,25	103,25
F 7½ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6	99,5
6½ Estel 84	95,25G	95,25G
6¼ dgl. 85	95G	95G
8¾ dgl. 87	94,25G	94,25G
6¼ Euratom 91	93G	93G
F 6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	93,5T	93,5T
6½ Lufthansa 86	99,5G	99,5G
6 Montanunion 90	94,75G	94,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	98,75G	98,75G
F 6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	99,5G	99,5G
7½ dgl. 87	99,75	99,75
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	105G	105G
8½ dgl. 88	102,75G	102,75G
7¾ dgl. 88	102G	102G
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 81	113,75	113,75

Anmerkungen:

- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	8. 6.	7. 6.		8. 6.	7. 6.
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Dagegen verzeichnete Silber nur im verfügbaren Monat einen leichten Gewinn. Alle weiteren Sichten mußten deutliche Verluste hinnehmen. Durchweg höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	7. 6.	6. 6.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	347,25	348,25
Sept.	357,50	359,25
Dez.	371,50	372,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	7. 6.	6. 6.
St. Lawrence 1 CW	211,73	215,58
Amber Durum	234,16	234,76
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	120,80	121,80
Okt.	125,70	126,50
Dez.	128,50	128,80
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	95,70	95,50
Okt.	94,60	95,20
Dez.	–	–
Hafer Chicago (c/bush)	7. 6.	6. 6.
Juli	149,25	151,25
Sept.	153,25	154,75
Dez.	164,25	166,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	304,25	306,50
Sept.	287,50	289,25
Dez.	279,75	280,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	7. 6.	6. 6.
Juli	102,10	102,30
Okt.	104,80	104,80
Dez.	106,20	106,00
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	7. 6.	6. 6.
Juli	10,60	10,60
Sept.	10,91	10,88
Nov.	11,19	11,20
Jan.	11,50	11,49
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	19,55	19,55

Genußmittel

	7. 6.	6. 6.
Kaffee		
New York (c/lb)	7. 6.	6. 6
Terminkontr. Juli	129,10	127,75
Sept.	128,00	127,40
Dez.	126,75	126,26
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2047	1990
Sept.	2090	2040
Dez.	2122	2065
Umsatz	5038	5475
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,52	10,30
Sept.	10,95	10,80
Okt.	11,20	11,12
Jan.	11,75	11,80
März	12,25	11,93
Umsatz	21 370	21 586
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 6.	6. 6.
	10,63	11,41
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	7. 6.	3. 6.
Kontrakt Juli	1638–1640	1613–1615
Sept.	1588–1589	1574–1575
Nov.	1574–1575	1562–1564
Umsatz	4664	1603
Kakao		
London (£/t)		–
Terminkontrakt Juli	1420–1421	1395–1397
Sept.	1433–1434	1412–1413
Dez.	1450–1452	1432–1433
Umsatz	3594	1402
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	173,00–173,10	175,75–176,00
Okt.	181,50–181,60	185,25–185,40
Dez.	184,00–185,00	187,00–187,20
März	192,50–193,00	195,30–195,50
Mai	195,00–195,75	197,50–198,10
Aug.	–	–
Umsatz	8908	6602

	7. 6.	6. 6.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 6.	6. 6.
schw. Sarawak spez.	260,00	260,00
weißer Sarawak	365,00	360,00
weißer Muntok	365,00	360,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Juli	116,90	117,00
Sept.	115,30	115,60
Nov.	112,75	112,65
Jan.	107,30	106,60
März	105,30	104,30
Umsatz	250	250

Öle, Fette, Tierprodukte

	7. 6.	6. 6.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Südstaaten fob Werk	26,00	25,75
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,40	19,55
Aug.	19,52	19,70
Sept.	19,62	19,80
Okt.	19,72	19,90
Dez.	19,95	20,08
Jan.	20,10	20,25
März	20,30	20,45
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	22,50	22,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	15,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	48,55	47,30
Juli	48,15	46,95
Aug.	45,50	44,65
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Juli	62,00	60,10
Aug.	58,90	57,55
Febr.	59,60	59,15

	7. 6.	6. 6.
Häute		
Chicago (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	615,75	622,00
Aug.	621,00	627,50
Sept.	626,00	632,00
Nov.	636,00	641,75
Jan.	649,00	654,50
März	662,00	666,50
Mai	671,00	675,75
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	178,60	180,40
Aug.	179,80	181,50
Sept.	181,50	183,50
Okt.	183,20	185,00
Dez.	185,60	189,50
Jan.	189,60	192,00
März	193,50	198,20
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	7. 6.	6. 6.
Juli	294,60	294,00
Okt.	304,00	303,50
Dez.	309,90	310,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Westküste fob Werk	33,00	33,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	6. 6.	7. 6.
jegl. Herk. cif	600,00	600,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	460,00	460,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	402,50	410,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	120,50	120,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	750,00	755,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	248,50	249,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	7. 6.	6. 6.
Baumwolle		
New York (c/lb)	7. 6.	6. 6.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	76,90	77,00
Okt.	78,30	78,70
Dez.	79,31	79,40
März	80,40	80,90
Mai	80,70	81,05
Juli	80,65	81,50
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	56,00	56,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	7. 6.	6. 6.
Aug.	446–450	444–451
Okt.	446–448	441–446
Dez.	443–446	441–446
Umsatz	26	70
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	7. 6.	6. 6.
Juli	44,10	44,10
Okt.	44,40	44,40
Dez.	44,80	44,80
März	45,40	45,40
Umsatz	18 000	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	7. 6.	6. 6.
Juli	569,0–570,0	567,0–570,0
Okt.	572,0–573,0	572,0–575,0
Dez.	584,2–585,0	584,0–585,0
Umsatz	45	68
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	7. 6.	6. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	7. 6.	6. 6.
Juni	–	13 906
Juli	–	13 899
Kautschuk		
London (p/kg)	7. 6.	6. 6.
Nr. 1 RSS loco	73,00–74,25	73,25–74,75
Juli	73,60–73,80	73,20–74,00
Aug.	72,60–72,90	72,60–73,20
Juli/Sept.	72,60–72,80	72,50–73,10
Tendenz: fest		

	7. 6.	6. 6.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	7. 6.	6. 6.
Nr. 1 RSS loco:	244,00–245,00	243,50–244,50
Mai	244,00–245,00	243,50–244,50
Juni	247,00–248,00	247,00–248,00
Nr. 2 RSS Mai	241,50–242,50	240,50–241,50
Nr. 3 RSS Mai	238,00–239,00	237,00–238,00
Nr. 4 RSS Mai	231,50–232,50	230,50–231,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	7. 6.	6. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	6. 6.	7. 6.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,14–106,24	105,84–106,04
drittfolg. Monat	110,00–110,20	109,87–110,07
Zink: Basis London		
laufend. Monat	187,93–188,34	184,67–185,07
drittfolg. Monat	193,21–193,61	190,31–190,51
Produz.-Preis	201,05	200,27
Reinzinn 99,9%	3707–3741	3749–3786

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8. 6.	7. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	436,54–438,98	436,67–439,09
Blei in Kabeln	113,75–114,75	113,50–114,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*) Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	8. 6.	7. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–378	358–372
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	399–404	396–401
MS 63	404–407	404–408

Zinn-Preis Penang

	7. 6.	6. 6.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,56	30,53

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	8. 6.	7. 6.
Leg. 225	335–341	335–341
Leg. 226	337–344	337–344
Leg. 231	363–381	363–381
Leg. 233	383–392	383–392

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	8. 6.	7. 6.
Platin (DM je g)	39,35	39,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 700	33 700
Rücknahmepr.	32 900	32 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 690	33 590
Rücknahmepr.	32 980	32 520
verarbeitet	35 350	35 300
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 355	33 400
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	933,70	929,20
Rücknahmepr.	901,00	896,70
Verarbeitet	975,10	970,40

Internationale Edelmetalle

	8. 6.	7. 6.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	8. 6.	7. 6.
10.30	403,00	403,15
15.00	–	400,25
Zürich mittags	402,00–402,75	401,50–402,25
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	104 000	100 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	1110,00	1109,00
3 Monate	1138,10	1135,70
6 Monate	1158,30	1164,10
12 Monate	1221,80	1218,70
Platin (£-Feinunze)		
London	7. 6.	6. 6.
fr. Markt	257,10	260,85
Palladium (£-Feinunze)		
London		
f. Händlerpr.	75,10	76,40

New Yorker Preise

	7. 6.	6. 6.
Gold H & H Ankauf	400,25	407,75
Silber H & H Ankauf	1108,50	1162,00
Platin fr. Händlerpr.	423,00–427,50	423,00–427,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	122,00–123,00	122,00–124,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1110,00	1102,00
Juli	1115,00	1152,00
Aug.	1127,10	1162,00
Sept.	1133,00	1171,80
Dez.	1160,00	1201,30
Jan.	1174,30	1211,80
März	1192,00	1232,30
Umsatz	37 000	35 000

New Yorker Metallbörse

	7. 6.	6. 6.
Kupfer (c/lb)		
Juni	74,80	73,80
Juli	75,05–75,20	74,30
Aug.	75,95	75,10
Sept.	76,60	75,85
Dez.	78,50	77,65
Jan.	79,20	78,35
März	80,45	79,70
Umsatz	12 000	11 000

Londoner Metallbörse

	8. 6.	7. 6.
Aluminium (£/t)		
Kasse	925,00–926,00	928,00–929,00
3 Monate	953,00–953,50	956,00–956,50
Blei (£/t) Kasse	261,50–261,75	262,00–262,50
3 Monate	271,00–271,50	272,00–272,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1063,0–1063,5	1070,0–1071,0
3 Monate	1086,0–1087,0	1087,0–1087,5
abends Kasse	–	1072,0–1073,0
3 Monate	–	1089,5–1090,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1025,0–1026,0	1021,0–1023,0
3 Monate	1050,0–1052,0	1051,0–1052,5
Zink (£/t) Kasse	463,00–464,00	457,00–458,00
3 Monate	476,00–477,00	471,00–472,80
Zinn (£/t) Kasse	8400–8410	8450–8451
3 Monate	8425–8430	8460–8460
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84–87

Geld für Romantiker

ef – Dichterpreise sind bekanntlich Glückssache. Sie tragen manches zur Erheiterung des Publikums bei – etwa jener, den Grass erst bekam und dann doch nicht kriegte, worauf er Lenz zugesprochen wurde, dem Grass zuredete, ihn nicht zu nehmen, aber Lenz hat ihn genommen. Oder jenes beständige Geschrei eines Hamburger Mini-Autors, er kriegte nie was und müßte doch, worauf das genossenschaftliche Kulturleben heftig erschrak und dem Schreihals das Mäulchen stopfte mit einem Preis nach dem anderen.

Doch das sind alte Geschichten. Der neueste Dichterpreis kommt aus England und ist auf dem Vermächtnis der Margaret Elizabeth Trask gegründet. 400 000 Pfund hat Mrs. Trask hinterlassen als Preisverleihungsfundament. Das ergibt, auch bei sehr bescheidenem Zinsfuß, eine jährlich verfügbare Summe von 20 000 Pfund – doppelt soviel, wie die vornehmsten britischen Dichterpreise einbringen. Der britische Autorenverband darf das Geld verwalten und die Preisträger finden. Man ist dort einerseits entzückt, andererseits geniert man sich ein bißchen. Denn wer soll da preisgekrönt werden nach dem Willen der Stifterin? Junge Autoren der „Romantic Fiction", der köstlichen Tränenromane also mit wildem Schicksal und gutem Ende.

Dies ist doch nun mal was. Diese Leute haben bisher noch nie etwas gekriegt. Hier muß eine erstklassige Jury her. Man sieht es vor sich, wie Graham Greene und Harold Pinter sich richtend durch beiläufig achtzig Frauenromane pro Jahr ackern. Es darf allerdings nach den Willen der Stifterin auch „ein anderer Roman von mehr traditionellen als experimentellen Charakter" sein. Auf denn! Der Autor muß unter fünfunddreißig sein.

Ach ja, die Stifterin. Sie starb mit 88 Jahren. Kein Mensch kennt ihren Namen mehr, auch konnte beim Autorenverband niemand einen Werktitel nennen – obwohl doch „Liebe hat Flügel" und „Liebe hat keine Grenzen" einst in aller Munde waren. Was für ein subtiler Racheakt ist dieses Vermächtnis – Ende gut, alles gut.

Polens Pressegesetz

Der Wojewode als neuer starker Mann

Polens Partei- und Staatschef General *Wojciech Jaruzelski hat* in einer Rede die Journalisten aufgefordert, nur dem Sozialismus zu dienen. Sonst sei eine „Normalisierung" nicht möglich. Wie wenig Jaruzelski jedoch selbst an diese „Normalisierung" glaubt, verrät das neue Pressegesetz, das jetzt bekannt wurde. Sogar der neugegründete regierungstreue Journalistenverband sah sich zu einer kritischen Stellungnahme veranlaßt.

Das neue Gesetz „garantiert die Realisierung des Rechts auf Freiheit von Wort und Schrift". Es verspricht auch eine „Einflußnahme des Bürgers" auf die Medien, fügt jedoch *hinzu*, das alles müsse im „Einklang mit der Verfassung" stehen und ein „Faktor der richtigen Entwicklung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen" sein.

Laut neuem Gesetz wird es drei Systeme für die Zulassung von neuen Medien geben: ein Konzessionssystem, ein Antragssystem sowie eine Mischform beider. Sie wird ein neu zu schaffendes „Hauptamt für Publikationsfragen" erteilen. Es kann diese Zulassung jedoch auch jederzeit entziehen, wenn z. B. „die Prüfung der ordentlichen Nutzung des Papiers *und anderer* technischer Mittel" negativ ausfällt.

Beim Konzessionsantrag müssen die „Programmlinie oder der thematische Bereich" genau beschrieben und „gesellschaftspolitische Notwendigkeit" des neuen Mediums nachgewiesen werden. Außerdem muß der Wojewode den Antrag befürworten. Bei einer Ablehnung kann beim polnischen „Hauptverwaltungsgericht" theoretisch geklagt werden.

Das neue Gesetz verpflichtet den Chefredakteur auch, sämtliche Bekanntmachungen der „Staats- und Kontrollorgane" abzudrucken, falls diese es fordern. So kann z. B. der Wojewode seine Bekanntmachungen meterlang in Kirchenzeitungen abdrucken lassen.

Polens neuer Journalistenverband ist vor allem darüber beunruhigt, daß Richter und Staatsanwälte demnächst die Journalisten „von der Schweigepflicht befreien" können, sie zur Preisgabe ihrer Informanten verurteilen können.

Angesichts solcher Einschränkungen wirkt das Recht auf Kritik an Bürgern und Politikern, wenn das im „Interesse des Staates" liegt, wie Hohn. Besonders, da das Recht auf Gegendarstellung in dem neuen Gesetz nicht mehr vorgesehen ist.

Eines darf bei der Kritik an dem Gesetz allerdings nicht übersehen werden: Was es proklamiert, ist auch ohne Gesetz schon weitgehend tägliche Praxis.

JOACHIM G. GÖRLICH

Altägyptische Kunst – eine Geste der Ewigkeit

Die Flaschenpost im Strom der Zeit

Es gibt vermutlich keine Kultur, die von dem Wort „Ewigkeit" einen so intensiven Gebrauch gemacht hätte wie die altägyptische. Und kaum eine andere Kultur dürfte so „bildfreudig" gewesen sein, so in Bildern gedacht, mit Bildern gelebt, sich in Bildern ausgedrückt haben. Diese beiden Wesenszüge hängen zusammen. Sie treffen sich dort, wo diese Bilder „für die Ewigkeit" bestimmt waren, wo der die ganze Kultur durchdringende und bestimmende Drang zur Unvergänglichkeit – „le dur désir de durer", von dem Paul Eluard spricht – sich in Bildern ausdrückte: in der ägyptischen Kunst.

Die einzigartige Sonderstellung, die die ägyptische Kunst in der Geschichte der Menschheit einnimmt, hat man sich bisher nicht genügend klargemacht. Sie füllt die entsprechenden Abteilungen unserer großen Museen und veranschaulicht neben denen des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens sozusagen die Vorhöfe und Außenbezirke unserer abendländischen Kunst. In ihrem Streben nach Ewigkeit, nach Ausfilterung alles Zufälligen und Übergänglichen, stellt sich die ägyptische Kunst aber weniger neben andere künstlerische Traditionen als neben die großen mythischen Dichtungen des Zweistromlandes und neben die griechische Philosophie der Ewigkeit, die Ontologie. Sie ist der spezifisch ägyptische Beitrag zu jenen Versuchen, die fragmentarische Existenz des Menschen – dieses „Mängelwesens" (Herder) – zu vervollständigen, die wir Kultur nennen. In Ägypten hat das dem Leiden und der Ungeduld an der menschlichen „Unvollständigkeit" entspringende Hinausstreben in den Bereich geistiger Sinnstiftung und Zusammenschau nicht die Form des Erzählens und nicht die Form des logischen Schlusses angenommen, sondern die Form der Monumentalität.

Deshalb ist die ägyptische Kultur auch nie ganz untergegangen. Die Monumentalität ihrer auf Ewigkeit abgezweckten Selbstdarstellung ist zu gewaltig, um jemals wie die Überreste anderer Kulturen im Erdreich oder Wüstensand zu verschwinden. Die Pyramiden, vor denen, mit den Worten eines altarabischen Rechtsgelehrten, „sogar die Zeit sich fürchtet, und fürchtet sonst doch alles in der sichtbaren Welt die Zeit", die Tempel, Kolossalstatuen, Obelisken, die Felsgräber der Reichen, die Mumien und Sarkophage, all das war nie ganz verschwunden und hat fortwährend die Phantasie der Späteren beschäftigt. Champollions Hieroglyphenentzifferung bedeutet den Anfang der modernen Ägyptologie, zugleich aber auch das Ende einer spätantiken Tradition, die bis in die Neuzeit nicht abgerissen ist.

Gewiß haben auch hier moderne Ausgrabungen vieles Verborgene ans Licht gebracht. Das ist aber nur ein Bruchteil dessen, was nie ganz verschüttet, immer sichtbar, immer zugänglich geblieben war. Die ägyptische Kultur hat es darauf angelegt, nicht zu verschwinden. Sie hat es nicht dem Zufall überlassen, was von ihr übrigbleiben sollte. In Ägypten haben wir nicht, wie etwa im Bereich der Keilschrift- und Tontafelkulturen, die „Papierkörbe" der Zivilisation gefunden, zufällig Erhaltenes, das uns gerade aufgrund dieser Zufälligkeit lebendigste Einblicke in den Aufbau und das Funktionieren früherer Gesellschaften vermittelt. Viel eher möchte man das in Ägypten Erhaltene mit einer Flaschenpost vergleichen: die Selbstbeschreibung einer Kultur in möglichst dauerhafter Form.

In Ägypten hat man sich von der „Zensur" des Zufalls frei gemacht, indem man selbst Zensur geübt hat. Was der Würde monumentaler Darstellung wert befunden wurde, war das Ergebnis einer thematischen Selektion und formalen Stilisierung, deren Kriterien sich in den Jahrtausenden der ägyptischen Geschichte kaum gewandelt zu haben scheinen. So steht das *Bild der ägyptischen Kultur* vor uns in einer seltsamen Geschlossenheit. Die Zeitbeständigkeit der ägyptischen Kunst ist nicht nur eine Frage äußerer Monumentalität, des Materials und der Ausmaße: Sie ist *mindestens* ebensosehr eine Sache „innerer" Monumentalität: des Stils, der Form, der Vision.

Diese Kunst, die die Zeit überdauern sollte, hat zuvor die Zeit gleichsam abgestreift oder ausgefiltert. Dargestellt wird nur das Zeitlose: das immer Gleiche oder ewig Wiederkehrende, und zwar in den Regeln einer Formensprache, die der individuellen Abweichung weitgehend enthoben sind. Je ausgeprägter, je bis ins Einzelne festgelegter dieser allgemein-ägyptische Kulturstil, desto schwächer treten die individuellen, regionalen und epochalen Differenzen in Erscheinung. Auf den beiden Ebenen des dargestellten Wirklichkeitsausschnitts und der formalen Bildorganisation verwirklicht die ägyptische Kunst so ihr Ideal einer „Serienfabrikation", die an den einmal formulierten Modellen über Jahrtausende festhält.

Dies jedenfalls ist das Image, das die ägyptische Kunst seit Platon genießt. In welchem Maße es zutrifft, davon sich persönlich zu überzeugen, bietet eine große Ausstellung Gelegenheit, die im Ottheinrichsbau des Heidelberger Schlosses einen Überblick über viertausend Jahre ägyptische Kunst vermittelt. Eine mehr archäologisch orientierte Abteilung gibt einen Einblick in die Entstehung der pharaonischen Hochkultur anhand der Funde der Münchner Ostdelta-Grabung, die zu einem vollkommen neuen Bild der ägyptischen Frühzeit geführt hat.

Die andere, mehr kunstgeschichtlich ausgerichtete Abteilung vereinigt 115 Meisterwerke aus allen Epochen der pharaonischen Geschichte. Neun Museen und Sammlungen des In- und Auslandes haben dazu beigetragen, eine Ausstellung aufzubauen, wie sie in dieser umfassenden Repräsentativität in den letzten Jahrzehnten in Deutschland nicht zu sehen war. (Bis 28. 8., anschließend Linz; Katalog: 18 Mark)

JAN ASSMANN

Pantomimen haben es in der „DDR" schwer

Schöne fremde Haut

Die Pantomime ist in unserem Land nicht weit verbreitet", stellte vor einiger Zeit das Ostberliner FDJ-Organ „Forum" fest. Über die Gründe dieses Mangels erfuhren die Leser allerdings nichts.

Gegenwärtig gibt es in der „DDR" rund zehn Pantomime-Gruppen. Dazu gehören das Studio in Jena, das Harald Seime, einer der wichtigsten Anreger dieses Genres in der „DDR" leitet, und das experimentierfreudige Pantomimen-*Ensemble des Deutschen* Theaters in Ost-Berlin, das während des Spieljahres 1982 für die beiden einzigen „DDR"-Uraufführungen sorgte: „Höllenfahrt des Doktor Faust" von Peter Baumgardt und Burkhard Seidemann sowie „Die Verwandlung" von Bernd Hahnke.

Die alte Kunst der Pantomime gewann in Mitteldeutschland durch die Gastspiele von Jean-Louis Barrault und Marcel Marceau Anhänger und Nachahmer. In den sechziger Jahren traten zuerst Solopantomimen auf (Eberhard Kube, Gerd Glanze u. a.), später entstand dann die Truppe um Volkmar Otte und Burkhard Seidemann. Aus diesen Amateurvereinigungen erwuchs 1973 das „Pantomimen-Ensemble des Deutschen Theaters", die erste professionelle Pantomimen-Gruppe der „DDR".

Wenn von „DDR"-Pantomime die Rede ist, müssen vor allem Eberhard Kube, der „dienstälteste" Solopantomime und sein fünfköpfiges Amateur-Ensemble genannt werden. Mit ihrer „Wir Wohner" betitelten Inszenierung machten die Mimen bereits vor Jahren im Ostberliner Kreiskulturhaus Prater Furore, weil sie u. a. gegen die staatliche verordnete Kälte in den Betonsilos der „DDR"-Satellitenstädte satirisch-pantomimische Seitenhiebe austeilten.

Bei der Pantomime ist es jedoch nicht anders als in den übrigen Theaterbereichen. Bemerkenswerte Leistungen müssen sich nicht selten gegen den zähen Widerstand, die Gleichgültigkeit und die mangelnde Sachkenntnis verantwortlicher Kulturfunktionäre durchsetzen. Das hat Gründe. Die Pantomime liebt jene schwer zu kontrollierende mehrdeutige „Sklavensprache". Mit Andeutungen und Anspielungen vermag sie Unbehagen auszudrücken, ohne sich konkret festzulegen. Dafür gab und gibt es Beispiele. So „Die fremde Haut" von Volkmar Otte und Burkhard Seidemann, mit der das Pantomimen-Ensemble des Deutschen Theaters die Macht der Technokraten und Parteibürokraten glossierte. Auch der neueste Beitrag der Pantomimengruppe des Poetischen Theaters an der Leipziger Karl-Marx-Universität verbirgt hinter seinem experimentellen Charakter Kritik an den sozialen Zuständen. Die Ostberliner Fachzeitschrift „Unterhaltungskunst" nannte diese Inszenierung eine „großangelegte Scharlatanerie", warf ihr „vordergründigen Intellektualismus" und „Doppelbödigkeit" vor. Wörtlich: „Man ... schreibt (z. B. im Programmheft) Sozialismus groß, treibt aber hinter der vorgehaltenen Hand etwas ganz anderes."

Immer wieder werden von den Pantomimen sozialistische Gegenwartsstücke gefordert. Doch das vermag diese Kunst nicht zu leisten. Sie ist schlecht zur Agitation zu nutzen. Deshalb mangelt es ihr an der erforderlichen materiellen Unterstützung. Zwar treffen sich seit 1976 alle zwei Jahre in Jena Gruppen und Solisten zu einer Werkstatt, aber diese Einrichtung ist neuerdings gefährdet. Die Universität Jena als Veranstalterin sieht sich plötzlich außerstande, „diese Aufgabe weiterhin zu bewältigen".

Dazu kommt, daß es in der „DDR" bei der Pantomime an einer gezielten Nachwuchsförderung und an zufriedenstellenden Arbeitsbedingungen mangelt, obwohl (oder weil) wie die Besucherzahlen beweisen, sich diese Kunst vor allem bei jungen Menschen besonderer Beliebtheit erfreut.

HARALD BUDDE



Die kühnste Karosse aller Zeiten: das Coupé „Atlantic" (1938) von Ettore und Jean Bugatti

FOTO: DIE WELT

Mailänder Sippe mit vielen Talenten – Die Bugatti-Schau jetzt in Hamburg

Möbel, Tiere und schnelle Autos

Zur Eröffnung der Schau tuckerte ein auberginefarbenes Kabrio der Marke Bugatti herein. Der stolze Eigentümer hatte die lange Strecke vom Allgäu bis in eines der beiden Zelte im Innenhof des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe mit seinem T 49 aus dem Jahre 1928 keineswegs im Schneckentempo zurückgelegt. Sein eleganter Schlitten schafft heute noch gut und gerne 130 km pro Stunde.

Bis auf zwei weitere Automobile, die noch erwartet werden, war die Ausstellung über drei ungewöhnlich talentierte Generationen der Familie Bugatti nun komplett. Seit gestern sind in der Hansestadt, zum ersten Mal auf dem europäischen Kontinent – London erlebte bereits 1979 eine ähnliche Bugatti-Ausstellung (die WELT berichtete darüber) –, die unterschiedlichen Kreationen der berühmten Mailänder Sippe zu bestaunen. Jedes Mitglied lenkte seinen Schaffensdrang in *eine* andere *Richtung*, so als wäre es in dem Clan heimliches Gesetz gewesen, auf ein und demselben Gebiet nicht miteinander zu konkurrieren.

Als Carlo Bugatti (1856–1940) anfängt, Einrichtungen zu entwerfen, klingt gerade der Historismus aus. Der junge Mann, der zunächst Architektur studiert hat, fühlt sich berufen, einen neuen Stil zu erfinden. Da es ihm als Baumeister nicht gelingen will, versucht er sich als Möbeldesigner. Mit seinen orientalisch und exotisch anmutenden Kollektionen, die er 1886 in Mailand und London vorführt, trifft er besonders in der Kolonialmacht England genau den Zeitgeschmack.

Etwa zur gleichen Zeit wird Carlos' Sohn Rembrandt (1885–1916) wegen seiner Tierplastiken bekannt. Seine naturalistischen Giraffen, Elefanten, Paviane, Panther, Schlangen oder Pelikane – alles Bronzegüsse – weisen bereits 1904, noch ehe sich Picasso dem Kubismus zuwendet, geometrische Formen auf.

Rembrandts Bruder Ettore (1881–1947) bleibt es jedoch vorbehalten, den Namen Bugatti zu einem Begriff zu machen. Als die Deutzer Gasmotoren-Fabrik (heute Klöckner-Humboldt-Deutz) ihn 1909 als Chefingenieur entläßt, weil sich seine Automodelle nicht verkaufen lassen, beginnt er in Molsheim bei Straßburg eine eigene Produktion. Seine Modelle zeichnen sich durch handwerkliche Präzision, formale Schönheit und eine hohe Leistung aus. Ettore gibt ihnen die Eigenschaften von Vollblütern: leicht, schnell, edel und elegant. Der „Patron" wird mit ihnen weltberühmt.

Insgesamt wurden bis zur Schließung des Bugatti-Werkes Anfang der fünfziger Jahre rund 8000 Rennwagen, Kabrioletts, Coupés und Limousinen gebaut. Zwanzig davon stehen jetzt auf Zeit im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe versammelt – eine Sternstunde für Bugatti-Fans. Alte Filme von Grand-Prix-Rennen, Autoplakate und Konstruktionspläne runden die Schau ab. Als Novum bieten die Museumsleute neben dem *üblichen Katalog* (25 Mark) einen Videokatalog (100 Mark) an (bis 28. August).

BIRGIT KRUMMACHER

Erstmals in Italien: „Minna von Barnhelm" am Mailänder Piccolo Teatro

Lessing unter Strehlers Perücke

Nicht das Deutschlandlied, aber Haydns Kaiser-Quartett ertönt aus dem Dunkel. Gleich darauf bricht ein Gewitter aus, dessen Blitze den Saal des Wirtshauses in Berlin sekundenlang erhellen. Der Donner weckt Just, der auf einem der Tische geschlafen hat, weckt in dem Burschen des Majors von Tellheim die wehmütige Erinnerung an den zuvor beendeten Siebenjährigen Krieg. So beginnt in seiner unverkennbaren Handschrift Giorgio Strehlers Inszenierung von Lessings „Minna von Barnhelm" im Piccolo Teatro von Mailand.

In der wichtigsten deutschen Komödie des 18. Jahrhunderts hat der Regisseur alle Stilelemente seiner 36jährigen Arbeit im Piccolo konzentriert. Man sieht seine Zitate aus unvergeßlichen Aufführungen. Hier aber sind sie mit vielen neuen Einfällen zu einer ungewöhnlichen Auslegung verdichtet worden, einer „Minna von Barnhelm", die zum ersten Mal auf einer italienischen Bühne erscheint. „Sanft und stark, zärtlich und ironisch, ein großer Dialektiker, ein großer Aufklärer und doch schon Stimme eines Romantizismus, der das vielleicht unerreichbare Gleichgewicht zwischen Leidenschaft und Vernunft sucht, tritt Lessing endlich in unsere Kultur ein und füllt eine Lücke aus, die uns immer betroffen machte", schreibt der Re*gisseur im Programmheft.*

Hat Strehler die Komödie vom Kampf der Liebe mit starrem Ehrbegriff, der in Italien unbegreiflich ist, diese raffiniert gebaute, urdeutsche, komische Tragödie mit Happy-End gewählt, um den Sieg des Herzens über die Vorurteile einer untergegangenen Epoche zu feiern? Oder suchte er eine Paraderolle für die bezaubernde deutsche Schauspielerin Andrea Jonasson, die seit einem Jahr Signora Strehler heißt? Wurde er Lessing gerecht mit einer Inszenierung, bei der man ständig an Goldoni und die Commedia dell'arte denken muß?

Der Just ist hier ein Arlecchino, der hilflos, listig und atemlos herumstolpert, der Wachtmeister Werner ein vollmäuliger und nicht nur für das Mädchen Franziska liebenswerter Schlagetot. Den öligen Wirt des Gasthauses „Zum König von Spanien" hätte Goldoni ebenso erfinden können, wie die herzhafte, witzige Franziska, die seinen kecken Dienerinnen wie eine Zwillingsschwester gleicht und, von Pamela Villoresi köstlich dargeboten, den größten Applaus des Abends erntete.

Die Minna der Andrea Jonasson aber ist nicht das blutjunge Mädchen, das Lessing seinen widerspenstigen Tellheim mit zärtlichen Listen aus seiner ehrgekränkten Starre lösen läßt. Sie ist eine stolze, ironische junge Frau mit tiefer, rauchiger Stimme und mit beiden Füßen auf der Erde, eine vornehme Schwester von Goldonis Mirandolina. Wie diese hochbegabte Schauspielerin, das schöne Gesicht unter eine weiße Perücke, den schmalen Leib in ein enges Mieder und ihre kluge, kühle Kunst in eine schwere Rolle in fremder Sprache gezwängt, ihre Aufgabe meistert, das ist imponierend. Aber es ist wohl nicht Lessings Minna von Barnhelm, es ist Minna von Strehler.

Sergio Fantoni ist zunächst ein im verletzten Stolz erstarrter, fast tonloser Tellheim. Wenn das Unrecht korrigiert, seine Ehre wiederhergestellt ist und er sich endlich als Beschützer und würdiger Liebender seiner Minna fühlt, spricht und agiert er mit fast hysterischer Lebhaftigkeit.

Ezio Frigerio entwarf ein hinreißend schönes Bühnenbild. Durch zwei Reihen hoher Fenster sickert Sonnenlicht in den kahlen Saal des Wirtshauses. Das ist der Ort der Soldaten, die saufend und grölend von den Kriegszeiten träumen, die Hacken zusammenknallen, wenn ihr geliebter Major eintritt, und groteske Parademärsche vollführen, wenn Marschmusik und Gesang von der Straße hereintönt.

In den Premierenapplaus tönten ein paar Pfiffe, die sich schon zuvor in ungeduldigem Murmeln angekündigt hatten. Das lag wohl daran, daß mancher im Publikum, gewöhnt an die turbulenten Szenen italienischer Komödien, die Hintergründigkeit von Lessings Dramenkunst und den Mechanismus der Verwirrungen, den Strehler langsam und präzis ausspielen läßt, zu deutsch (*sprich:* zu langweilig) fand. Dennoch oder gerade deshalb: Der Lessing unter Goldonis Perücke ist ein Ereignis.

MONIKA von ZITZEWITZ



Das Spiel des heute Achtzigjährigen ist von einzigartig sanfter Gewalt. Er meditiert nicht am Klavier über Musik, er spielt sie ganz einfach: Rudolf Serkin

FOTO: ANDREAS LAIBLE

Zwei Konzerte des Pianisten Rudolf Serkin in der Berliner Philharmonie

Sanfte Gewalt eines Gandhi im Frack

Rudolf Serkins Klavierabend in der Berliner Philharmonie und drei Tage darauf sein Konzert mit den Philharmonikern unter Seiji *Ozawa gehören zu den Unvergeß*lichkeiten. Das Spiel des jetzt Achtzigjährigen ist von einzigartig sanfter Gewalt. Serkin meditiert nicht am Klavier über Musik, er spielt sie ganz einfach. Aber in diese höchste Einfachheit mündet ein Leben, das sich offenkundig selbst nie so wichtig nahm wie die Musik, die zu umwerben Serkin nie aufgehört hat.

Gleich mit dem ersten Staccato des Themas der C-Dur-Sonate Hob. XVI/50 von Haydn, dem Eingangsstück des Abends, beginnt der lebenssprühende Dialog mit der Musik, den Serkin mit Autorität, Serenität und unverwelktem Temperament führt. Er endet nach zwei vollen Stunden unerschöpft mit dem Rondo der Beethovenschen Waldstein-Sonate, in dem noch einmal Serkins nach wie vor unfehlbare Technik Funken sprüht. Ein Wunder von einem Konzert, fraglos Höhepunkt der Berliner Saison.

Die Haydn-Sonate, straff im Rhythmus, mit sprechenden Pausen, wird in den richtigen Tempi feingliedrig und klar durchartiku*liert. Jeder Ton erhält das ihm ge*mäße Gewicht. Der lächelnde Kunstreichtum der Komposition, die Verwandlung von Strenge in Liebenswürdigkeit bereitet sich reichgestuft hin.

Beethovens Appassionata befreit Serkin von der falschen Aura einer Konzertpiece der Seelenbravour. Aus fast flüsterndem Beginn führt er sie in den Steigerungen nie ins Imponiergedröhn hoch. Die dynamische Skala wird nicht bis zum Exzeß ausgereizt. Der Vortrag bewegt sich im kammermusikalischen Raum, gewinnt sich aber durch seine Konzentration ungewöhnliche Energie.

Schuberts Moments musicaux op. 94 erstehen in gleicher Lauterkeit der Spielgesinnung, das liebevolle Nachsinnen des Andantino ebenso wie der zündende Russentanz, der Sehnsuchtston des abschließenden Allegretto, das sich unversehens zeitweilig dem Monumentalen öffnet. Um sich nur kurz vom Sitz erhebend, ließ Serkin den Schubertschen Groß-Miniaturen abschließend ohne Pause Beethovens Waldstein-Sonate folgen.

Für sein Musizieren mit den Philharmonikern hatte Serkin sich Mozarts festlich umbeschwertes C-Dur-Konzert K. V. 467 gewählt und fand in Ozawa dabei einen hingebungsvollen Partner, der jeden Einsatz nicht auf der Partitur, sondern von Serkins Händen ablas: ein Genie im Begleiten. So kam es zu einem einverständigen Liebesdienst an Mozart, an dem das Orchester, dem Komponisten wie dem Solisten hingebungsvoll zu Diensten, lebhaften Anteil hatte.

Die heiter gelassene Eintracht zwischen dem Orchester und dem von ihm offenkundig geliebten Solisten rissen das Publikum zu Ovationen hin. Heutzutage verfügt er im Frack am Klavier über ein Charisma, vergleichbar nur jenem des weisen alten Gandhi im Lendenschurz.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Plastiken des deutschen Expressionismus

DW. Los Angeles

Skulpturen des deutschen Expressionismus wird das Los Angeles County Museum of Art vom 1. November 1983 bis zum 22. Januar 1984 vorstellen. Zu der Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog in Englisch und Deutsch. Es wird die erste Publikation sein, die sich nur der expressionistischen Plastik widmet. Die Ausstellung wird anschließend in Washington (4.–17. 6.) und Köln (7. 7.–26. 8. 83) zu sehen sein.

Venedig präsentiert chinesische Kultur

AP, Venedig

In Venedig hat jetzt der italienische Ministerpräsident Amintore Fanfani eine Ausstellung eröffnet, die chinesische Kunst und archäologische Funde über eine Zeitspanne von 7000 Jahren weg präsentiert. Die 105 kostbaren Exponate werden bis Ende Dezember gezeigt. Veranstaltet wird die Ausstellung vom Stadtrat Venedigs und vom Pekinger Museum für Geschichte.

Mit „Zeitansage" zur „Umkehr zum Leben"

DW. Hannover

Mit Karikaturen – vorwiegend aus seiner Sammlung Kritische Graphik – begleitet das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover den 20. Evangelischen Kirchentag. Die Ausstellung „Zeitansage" variiert dabei auf ihre Weise das Kirchentagsthema „Umkehr zum Leben". In Hannover ist diese Auswahl bis zum 21. August zu sehen. Anschließend soll sie in mindestens sechs theologischen Akademien (wenngleich nur als Fotodokumentation) gezeigt werden. Der Katalog kostet 14 Mark.

Raritäten im Körper des hölzernen Buddhas

DW. Köln

Tausende von Stempeldrucken mit buddhistischen Gottheiten, kleine Buchrollen mit handgeschriebenen religiösen Texten, ein chinesisch gedrucktes Buch aus dem 13. Jahrhundert, eine zwei Zentimeter hohe Miniatur sowie zwei kleine vergoldete Buddhafiguren fanden sich jetzt bei der Restaurierung im Inneren einer japanischen Holzplastik, die dem Kölner Museum für Ostasiatische Kunst gehört. Aus der Widmungsschrift, die man ebenfalls in der Buddhafigur fand, geht hervor, daß diese Plastik 1249 von dem berühmteston buddhistischen Bildschnitzer des 13. Jahrhunderts, Koen, gefertigt wurde.

Unbekanntes Werk von Henry Miller

dpa, New York

Auf dem amerikanischen Buchmarkt wird in diesem Jahr ein bisher unbekanntes Werk des 1980 gestorbenen amerikanischen Autors Henry Miller erscheinen. Mil*ler hatte „Opus Pistorum"*, ein kürzlich entdecktes Manuskript erotischen Inhalts, Anfang der vierziger Jahre für einen Dollar pro Seite anonym für einen früheren holländischen Buchhändler geschrieben. (Der lateinische Titel läßt sich etwa als „Werk des Müllers" und damit als Wortspiel mit dem Namen des Autors übersetzen). Wie die Zeitung „New York Times" am Dienstag berichtete, steht der Miller-Titel im Herbstkatalog des US-Verlags Grove.

Josef Kaut gestorben

Nun ist er doch noch in Amt und Würden gestorben: Josef Kaut, Präsident der Salzburger Festspiele seit 1971. Seinen Nachfolger, Albert Moser, hatte man bereits im letzten Herbst designiert. Kaut – er wurde achtzig Jahre alt – kam aus der Politik in das hohe Kulturamt, aus der SPÖ, aus der Stellung eines Landesrats. Man hat dies der feingeistigen Art, in der er die Festspiele führte, nicht angemerkt – oder höchstens darin, daß er, still und verschwiegen im Hintergrund wirkend, zwischen den oft widerstreitenden Interessen der Festspielstars zu vermitteln wußte und beim Streit um die *hohen Subventionen die Gegner* der „Elitärkultur" geschickt ausbootete. Die Festspiele verdanken ihm viel. ebi

Festverzinsliche gaben nach

Ohne drängendes Angebot, im Grunde nur wegen mangelnder Kaufneigung bröckelten die Kurse der festverzinslichen Wertpapierbörse am Donnerstag ab. Öffentliche Anleihen wurden bis um etwa 0,3 Prozentpunkte zurückgenommen. DM-Auslandsanleihen notierten bis um einen halben Prozentpunkt niedriger. Und der Pfandbriefmarkt verkehrte, der Allgemeintendenz folgend, unsicher und ruhig bei knapp gehaltenen Notierungen.

Bundesanleihen

		9. 6.	8. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bund 75 II	7/83	100,15G	100,15G
5½ dgl. 78 I	1/84	99,8	99,7
6 dgl. 64 I	1/84	100	100
8 dgl. 76 I	2/84	100,7	100,7
7 dgl. 77	3/84	100,2	100,2
7½ dgl. 76 II	4/84	100,65	100,65G
5 dgl. 78	5/84	99,05	99,05
6 dgl. 78 II	9/84	99,25	99,25
8¼ dgl. 76	9/84	101,9	101,9
6 dgl. 78 IV	12/84	99	99
6¾ dgl. 79	1/85	99,25	99,3
8½ dgl. 73 I	3/85	102,3	102,3
7 dgl. 79	4/85	99,6	99,6
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,1	100,3
7½ dgl. 79 I	7/85	101	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,2	101,3
5½ dgl. 78 II	3/86	95,7	95,7
5¾ dgl. 78	5/86	95,5	95,5
7¼ dgl. 78 I	12/86	98,55	98,5
6½ dgl. 79	1/87	96,1	98,1
7¾ dgl. 78 II	1/87	98,1	98,1G
6¾ dgl. 77	4/87	96,75G	96,75G
6½ dgl. 77	7/87	95,8G	95,95
6 dgl. 77	10/87	93,8	93,9
6 dgl. 78 I	1/88	93,15	93,9
6½ dgl. 78 I	9/88	95,1G	93,4
6½ dgl. 78 II	12/88	94,65	95,3
6¾ dgl. 79	1/89	95,8	96,1
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,55	96,55
10 dgl. 81	4/89	107,65G	107,65
7½ dgl. 79 I	6/89	97,35	97,35
8 dgl. 79 I	7/89	99,3	99,4
8 dgl. 79 II	8/89	99,25	99,25
7½ dgl. 79 II	9/89	96,75	96,75
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,7	97,85
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,45	97,7
10 dgl. 80	4/90	109	109,1
5¾ dgl. 78	5/90	92,4	92,6
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,2G	100,2G
8¼ dgl. 80 II	11/90	99,9	100,2G
7¾ dgl. 82	11/90	97,7	97
9 dgl. 81	2/91	104,25	104,25
10¾ dgl. 81	7/91	110,9	110,9
10¾ dgl. 81	9/91	114,2	114,3
10 dgl. 81 II	12/91	109,15	109,5
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,05	108,25
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,3	108,35
6 dgl. 78 II	3/93	92	92,25
9,5 dgl. 82	4/92	107,25	107,35G
9 dgl. 82	5/92	104,1	104,4
8½ dgl. 82	6/92	101,2	101,55
9 dgl. 82	8/92	104,05	104,4
8¾ dgl. 82	9/92	102,5	102,85
7¾ dgl. 82	12/92	98,8	98,8
7½ dgl. 83	1/93	95,2	95,25
7½ dgl. 83 II	3/93	95,3	95,8
7½ dgl. 83 III	5/93	97	97
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,2	101,2
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,5	101,56
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,96	101,96
8¾ dgl. 80 S.4	3/85	102,9	103
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,4	102,4
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,8	102,1
8 dgl. 80 S.7	6/85	103G	103G
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,45	100,55
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	102	102,1
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103	103
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,95	102,95
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,75	104,8
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,85	105,05
8½ dgl. 81 S.14	4/86	104,2	104,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,35	105,45
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107	107
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,35	108,45
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,45	107,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,85	105,95
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,75G	104,75G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,7	106,9
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,05	106,1G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,75	104,85
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,2	105,2
9¼ dgl. 82 S.25	3/87	104,35	104,35
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,8	103,8
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,05	103,05
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,5	101,5
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,4	104,55
9 dgl. 82 S.30	9/87	102,7	102,85
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102	102
8¾ dgl. 82 S.32	10/87	100,4	100,4
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,85	99,85
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,6	98,85
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,8	97,9
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	96,65	96,65
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95	95,1
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,75	95,95
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,6	96,75

Bundesbahn

		9. 6.	8. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
3¼ Bdbahn 58	10/83	100,1	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,4	101,6
7½ dgl. 72	2/84	100,5	100,5
8 dgl. 72	9/84	101,6	101,65
8¼ dgl. 76	9/84	101,75	101,9
6 dgl. 78 III	11/84	98,8	99
8½ dgl. 79	2/85	98,9bG	98,96
8¾ dgl. 73	2/85	101,95	101,95
7 dgl. 77	3/87	97	97,1G
F 6 dgl. 77	9/87	94,15	94,25G
6 dgl. 78 II	7/88	92,85	92,9
6½ dgl. 77	5/88	94,15	94,25G
8 dgl. 79 I	7/89	99,5	99,75
6 dgl. 78 I	2/90	91,05	91,35
8 dgl. 80 II	7/90	99,15	99,15
9 dgl. 81	3/91	104,35	104,69
10¼ dgl. 81	9/91	113,1	113,2
10¼ dgl. 81	11/1	111,5	111,9
8 dgl. 80 I	2/92	98,9	99,2
10 dgl. 82	2/92	110,75	110,85
9½ dgl. 82	7/92	108	108,2G
8 dgl. 82	11/92	98,9	98,9
7¾ dgl. 83	1/93	97,95G	97,85

Bundespost

		9. 6.	8. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,1G
6 dgl. 63 II	7/83	100G	100G
8 dgl. 72 II	12/83	101,15	101,15
6½ dgl. 68	6/88	98,4	98,5
8 dgl. 72 I	9/87	101,6	101,6
10 dgl. 81	3/89	108,95	108,95
10¼ dgl. 81	8/89	109,35	109,35G
8 dgl. 80	3/90	99,45	99,45
7¾ dgl. 80	9/90	97,9	97,9
8¾ dgl. 80	12/90	102,65	103,2
10½ dgl. 81	10/91	112,2	112,5
9¾ dgl. 82	2/92	108,4	108,7
8¾ dgl. 82	6/92	102,8	102,85
8½ dgl. 82	10/92	101,05	101,35
7¾ dgl. 83	2/93	98,4	98,4

Länder – Städte

		9. 6.	8. 6.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100,25G	100,5
6¼ dgl. 78	86	98,25	98,25
8¼ dgl. 82	92	99,75G	100G
M 7 Bayern 65	86	100,25G	100,25G
6½ dgl. 67	87	100	100
6 dgl. 68	85	98,25	98,25G
7 dgl. 72	84	100,2	100,2G
7½ dgl. 76	84	100,6	100,6
6 dgl. 78	88	91,5	92,5
8¾ dgl. 80	90	102,75G	102,75G
8¾ dgl. 82	90	102,35G	102,35G
7½ dgl. 83	93	96,25G	96,25G
B 8½ Berlin 70	85	102,25G	102,5G
8 dgl. 72	85	101,5G	101,5G
7½ dgl. 75	84	100,75	100,75G
7 dgl. 77	85	99,8G	99,8G
6½ dgl. 78	88	97,15G	97,15
8¾ dgl. 80	88	104,25G	104,85
Br 7¾ Bremen 71	87	100,25	100,25G
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 83	93	95,75G	95,75G
H 8½ Hamburg 70	85	101,6	101,9
6¼ dgl. 77	92	94,1G	94,3
8 dgl. 80	92	98,75G	99G
9¾ dgl. 82	92	107,5G	107,75G
7½ dgl. 83	92	95,3G	95,5G
F 8 Hessen 71	86	100,5	100,5
6¼ dgl. 78	88	92,5	93,25
Hn6 Nieders. 69	84	99,6G	99,8G
8½ dgl. 70	85	–Zhg.	–Zhg.
7½ dgl. 72	87	99,3G	99,3G
8 dgl. 72	87	–Zhg.	–Zhg.
7½ dgl. 79	87	97,85	97,85
7¾ dgl. 82	92	98G	98G
D 7½ NRW 71	83	100,35	100,2bG
8 dgl. 75	83	100G	100bG
7½ dgl. 83	93	94,5	94,5
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,2G
8 dgl. 71	86	100,5	100
F 8½ Saar 70	85	101,25G	101,25G
7 dgl. 72	87	97,9G	97,9
6 dgl. 78	88	92	91,75
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,7G	99,7G
7¾ dgl. 72	87	99,25G	99,25G
8½ dgl. 73	85	102G	102
D 7 Essen 72	85	100,2bG	100,2bG
M 6 München 64	84	99,5	99,5G
S 6 Stuttgart 63	83	100G	100G
7½ dgl. 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100G	100

Bankschuldverschreib.

	9. 6.	8. 6.
F 5 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	89G	99
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	109G	109G
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 155	100,75T	100,75T
9 dgl. KS 169	104,2G	104,2G
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
5¾ dgl. Pf. 2	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 3	93,5bG	93,5G
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	94,75bG	94,75bG
7½ dgl. KS 27	100,9G	100,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	84G	84G
8 dgl. KS 1	98,25G	98,25G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	94,75G	94,75G
8 dgl. IS 16	93,25G	93,25G
6 dgl. IS 17	92,5G	92,5G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8¾ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lblsgz. Pf 103	99G	99G
9½ dgl. Pf 105	103G	103G
10 dgl. KS 307	103bG	103,25G
9¾ dgl. IS 726	103G	103G
M 5 Bayer. Vereinsbk. Pf 11	115G	115G
5½ dgl. Pf 28	77G	77bG
6 dgl. Pf 4	89G	89G
6¼ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl. Pf 12	88G	88G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	–	–
7 dgl. Pf 31	98,75G	98,75G
6 dgl. Pf 34	98G	98bG
6½ dgl. Pf 37	98,5G	98,5G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	116G	116G
7 dgl. Pf 80	84G	84G
7½ dgl. Pf 87	89,25G	89,25G
8 dgl. KS 29	77G	77G
7 dgl. KS 30	96,75G	96,75G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	116G	116G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5G
6 dgl. Pf 109	82G	82G
6½ dgl. Pf 123	89G	89G
6½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	93G	93G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 215	103bG	103G
9¾ dgl. KO 218	103,5G	103,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	76G	76G
6 dgl. Pf 84	100,1G	100,1G
9 dgl. KS 139	102,9G	102,9G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,5G	100,5G
9 dgl. Pf 239	102,4G	102,4G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,5G	108,5G
7 dgl. KS 35	97,8G	97,8G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90,5G	90,5G
6 dgl. IS 71	99,25G	99,25G
6¼ dgl. IS 73	95,3G	95,3G
8¾ dgl. IS 80	99,9	100
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	79G	75G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	94,9G	94,9G
9 dgl. KO 120	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	102,75G	102,75G
Ha5 Dt. Hyp. Hann. 48	81G	81G
6 dgl. Pf 91	82,6G	82,6G
7 dgl. KS 101	99,5G	99,5G
10 dgl. KS 134	104,45G	104,45G
8¾ dgl. KS 140	102,55G	102,55G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	89G	99G
5 dgl. Pf 87	70	70
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 88	81G	81G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73G	73G
5½ dgl. Pf 59	80	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 8 Dt.Pl.Wl. Bri. 482	103G	103G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	100bG	100bG
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
6¾ dgl. Pf 60	93,5G	93,5G
6¾ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
6¾ dgl. Pf 76	94,4G	94,4G
Br 6½ dgl. Pf 77	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 42	91,75G	91,75G
8½ dgl. Pf 47	99,55G	99,55G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 68	101,75G	101,75G
5½ dgl. Pf 53	69,5G	69,5G
6 dgl. Pf 78	79,5G	79,5
6 dgl. Pf 130	90G	90G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	89,25G	89,25G
6 dgl. 47	79G	79G
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	100,2G	100,2G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	91,55G	91,55G
8 dgl. Pf 73	99,25	99,25
4 dgl. KO 5	97G	97G
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 46	80G	79,75G
8½ dgl. Pf 80	88,5	88,75G
8 dgl. Pf. 248	100,6G	100,6G
9 dgl. KO 125	100,9G	100,9G
8 dgl. KO 175	100GG	100GG
9 dgl. KO 259	100G	100G
9¾ dgl. KO 282	101,75G	101,75G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112G	112G
5 dgl. Pf 12	68,5G	68,5G
7 dgl. Pf 25	91,75G	91,75G
10 dgl. Pf 40	102,75G	102,75G
6 dgl. KO 30	99,25G	99,25G
9¾ dgl. K 84	102,75G	102,75G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 12	90,5G	90,5G
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	101G	101G
7½ dgl. KO 80	101G	101G
8½ dgl. KO 81	98,75	98G
S 8½ LKbK Badw. Pf 6	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8¾ dgl. KS 8	100G	100G
H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89	84,5G	84,5G
7 dgl. Pf 97	88,75G	88,75G
10 dgl. Pf 32	102G	102G
10 dgl. Pf 33	103,75G	103,75G
6½ dgl. KS 78	96,5G	96,5G
10 dgl. IS 95	108,75G	108,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84,5G	84,5G
8 dgl. Pf 118	100G	100G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	101G	101G
6½ dgl. Pf 42	98G	98G
Ha7 Nord. Lbk. Pf 1	94G	94G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,15G	101,15G
8 dgl. KO 53	102,6G	102,6G
7½ dgl. IS 6	98,7G	98,7G
10 dgl. IS 37	103,8G	103,8G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	82,15G	82,15G
6 dgl. Pf 85	80G	80G
7 dgl. Pf 114	101G	101G
D 5 RW Bodenkr. Pf C	120bG	120bG
5½ dgl. K	109G	109bG
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
5½ dgl. KO J+E	– Zhg	– Zhg
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	70G	70G
7 dgl. Pf 125	95G	95G
7 dgl. Pf 128	88G	88G
8 dgl. Pf 177	105G	105G
9 dgl. Pf 167	101,8G	101,8G
6 dgl. KS 77	80G	80G
8½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	100,5G	100,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	82G	82G
5½ dgl. Pf 43	82,75G	82,75G
6 dgl. Pf 56	77,25G	77,25G
7 dgl. Pf 61	86,5G	86,5bG
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	102,4G	102,4G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97G	97G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 6 Südboden Pf 41	87G	87G
5½ dgl. Pf 57	78G	78G
6½ dgl. Pf 143	94,25bG	94,75G
7 dgl. Pf 87	92bG	92bG
7½ dgl. Pf 104	95bG	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7¼ dgl. KS 61	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	103,5G	103,5G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	98,5bG	98,5G
D 8 WestLB Pf 350	100,35G	102,05G
6¾ dgl. Pf 403	97,5G	97,5G
8½ dgl. Pf 1007	104,95G	107,9G
8 dgl. Pf 1015	97,65G	99,95G
7 dgl. KO 556	98,95G	102bG
6½ dgl. KS 420	92,75bG	95,75G
9¾ dgl. KO 1301	103,65G	106,85G
8½ dgl. KS 1278	101,4G	103,2G
8 dgl. IS 1512	98,25G	98,25T
8 dgl. IS 1520	102,45G	99,85G
6½ dgl. IS 879	92,25G	94,8G
7½ dgl. IS 1503	100,35G	101,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 18	94,5G	94,5G
8½ dgl. Pf 19	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 20	91G	91G
D 8¼ Westf Hypo. Pf 550	101,3G	101,3G
9 dgl. Pf 564	102,65G	102,85G
9¾ dgl. KS 284	103,6G	103,6G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	77G	78G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	86,35G	86,35G
7 dgl. Pf 5	100,15G	100,15G

Sonderinstitute

	9. 6.	8. 6.
D 8 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 83	88,5bG	88,5G
5½ dgl. PF 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
8 dgl. Pf 165	98G	98G
5½ dgl. RS 45	97,5G	97,5G
6 dgl. RS 73	95G	95G
8 dgl. RS 120	99,5G	99,5G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 152	93,75G	93,75G
9½ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 186	103G	103G
10 dgl. RS 193	105G	105G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6 IKB Atl. 68	100G	100G
6½ dgl. 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	101,1	101,1
8 dgl. 70	102G	102
8 dgl. 76	100,7	100,75
7¼ dgl. 79	87,6	98,1
10 Kredit 81	109,25	109,5G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,8	100,8G
F 8 Law.Rentbk. RS 13	100,15G	100,15G
8 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	95G	95G
8 dgl. RS 16	94,75G	94,75G
6 dgl. RS 18	100G	100G
6 dgl. RS 19	95,5	95,5
6 dgl. RS 20	99G	99G
6 dgl. RS 21	98G	98G
6 dgl. RS 26	98,5	98,5
8 dgl. RS 29	100G	100G
6½ dgl. RS 80	95,5G	95,5G
7 dgl. 94	94T	94T
7 dgl. 99	99,25G	99,25G
8 dgl. 101	98,5	98,5
7½ dgl. 102	96G	96G
9½ dgl. 126	104,25G	104,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,7G	100,7G
8 dgl. TS 76	101,7G	101,8G
6½ dgl. TS 77	95,9G	95,9G
5½ dgl. 78	92,3	92,2G
7 dgl. 78	97,1G	97,6

Industrieanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	94	94
5 BASF 59	97,5G	97,5G
5 Bayernw. 59	97,75G	97,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,2	100,5T
7¾ Cont. Gum 71	-Zhg	-Zhg.
8 Dt. Texaco 64	99,25T	99,25T
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	98G	98,25G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	99,8G	99,8G
7¾ dgl. 71	100G	100
4½ Harpen 59	1870	1870T
6 Hoechst 64	98,5T	99,7G
8 Hoesch 64	99bG	99T
7½ dgl. 71	99,25T	99,5T
7¼ Karstadt 71	99,5G	99,5
7½ Kaufhof 71	99,5T	99,5G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
7½ dgl. 76	98,25	98,5
6 Klöckner W. 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	98	98
8 dgl. 72	98,8	98,8
6 Krupp 64	99,5T	99,5G
6 Linde 64	99,5T	99,5G
5 Mannesmann 59	97,5T	97,5
6 Mosellkraft 63	99,25G	99,25G
6 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	98,2G	98,3G
6 dgl. 62	96,5G	96,75
6 ObDon. Krwk. 64	98,5G	95T
5½ Ost.BayK. 58	99,5G	99,5G
D 6 Rar.Vdb. Stk. 68	98,5T	98,5T
F 5½ Rh.Brkw. 58	98,25G	98,25G
6 dgl. 63	95,5G	95,5bG
6 dgl. 65	95,5G	95,5G
5½ RWE 58	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	96T	98T
6 dgl. 65	95,25	95,5
7¾ dgl. 71	99,75	100
7 dgl. 72	98,5T	98,5T
6 Rh.-M.-Don. 62	95,5G	95,75
6½ dgl. 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100,1G	100,1G
5 STEAG 59	99G	99G
6 Thyssen 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	99,75	99,25
8 dgl. 72	100,55bG	100,5bG
7¼ dgl. 77	98T	98,25G
5 Veba 59	98,5T	98,5T
8 VEW 71	100,1	100,1
6¾ dgl. 77	96,8	96,5T
7 VW 72	97,75	98T
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
3½ All Nippon 78	91,25	91
3½ Asahi Opt. 78	109,5	110G
4¾ Canon Inc. 77	365T	363G
3½ Cas. Comp. 78	242G	238
5 D Bk. Lux. 77	99,7G	99,7G
5¾ Daiei Inc. 80	113T	113,5G
4½ Fujitsu Lim. 78	432G	432G
5 dgl. 79	291G	291
5¼ Hoogovens 68	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	93G	93G
3½ Jusco Co. 78	96,25	95,8
4 Kansai El. 79	100	100,25G
6 Konishiroku Pho. 81	116	119G
6¾ dgl 82	115G	116,5G
6 Komatsu 76	150G	150G
3½ Konikuso 78	94G	94G
7½ Kraft Inc. 70	111G	111G
3½ Marudai F 78	93,5G	93,5G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	162G	163G
4 dgl. 79	126G	127G
6½ Mitsub. Ch. 78	178G	178G
6,75 Mitsub. H 81	122	123
6 dgl. 81	104,6G	104,5
6 Nichii Co Ltd 80	114G	114G
7 Nippon Sh. Gl. 82	115G	115G
3¾ Nippon Sh. 78	143G	145
3½ Nissan Mot. 78	93G	93
4 Nisshin Steel 78	134G	134G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	221G	223
3¾ Omron Tat 78	270G	263G
4¾ Orient Fin 79	232G	240G
3½ Ricoh Comp. 78	149T	151
6¼ Rothm. Int. 72	94G	94G
3¾ SanyoElec. 78	103,75T	104,25G
3½ Sanyo Elec. 78	180G	180G
3¾ Seiyu Stores 78	95,25G	95,25G
6¼ Sekisui 78	155T	155T
3½ Stanley 78	101	101
6 Taiyo Yuden Co. 82	120G	120
5 Texaco Int. 68	96,15	96,6G
3½ Tok. Elec. 78	363T	363T
4¾ Tok. Sanyo 77	265T	272T
4 Tokyu Land 79	100,75T	100G
3½ Trio Kenw. 78	100G	100
6½ Uny Ltd 79	124G	124G

Optionsscheine

	9. 6.	8. 6.
F 11 BASF 82	36,5	36,9
7¼ Bayer Fin. 79	34,5bG	35,5
10½ Bayer Fin 82	39	39,2
6¾ Ciba-Geigy 75	727	740
3½ Commerzbk. 78	45G	44
4½ Dt. Bk. Comp. 77	130,5	130,8
10 Hoechst 75	175bB	175,5
6¾ dgl. 79	39G	39,8
8 Hoechst 83	50	50,5
7½ Jap.Syn Rubber 82	1055	1075
Mitsui 82	300G	305
7¾ Siemens 83	135G	136,3
6½ Wells F 73	281	285

Optionsanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 8½ BASF 74 m.O	138	138,2
8½ BASF 74 oO	102	102,25
M 3½ Stumpf 86 mO	140T	142T
M 3½ Stumpf oO	75G	75G

Währungsanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	98	97,5
7,875 Norwegen 78	–	–
9½ dgl. 79	100,25G	100,25

Optionsanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 3½ ComBk. Int. 78 mO DM	107G	107G
F 3½ dgl. 78 oO DM	88,75	87,75
4½ C F DT Bk. 77 mO $	125	125T
4½ dgl. 77 oO $	80,5	81,5
7½ Jap. Synth. 82	142G	140
7½ dgl. 82 oO	99	99,25
F 6½ Wells F. 73 mO DM	123T	123T
6½ dgl. 73 oO DM	97,5T	97T

Optionsscheine

	9. 6.	8. 6.
F 8½ BASF 74	50,8	50,7
Stumpf 78	63,8bG	63,8

Wandelanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 5 Bayer 69	101	101
5 Bay Wa 75	125	125
H 8 Beiersdorf 82	183,5bG	153bG
F 4½ Commerzbk. 78	99,1	99,1
D 9 Grimes 74	305	314

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	9. 6.	8. 6.
F 8 AKZO 84	98,25G	98
6½ dgl. 86	98,75	98,75
7¾ Arbed 83	98,25T	98,25T
7½ dgl. 86	86,75	86,75
9 dgl. 87	93,25T	93,25T
F 6¾ Ardal 89	96G	96G
10 dgl. 88	104,75T	104,75T
8 Austr. 87	103T	103
8¼ dgl. 87	102,7	103,25
F 7½ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6	99,6
6½ Essel 84	95,25G	95,25G
6¼ dgl. 85	95G	95G
6¾ dgl. 87	94,25G	94,25G
6¼ Euratom 91	93G	93G
F 6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	93,5T	93,5T
6½ Lufthansa 86	99,5G	99,5G
6 Montanunion 90	94,75G	94,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	98,75G	98,75G
F 6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	98,5G	98,5G
7¼ dgl. 87	99,75	99,75
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	104G	105G
8¾ dgl. 88	102,75G	102,75G
7¾ dgl. 88	102G	102G
9½ dgl. 88	105G	105G
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	113,75	113,75

Anmerkungen:
- * Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	9. 6.	8. 6.
F L'Air Liquide	152G	155
D Akzo	53,7	52,5
F Alcan	80	82,5
F Alcoa	95	95
F Alg. Bk. Nedld.	310G	312
F All Nippon Air	3,5T	3,5T
F Amax	68,3	69,8
F Am. Cyanamid	114	117G
D American Expr	168,5G	171G
D Am Motors	23,5	23,5
F Am T & T	163,7	167
F Amro Bank	49,5	50,3
M Anglo Am. Gold	298	295,5
F Anglo Am.m.O.	52,5	53
F dgl. o.O.	53,7	53,5
F Arbed	57	57,5
F Asahi Chem.	3,3	3,2
M Atl. Richfield	110	111,3
H Atlas Copco	37G	38T
M Avon	83,1	83,3
F Bell Canada	22,1	22,5
F Banco Central	28,9	28bG
F Banco de Bilbao	20,3bG	20,3
F Banco de Santander	18,05	18bG
F Banco de Vizcaya	31,8	31,7
F Banco Hisp. Americ.	19,6	19,55
D Beatrice Foods	71,5G	72G
D Bell Canada	56,5exD	58,5G
F Black & Decker	52	53,7
F Boeing	107	108,5
F Bowater	8,8	8,85
D BP	15,8	15,7
M Broken Hill	17,8	17,8
F Bull	13,1	13,2
F Can Pacific	90	91
F Canon	15,7bB	15,3
F Casio Comp.	14,5bB	14,5G
F Caterpillar	115	117
D Ch. Manhattan	138G	141
F Chrysler	69	70
M Citicorp.	100	101,3
F City Investing	89	94
F Coca-Cola	133exD	137
D Colgate	57G	58
F Cons. Gold F.	21,4	21,4
D Cont. Group	110G	111,5T
F Control Data	147exD	146,9
M CRA	11,35	11,15
M CSR	8,15	7,9
F Dart & Kraft	172G	172
M De Beers Cons.	21,4	21,2
F Deere Comp.	92	93
F Diam. Shamr.	55	56,5
M Digital Equipm.	286,9	300B
M Disney Prod.	176,5	179
M Dome Petroleum	118	11,8
D Dow Chemical	81,5	85
D Dresser	50,5	51,4
D DuPont	117,5	121
M East Drief. Gold	85	82,6
D East Air Lines	23	22,4
F Eastman Kodak	184	187,3
F Elf Aquitaine	54,1	55,1
F Embart	138G	138G
D Ericsson	155G	156T
D Esmark	178G	180G
D Exxon	84,5	85,6
D Fiat St.	4,8G	4,8
D dgl. Vz.	3,4bG	3,5bB
F Finsider	0,09G	0,09G
D Fisons	25,5G	25T
M Fluor	52G	53,6
D Ford	134,5	133
F Foseco Minsep	6,15	6,15
F Fujitsu	10,3	10
F General Electric	142,5exD	148,5
F General Mining	83	82
D General Motors	173	175
D Gen. Shopping	695G	695G
M Getty Oil	165G	165,7
D Gevaert	104G	103G
F Goodyear	77,5	80
H Grace	123	124
D GKN	6,85	6,7bB
F Gulf	87,5	88
F Highveld m. St.	13,8G	13,8
F dgl. o. St.	13,4G	13,2G
F Hitachi	834	834
M Holiday Inns	131,5	132
F Homestake	85,1	84
M Hongk. & Shanghai Bank	2,7	2,7
D Hoogovens	31,6	30,5
F IBM	288	288
F ICI	19,85	19,5
M Impala Plat. Hold.	30,6	30,7
M Imperial Oil	70,1	70,9
F Inco	36,6	37
F Int. T & T	96	96,5
D Istituto Fin.	7,8G	7,8G
F Italcementi	72G	72
F Izumiya	8,8G	8,8G
F Japan Line	2T	2T
D Jusco	6,5G	6,5G
F Kawasaki Kisen	1,75T	1,6G
F Kawasaki Steel	1,55G	1,6bB
M Kloof Gold Min.	124B	120B
F Komatsu	5,2T	5,2
D KLM	128	125
F Kubota	3,2G	3,15
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	171	172
F Lone Star	76	81G
D LTV	41	41,85
M M.J.M. Hold.	19,2	19,1
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3G	3G
F Marudai Food	6,1G	6,1G
D Matsushita El.	15,7bG	15,7G
M McDonald's	–	160,5
M Merril Lynch	235,5	243,5
F McDonnell D	149	149,5
D Minnesota M.	215,5G	221G
D Minolta Camera	5,5G	5,5G
F Mitsubishi Chem	2,7bB	2,6T
F Mitsubishi El	4	3,95T
F Mitsui Bk.	4,75	4,55
F Mitsui & Co.	3,9T	3,8
F Mitsui Engin.	1,85	1,86
F Mitsui O S K	2G	2,1G
F Mitsumi El.	9	8,8
H Mobil Oil	73,1	75
F Monsanto	215G	217,5
F Montedison	0,24	0,23
F Murata	23G	23G
M Nat. Semicond.	111	109,7
D Nat. Westminster	26TG	26,5T
F Nestlé	4750	4771
D Nikko Sec.	4,35G	4,35G
F Nippon El.	11,4	11,3
F Nippon Kokan	1,5T	1,5T
F Nippon Shimpan	7,5G	7,6
F Nippon Yusen	2,8G	2,8G
F Nissan Motor	7,65G	7,75bB
F Nisshin Steel	1,6	1,55G
F Nissho - Iwai	2,9G	2,9G
F Norsk Hydro	138,8	140
F Norton Simon	80,5	79,5
H Occ. Petroleum	56	56,8
D Océ v. d. Grint	156G	156G
F Olivetti Vz.	4,55	4,6
F Olympus Optical	11,9	12G
H v. Ommeren	25,3	24
F [illegible]	15	14,9
F Pakhoed	44	44,9
M PanAm	15,25	15,45
M Pepsi	92,4	93,3B
F Pernod-Ricard	208T	205T
F Peugeot	56,9	56,5
F Philip Morris	147	147,5
H Philips	45	43
D Phoenix Ass.	13G	13G
F Pirelli	2,6	2,55bG
M Polaroid	73,2	73
M Prime Computer	77,4	76,5
F Procter & G.	128	139
D Ramada Inns	27B	27
F Rank Org.	6,75	6,65
F Ricoh	8,3	8,3G
F Rio Tinto NA-St.	23,5	23,5
H Robeco	259	257,5
F Rockwell	141	147
H Rolinco	255	257
F Rorento	169,5	168
F Rothmans Int.	4,9T	4,75
H Royal Dutch	105	106
M Rustenburg Plat. Hold	23,2	22,9
F Sanko Steamship	3G	3G
F Sankyo Electric	6,3G	6,3
M Santos	14,1	14,1G
F Sanyo Elec.	4,9	4,8
F Sanwa Bk.	5,1G	5,1G
M SASOL	9,65	9,65
F Schlumberger	115,8	119,9
F Schw. Alum.	851	868
F Schw. Bankverein	309	311,5
M Sears, Roebuck	97,5	98,8
F Seiyu Stores	5,8G	–
F Sekisui Prefab.	7	7,3B
F Selected Risk	35G	35G
H Shell T & T	21,3	20,3
D Singer	77	80,5
F Snia Viscosa	1,63	1,63
D Solvay	132T	132T
D Sony Corp.	39	38T
D Sperry Corp.	92,5	95
F Squibb	113	115
F Stanley Elec.	6,4G	6,4G
F Steyr-Daimler-P.	23,5T	23,5T
F Sumitomo Heavy	1,65T	1,65G
D Sumitomo Metal	1,65G	1,65G
F Sumitomo Shoji	4,75	4,7G
D Sun	102T	102
M [illegible] Mining	42,8	41,7
F Swissair	933	937
F Taisei Kens.	2,8G	2,8
M Tandy	159	155,8
F Tenneco	95	95
D Texaco	84,1	85,1
D Thomson-CSF	64,5	61
D Thorn Emi	22T	22TG
D Tokyo Pac	228G	228G
F Tokyo Sanyo El.	5,8	5,8T
F Trio Kenwood	7G	7
F TRW Inc.	185bG	185
D Toray	4,15G	4,15G
D Toshiba	3,85G	3,9G
D UAL	–	–
H Unilever	181	182
F Union Carbide	177	175G
D Uniroyal	–	35G
F United Techn.	171	181
F US Steel	62,5	62,6
M Vaal Reefs Expl.	299,2	295
D VMF-Stork	57	55,5G
D Volvo A	146G	146G
D dgl. Nam B	146G	146G
F Warner Commun.	73,1	74,9
F Warner Lambert	73G	75
F Wells Fargo	88	85
M Western Deep L.	145,1	144,2
M Western Mining	10	10B
F West.-Utrecht H.	97	98
D Xerox Corp.	117	117